WEG UND ZIEL

2/1998

Marxistische Zeitschrift

56. Jahrgang · 50 Schilling · ISSN 0043/2024

ANTISEMITISMUS

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

9. Jahrgang, Nr. 33, März 1998, 264 Seiten

150 Jahre Kommunistisches Manifest

Hecker – Internationale Marx/Engels -Forschung / Kuczynski – Manifest-Präambel / Fülberth – Eine Frühschrift/ Zander – Utopie und Utopie-Kritik / Schaff – Neue Linke sucht neuen Sozialismus / Stiehler – Kommunismus: Ideal und praktische Bewegung / Sève – Sozialismus oder Kommunismus? / Krysmanski – Kommunistische Verschwörung

Ökonomie & Gesellschaft

Krätke – Marx' Politische Ökonomie/ Heininger – Fordismus und SMK-Theorie / Binus – Internationale Kapitalkonzentration / Domke – Klassentheorie und Geschlechterverhältnis / Peters – Chinas Sozialismus

Berichte: Ungleichheit als Projekt / Crossover II / Geschichtspolitik

Diskussionen, Kritik, Zuschriften

Baldeweg – Wertschöpfung und Wertverteilung / Walpen, Steigerwald, Seppmann – zur Diskussion um „Postmoderne"

und Rezensionen / Annotationen

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/ Jahr incl.Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

iz3w

► blätter des informationszentrums 3.welt

Themenschwerpunkte 1998:

- **Politik in Banden**
- **Moderne Medienwelten**
- **Sport ohne Grenzen**
- **Kindheit und Alter**
- **Arbeit für Gewerkschaften**
- **Ökonomie der Drogen**
- **Menschenrechte**

Einzelheft DM 8,– ► Abo DM 60,– erhältlich im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder direkt beim

iz3w ► Postfach 5328 · D-79020 Freiburg · Telefon (0761) 74003 Telefax 709866 · iz3w per E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de Online: http://www.rolf.de/iz3w

☐ ich bestelle ein Probeabo 3 Ausgaben für DM 15,–

Name .....

PLZ/Ort .....

Straße .....

Unterschrift .....

Datum .....

iz3w ► Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

krisis (Robert Kurz u.a.):

Rosemaries Babies

Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen

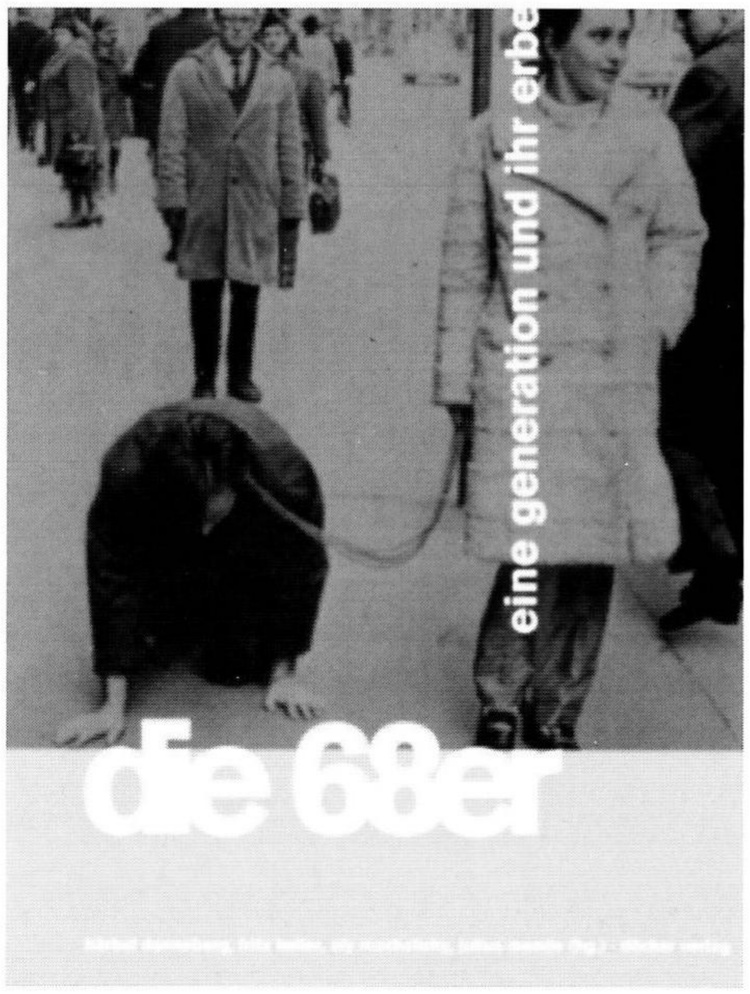
Die deutschen Musterdemokraten reiben sich die Augen: Hakenkreuze blühen auf ihrer weißen Weste und Pogrome finden nächtens im eigenen Haus statt. Es wird nach dem Exorzisten gerufen. Aber keine Austreibungsformel kann beschönigen, daß die Drachenbrut durchaus nichts Fremdes ist, sondern dem Schoße der entsetzten demokratisch-pluralistischen Jungfräulichkeit selbst entstammt.

Horlemann Verlag 1993, 264 Seiten statt 24,- nur noch 12,- DM inkl. Versand

Dieses und rund 100 weitere ermäßigte Bücher gibt's bei

Anares Nord

Postfach 2011 · 31315 Sehnde
Fax 05132/93833



Bärbel Danneberg
Aly Machalitcky
Fritz Keller
Julius Mende (Hg.)

Die 68er

Eine Generation und ihr Erbe

392 Seiten, 80 Abb., Hartband mit Umschlag 394 Schilling, 54 DM.

Mit dem Fall der Berliner Mauer gerieten die 68er endgültig in Verruf: Sie hätten dem Kapitalismus zu wenig Widerstand entgegengebracht, kritisieren die einen. Sie trügen die Verantwortung für den Werteverfall der Jugend, sagen die anderen. Manche sehen in den 68ern gar die Wegbereiter der Neuen Rechten. Scharfzüngig fragen die HerausgeberInnen zurück, wie dies die 68er wohl in so kurzer Zeit geschafft hätten. Dreißig Jahre nach dem ersten Aufbegehren der Studenten- und Frauenbewegung zieht dieses Buch Bilanz.

Eine Buchbesprechung von diesem und anderen 68er-Büchern gibt es im nächsten Heft.

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz und Impressum:
Medieninhaber und Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs, 1040 Wien, Weyringerg. 33
Eigentümer:
Zu 100 Prozent KPÖ.
Mitglied des Leitungsorgans:
Bundesvorsitzender
Mag. Walter Baier
Grundlegende Richtung:
Kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Gesellschaftsentwicklung sowie Neukonzeption marxistischer Perspektiven unter Berücksichtigung der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit.
Redaktionsadresse:
Weyringergasse 35/DG, 1040 Wien, Fax.: ++43/1/503 66 38
(Heftbestellungen nur schriftlich)
Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Redaktionskoordination:
Dr. Maria Wölflingseder
Verwaltung und Vertrieb:
Robert Zöchling
Layout:
Matthäus Zinner
Herstellung:
Resch & Vana
Lichtgasse 10, 1150 Wien
Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich
Abonnement-Preise:
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Die nächste Nummer erscheint im **Juli 1998**

Themenschwerpunkt:

Soziales

Inhalt

Nr. 2, Mai 1998, 56. Jahrgang

Bundespräsidentenwahlen

Franz SCHANDL: Bonapartistische Gelüste? – Notizen zum Ausgang der Bundespräsidentenwahlen 2

Thema: Antisemitismus

Einleitung: In memoriam Leopold Spira: Stephan GRIGAT, Gerhard SCHEIT 4

Stephan GRIGAT: „Bestien in Menschengestalt" – Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken 5

Joachim BRUHN: Goldhagen und das Ende der Geschichtswissenschaft 12

Ernst LOHOFF: Geldkritik und Antisemitismus 26

Gerhard SCHEIT: Verteufelung der Juden, Auferstehung des Blutes – Über den Zusammenhang von religiösem Judenhaß und rassistischem Antisemitismus 31

Bücher zum Thema

Wolfgang Benz (Hg.): Antisemitismusforschung 6; Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten; Alexander Borschtschagowski: Orden für einen Mord – Die Judenverfolgung unter Stalin; Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern; Lawrence Sutin: Eine Liebe im Schatten des Krieges; Arnold Paucker: Standhalten und widerstehen; George Arthur Goldschmidt: Die Aussetzung; Helma Cardauns: Espenlaub und Lorbeerblatt . . . 41

Globalisierung

Lutz HOLZINGER: Selbstausschaltung der Politiker im OECD-Bereich? – Ein Schutzabkommen für Investition ausschließlich für die Multis 57

Frauen & Postmoderne

Elisabeth PERCHINIG: Sheherazade (er)zählt hier nicht mehr – Von der Praxis weiblicher Lebens-Geschichten im Irritationsfeld postmoderner Devitalisierung 48

Kirche & Sex

Stefan BRONIOWSKI: Der kardinale Sündenbock – Ein Versuch, unter anderem die „Causa Groer" zu verstehen . . . 52

1968

Franz SCHANDL: Bindlinks – Randglossen eines späten Abkömmlings 57

Bücher

Helmut Rizy: Schweigegeld 64

Bonapartistische Gelüste?

Notizen zum Ausgang der Bundespräsidentschaftswahlen

Franz SCHANDL

Daß Klestil wieder werden wird, was er war, war klar. Der überragende Wahlsieg war dann aber doch eine Überraschung.

Deutlicher hätte der Sieg des amtierenden Bundespräsidenten Thomas Klestil kaum ausfallen können. „Das ist ein Triumph" stellte Gerd Bacher, einst Generalintendant des ORF und einer der reaktionärsten Betreiber dieser Kandidatur nicht zu Unrecht fest. ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel war ganz einfach „happy" über das Ergebnis des zum „unabhängigen" Kandidaten mutierten ÖVP-Diplomaten. Auch Helmut Zilks Kommentar durfte da nicht fehlen: Die Österreicher hätten bewiesen, „daß sie mündig sind und sich nicht in die Irre führen lassen",[1] posaunte er gegen all die „Unglückswürmer", die sich da getrauten, gegen seinen Mann anzutreten. Was soll man dazu sagen? Wie die Irren in der Irre feststellen können, in der Irre zu sein, weiß kein Irrer.

Fast zwei Drittel der Stimmen sind jedenfalls mehr, als Klestil ursprünglich erhoffen konnte. Auch die Wahlbeteiligung (74 Prozent) ging weniger dramatisch zurück als angenommen. Außer in der Bundeshauptstadt (62 Prozent) schreiten die Österreicher nach wie vor brav zur Urne.

Wie sich gezeigt hat, gibt es zur Zeit in Österreich eindeutig eine politische Mehrheit rechts von der SPÖ bzw. der Ampel. Klestil hat deswegen mit 50 Prozent Vorsprung gewonnen, weil ihn eine relative Mehrheit der SPÖ-Parteigänger unterstützte. Das Gros der SPÖ-Wähler ist außerordentlich konservativ, ja vom Rechtspopulismus eines Jörg Haider nicht allzuweit entfernt. Oft ist es wirklich nur noch die dünne Schnur alter Loyalitäten, die diese Wähler bei der Stange hält. Daher wird die SPÖ auch zukünftig so ziemlich alles unterlassen, dieses Klientel zu verschrecken. Der Unmut der sogenannten kleinen Leute an der Sozialdemokratie ist größtenteils zu einem Rä-

sonieren geworden, das rechts von Klima, Rudas&Co. anzusiedeln ist. Man sollte das nicht wohlwollend übersehen. Die geistige Hegemonie in der Sozialdemokratie ist nicht einmal mehr eine rechtssozialdemokratische! Und es nur noch eine Frage der Zeit, bis der erste Cap die Freiheitlichen zum möglichen Bündnispartner erklärt. Eine Koalition der ÖVP mit der FPÖ ist zwar wahrscheinlicher, aber nicht um vieles wahrscheinlicher als eine rot-blaue.

Die SPÖ-Wähler drücken also heute keine bestimmte reformorientierte Qualität mehr aus – weder klassenmäßig noch gesinnungsmäßig! –, sondern bloß noch ungefähre Stimmungslagen und Befindlichkeiten. Es ist vor allem auch einmal notwendig, den mehrheitlichen, aber unorganisierten Arbeiterprotest in der SPÖ anzuschauen. Der ist nämlich – von kleinen Segmenten abgesehen – nirgendwo progressiv und nach links weisend, sondern in seiner Zurichtung haiderianisch. Über den Stammtischen herrscht eine ausländer- und minderheitenfeindliche Luft. Über den Arbeiterstammtischen ganz besonders. In diesem Klientel haben Klestil und Lugner die Hälfte der SPÖ-Stimmen von 1995 geholt, 28 Prozent blieben zu Hause, nur 14 Prozent wählten Gertraud Knoll. Die Folgen des Wahlerfolgs dürften auf der Hand liegen: Thomas Klestil wird sich jedenfalls in der zweiten und letzten Amtsperiode noch weniger zurückhalten als in der ersten. Nicht nur Bacher erwartet sich, daß der Wiedergewählte jetzt „noch saftiger ins Geschirr gehen wird". Den allseits gehegten bonapartistischen Gelüsten wird er schon nachkommen. Daß der Präsident nämlich ein aktiver zu sein hat, darüber herrscht heute mehr oder weniger Konsens, auch wenn die meisten nicht wissen, wovon sie reden. Eine Relevanzverschiebung im politischen System weg von Regierung und Parlament hin zum Bundespräsidenten ist nicht auszuschließen.

Denn laut Verfassung könnte der Präsident gar einiges, was keiner bisher getan hat. Und nicht nur Klestil gefiel sich perspektivisch in der Rolle des aktiven Präsidenten. Lugner etwa, um das Extrembeispiel zu nennen, hat nur in inflationärer Gedankenlosigkeit halluziniert, wohin Klestil und Haider es sich vorstellen könnten, zu wollen. Doch die Fratze der autoritären Amts- und Aufführung, die braucht nicht erst hinzugefügt werden, seit 1929 ist diese Möglichkeit fester Bestandteil der Österreichischen Bundesverfassung. Ist die sozialdemokratische Maske erst einmal abgenommen, lugt die austrofaschistische Substanz bestimmter Artikel deutlich hervor.

Dem wird oft entgegengehalten, daß alle Akte des Bundespräsidenten der Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler oder des zuständigen Minister bedürfen. Im Prinzip führt diese Doppelkompetenz aber im Konfliktfall zur Verfassungskrise. Bis dato war der dominierende Part die Bundesregierung gewesen, doch dem muß keineswegs so sein. Klestil jedenfalls arbeitet kontinuierlich an seiner Aufwertung, indem er zwar indirekt, aber beharrlich auf die angesprochenen Artikel der Verfassung verweist. Auch in der ORF-Pressestunde vom 5. April verkündete Klestil einmal mehr, die „Befugnisse des Bundespräsidenten bis zum Maximum auszunutzen".

Die Bundesverfassung (B-VG) gibt ihm die Möglichkeiten dazu, genauer gesagt, die auf austrofaschistischen Druck 1929 in die Verfassung hineinmontierten Artikel. Diese behielten auch nach 1945 Gültigkeit. Freilich hat noch kein Präsident der Zweiten Republik sie auch genutzt. Zurückhaltung war deren Tugend. Mit dem Dasein als Staatsnotar will Klestil – nimmt man seine Ausführungen so ernst wie sie klingen – allerdings Schluß machen. Daß gerade jene Person, der die Verfassung die allermeisten Rechte zugesteht, sich als Hüter ebendieser aufspielen kann, läßt vermuten, daß die Österreicher gerne einen Präsidenten hätten, zu dem sie ehrfürchtig aufschauen können. Einer, der den Parteien zeigt, was geht und was nicht. Die autoritär geprägten Individuen schreien nach Autorität.

Alfred J. Noll, einer der prononciertesten Kritiker des Präsidentenamtes, hielt daher in seinem Aufruf zum Nichtwählen zurecht fest: „Bei nüchterner Betrachtung bestätigen alle Kandidat(inn)en – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – eher den Verdacht, daß das Fortbestehen des Amtes eine riskante Sache ist. Allenthalben wird über die Auflösung des Nationalrats spekuliert oder die Wahrnehmung politischer Verantwortung durch die Nichtunterzeichnung von

Gesetzen postuliert. Das Amt driftet durch derartige Positionierungen wieder dorthin, wo es – als antiparlamentarisches Kampfinstrument für eine „bessere Politik" – herkam."[2]

Was in diesem Wahlkampf auf jeden Fall untergegangen ist, ist eine Debatte über das Amt und die Rolle des Bundespräsidenten im politischen System. Was der Linken gut täte, wäre eine differenzierte Einschätzung der gültigen österreichischen Verfassung, eine Debatte über deren Möglichkeiten und Unmöglichkeiten. Das obligate Verfassungsgezeter, das eine Realverfassung geißelt und den Verfassungstext uneingeschränkt lobt, geht jedenfalls meilenweit an den aktuellen Anforderungen vorbei. Vom Kholschen Verfassungsbogen überhaupt ganz zu schweigen, der eher zu einem Verbot der KPÖ und anderer linker Gruppierungen führen könnte, anstatt eine Waffe gegen Haider darzustellen.

Die Österreichische Bundesverfassung ist alles andere als eindeutig: „Wer im Text entsprechend sucht, findet mehr ‚Parlamentarisches' oder mehr ‚Präsidentelles'."[3] hält Manfried Welan fest. Und Anton Pelinka meint: „Das ganze durch die Novelle 1929 geschaffene, durch Verfassungspragmatismus bloß latente Dilemma einer dualen Exekutive und einer potentiell paralysierenden Legitimationskonkurrenz zwischen Präsident und Parlament würden voll aktualisiert."[4]

Genau das ist aber der Punkt vor dem wir möglicherweise stehen. Haider hat das schon verstanden, und will es ganz in seinem Sinne lösen: „Das Kompetenzgerangel von Bundespräsident und Bundeskanzler ist zu beseitigen. Der Bundespräsident soll Vorsitzender der Bundesregierung sein und die Außenvertretung der Republik besorgen."[5] In seinem allerneuesten Buch heißt es: „Der demokratische Neubeginn Österreichs ist von der Verfassung her vorgesehen. Sie enthält alle rechtlichen Mittel, um eine friedliche demokratische Revolution für mehr Freiheit und Demokratie möglich zu machen. Das war vielleicht auch der Trugschluß bei uns, als wir glaubten, unsere Ideen der Staatsform unter den Titel einer ‚Dritten Republik' stellen zu müssen. Das ist nicht notwendig. Unsere Verfassung sieht die Möglichkeit des demokratischen Neubeginns gleichsam ohne radikalen Bruch mit der eigenen Vergangenheit vor."[6]

Man soll es nicht wollen, aber man soll es sagen: Über allen Wahlen in Österreich steht Haider. Auch wenn er nicht antritt, tritt er auf, wird so zur eigentlichen Hauptfigur. Gerade seine Hinhaltetaktik bezogen auf den Amtsinhaber („Unterstützt er ihn? Unterstützt er ihn nicht?"), beschwor die permanente Aufmerksamkeit der Medien.

Klestil steht auch ideologisch der Haider-Partei nahe. So äußert er sich schon mal positiv zu einem Volksbegehren der FPÖ, meint wie Haider, daß Österreich kein Einwanderungsland sei, übt wie Haider Kritik am rotschwarzen Parteienproporz, verteidigt Haider im Ausland, bescheinigt Haider sogar ungefragt und immer öfter Regierungsfähigkeit.

Tatsache bleibt, daß Klestil Haider mehr braucht als Haider Klestil. „Er ist ein alter Mann",[7] sagt der F-Führer in dem ihm eigenen verächtlichen Ton über Klestil. Der blassere Haider, das ist die Nebenrolle dieses Präsidenten. Er probiert vor, was erst Haider wird können. Klestil ist für Haider nur eine Schachfigur. Deshalb zögerte die FPÖ die Unterstützung auch bis zum spätest möglichen Zeitpunkt hinaus, ließ den Kandidaten zappeln und noch einige Wünsche erfüllen. Erst kurz vor der Wahl war Haider mit dem Kandidaten auch rundum zufrieden: „Er hat sich gegenüber den Freiheitlichen absolut fair verhalten. Mehr noch, er ist der erste Bundespräsident, der uns Freiheitlichen gegenüber auch im Ausland eine respektvolle und konsequente Haltung eingenommen hat. Er hat klargemacht, daß wir verdienstvolle Oppositionsarbeit geleistet haben, aber auch, daß wir zur Regierungspartei befähigt wären."[8]

Die Alternativen zu Klestil haben insgesamt wenig überzeugt. Gertraud Knoll, die von den Grünen und linksliberaler Prominenz, aber auch von Teilen der SPÖ und der KPÖ unterstützte evangelische Superintendentin, blieb weit hinter den allerersten Prognosen zurück. Ohne die „wohlwollende Neutralität"[9] Dichands, wäre ein Absturz auf den vierten Platz wahrscheinlich gewesen. Auch Heide Schmidt konnte sich nur knapp vor Richard Lugner behaupten, den man irrtümlich als Juxkandidaten abgetan hat. So gesehen ist der Wiener Baumeister und Seitenblicke-König mit seinen 10 Prozent die eigentliche Überraschung dieser Wahl.

Der bürokratisch organisierte Demokratismus österreichischer Provenienz ist jedenfalls deutlich angeschlagen. Daß die Parteien insgesamt in Verruf gekommen sind, ist verwunderlich nicht. Als einzige Alternative erscheinen freilich Autoritäten, Promis, Quereinsteiger. Lugner verkörpert diese Tendenz aufs Äußerste. Was vor einigen Jahren noch ausgeschlossen gewesen wäre, sich aber durch Promikult und Quereinsteigertum bereits ankündigte, wird sich in Zukunft häufen und zuspitzen. Die Absage an die etablierte Politik – die auch Klestil erfolgreich simuliert hat – ist so oft obskurer als diese. Die Krise der Politik gebiert in ihrer kurzschlüssigen Form der praktizierten Verdrossenheit Figuren wie den überkorrekten Onkel (Klestil), die gute Tante (Knoll), die gestandene Frau (Schmidt) oder den gerissenen Unternehmer (Lugner). Diese Leitbilder dienen den Leidbildnern als politisches Aphrodisiakum, sie sind Surrogat individueller Defizite und Ängste. Überall züchten sich Fanclubs blinder Eiferer. Wenn man sich etwa die jungen Wahlkämpfer der Kandidaten anhört und anschaut, so erscheinen diese wie emotionalisierte und aufgeputschte Dummis. Vom Typus her sind diese schrecklichen Abziehbilder auch kaum zu unterscheiden, gerade noch etwas am Outfit. Ihre Stehsätze lassen weniger Kritik vermuten, sondern vielmehr Gehorsam, auch wenn dieser sich nicht in altbackener Form, sondern in postmoderner Beliebigkeit äußert. Egal was, geglaubt werden muß. Die schlimmsten Kretins der herrschenden Politik verkörpern mehr Aufklärung als diese Früchtchen. ■

Anmerkungen

1 Zit. nach: »Der Standard«, 20. April 1998, S. 4.

2 Alfred Noll, Müssen wir wählen? Der 19. April als demokratiepolitische Herausforderung, »Der Standard«, 7. April 1998, S. 31.

3 Manfried Welan, Parlamentarische Präsidentschaftsrepublik?, »Journal für Rechtspolitik«, Heft 3/1994, S. 191.

4 Anton Pelinka, Nicht schon wieder Weimar... Zur Sehnsucht nach einem starken Bundespräsidenten, »Journal für Rechtspolitik«, Heft 3/1994, S. 185.

5 Jörg Haider, Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt am Main-Berlin 1993, S. 235.

6 Jörg Haider, Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Wien 1997, S. 109.

7 »profil« 48/97.

8 »News« 12/98, S. 19.

9 »Kronen Zeitung«, 16. März 1998.

In memoriam Leopold Spira

Es scheint, als wäre der Antisemitismus eine Art Ferment im Zerfallsprozeß der Linken. Für die einen ist die überraschende Erkenntnis, daß es auch in der Linken antisemitische Tendenzen gab und gibt, Grund genug, sich von dieser Linken zu trennen. Hermann L. Gremliza sprach – anläßlich der Goldhagen-Debatte – treffend von einer „ethisch erstklassigen Begründung", um sich von Marx zu verabschieden (»konkret« Nr.10, 1997). Bei den anderen, den auf diese Weise alleingelassenen Antikapitalisten, ziehen manche in Zweifel, daß es sich hierbei wirklich um ein berechtigtes Motiv handeln könnte. Nicht wenige beschränken sich weiterhin darauf, den Antisemitismus-Vorwurf energisch zurückzuweisen, jegliches Selbstmißtrauen in den eigenen Reihen zu bekämpfen und umso hartnäckiger, bewußt oder unbewußt, antisemitische Ressentiments zu hegen und zu pflegen.

Antisemitismus ist zunächst einmal eines: eine Morddrohung gegenüber Jüdinnen und Juden. Als solche muß er bekämpft werden. Um aber nicht in einer moralischen Position stecken zu bleiben, hat die Kritik immer wieder ins Bewußtsein zu rufen, daß der Antisemitismus mit Notwendigkeit aus der ökonomischen und politischen Struktur einer Gesellschaft resultiert, die auf Gedeih und Verderb ihre Existenz auf die Verwertung des Werts gestellt hat; daß also Antisemitismus – und damit die Möglichkeit, daß Auschwitz sich wiederhole – nur abzuschaffen ist, wenn diese Gesellschaft abgeschafft wird, deren oberstes Gesetz das Wertgesetz ist. Neben dem dogmatischen Marxismus gab es schon immer Gruppen und Personen, die die Ignoranz gegenüber Auschwitz kritisiert, eine ausschließlich funktionalistische Analyse des Antisemitismus abgelehnt und dennoch auf den Zusammenhang zwischen Antisemitismus, Kapital und Staat hingewiesen haben. In unserem Heft sollen vor allem Autoren zu Wort kommen, die in dieser Tradition stehen. Weder können wir dabei alle Theorien zur Erklärung von Antisemitismus berücksichtigen, noch ist es uns möglich, das Phänomen in all seinen Erscheinungsformen zu behandeln. Vielmehr geht es uns um die Präsentation einer bestimmten Kritik des Antisemitismus als Alltagsreligion der bürgerlichen Gesellschaft und als besonders gefährlicher Form des Fetischismus, der der Wertverwertung immanent ist. Für die nächste Nummer von »Weg und Ziel« sind weitere Beiträge zum Thema geplant (u.a. von Stephan Ganglbauer, Kurt Pätzold, Helmut Rizy), die andere Positionen zur Diskussion stellen werden.

Allein die Tatsache, daß das vorliegende Schwerpunktheft in dieser Form erscheint, deutet auf eine zunehmende Fähigkeit der Linken zur Selbstkritik hin. In diesem Sinn wollen wir das Heft dem Andenken Leopold Spiras widmen, der im Dezember vergangenen Jahres gestorben ist. Geboren 1913 in Wien als Kind jüdischer Eltern war er zunächst in der Sozialistischen Jugendbewegung aktiv, trat 1935 der illegalen KPÖ bei und schloß sich 1938 den Internationalen Brigaden im Kampf gegen Franco an; aus dem Exil in England kehrte er nach Österreich zurück und wirkte hier lange Jahre im Apparat der KPÖ, ehe er 1971 aus der Partei ausgeschlossen wurde. 1953 versuchte Spira im März-Heft von »Weg und Ziel«, den vom stalinistischen Antisemitismus organisierten Slansky-Prozeß zu legitimieren; 1965 gestaltete er (anläßlich der Affäre um den neonazistischen Hochschulprofessor Borodajkewycs) eine Sondernummer von »Weg und Ziel« zum Thema „Antisemitismus in Österreich"; weitere 15 Jahre später – der Ausschluß aus der KPÖ lag bereits hinter ihm – schrieb er schließlich *Feindbild Jud*, das erste und bislang noch immer wichtigste Buch zum Thema Antisemitismus in der österreichischen Linken. Auch in der Krise der KPÖ um 1968 wirkte die Diskussion über den Antisemitismus (hervorgerufen vor allem durch den Sechstagekrieg von 1967) wie ein Ferment, das die Spaltung beschleunigte. Obwohl wir die positiven Vorstellungen, die Spira damals und danach mit der Demokratie, und das heißt: mit dem Staat, verband, keineswegs teilen und obwohl wir den Eurokommunismus, in dem Spira eine Alternative erblickte, nur als Vorwegnahme von Gorbatschows Anpassung an die „Marktwirtschaft" sehen können, beeindruckt uns noch immer die Genauigkeit, mit der er antisemitische Tendenzen beim Namen nannte – und die Skepsis, die ihn, bei aller Beschwörung der Demokratie, nicht mehr losließ. Das Buch schloß 1981 – also wenige Jahre vor der Waldheim-Affäre – mit dem Befund, daß der Antisemitismus keineswegs ausgestorben sei: „Ob und in welchem Ausmaß er (...) aktivierbar ist, wird man erst feststellen können, wenn ernste ökonomische und politische Krisenerscheinungen die Stabilität erschüttern sollten, an die man sich in den siebziger Jahren in Österreich gewöhnt hat."

Stephan Grigat, Gerhard Scheit

„Bestien in Menschengestalt“

Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken

Stephan GRIGAT

Wer wissen wollte, ob an der Behauptung vom linken Antisemitismus etwas dran ist, konnte seit Jahren auf eine immer umfangreicher werdende Literatur zurückgreifen. Zum Antisemitismus bei den Frühsozialisten, in der europäischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts und zum Verhältnis der marxistischen Klassiker zum Judentum liegen mittlerweile zahlreiche Studien vor. Zum Antisemitismus in den Staaten des Realsozialismus ist ebenso geforscht worden wie zum antisemitisch aufgeladenen Antizionismus der Neuen Linken in den meisten westeuropäischen Ländern. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der österreichischen Linken nach 1945 befindet sich hingegen erst am Anfang.

Klassisches und Historisches

Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Linken schon immer zu den entschiedensten Gegnern des Antisemitismus gehörte, läßt sich eine Tradition des linken Antisemitismus bis zum Frühsozialismus zurückverfolgen. Von Blanqui bis Fourrier, von Saint-Simon über Proudhon bis Bakunin kann von der Verharmlosung antisemitischer Ressentiments bis zu offen rassistisch-antisemitischen Argumentationen alles nachgeweisen werden.[1] Marx und Engels waren zwar keineswegs wüste Antisemiten, wie in den einflußreichen Arbeiten Edmund Silberners mehrfach behauptet wird,[2] aber sowohl in den Marxschen Frühschriften als auch in zahlreichen Briefen von Marx und Engels finden sich Formulierungen und Argumentationen, die ein verzerrtes Bild vom Judentum zeichnen und auf antisemitische Klischees zurückgreifen. Die Interpretation des von Marx 1844 veröffentlichten Textes „Zur Judenfrage“ „as a call to eliminate Jews“[3] beruht zwar auf einem Mißverständnis der Marxschen Argumentation. Der Text lädt zu solchen Mißverständnissen aber geradezu ein. Die frühe Kapitalismuskritik von Marx hat noch nicht jene Begriffsschärfe entwickelt, wie wir sie aus der Marxschen Werttheorie kennen, und die nötig ist, um das Umschlagen einer Ökonomiekritik in ein verfolgendes Ressentiment zu verunmöglichen oder entscheidend zu erschweren.[4]

In der europäischen Arbeiterbewegung – insbesondere in der deutschen – ist Antisemitismus immer wieder geleugnet, verharmlost oder entschuldigt worden. In den schlimmsten Fällen wurde er – legitimiert als konsequenter Antikapitalismus – offen propagiert. Ruth Fischer, ZK-Mitglied der deutschen KP, forderte 1923 in einer Rede: „Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!“[5]

Als radikalste Form eines linken Antisemitismus können die stalinistischen Kampagnen gegen Zionismus und Kosmopolitismus gelten.[6] Die von Lenin geführte Oktoberrevolution hat den russischen Juden – trotz *struktureller* Ähnlichkeiten der Leninschen Imperialismuskritik zum Antisemitismus[7] – zunächst zahlreiche Vorteile im Vergleich zur Zarenzeit gebracht. Mit Stalin kam jedoch ein Mann an die Macht, der bereits im Kampf um Lenins Nachfolge Antisemitismus als Mittel einsetzte. Für die spätere Entwicklung ist anzunehmen, daß Stalin sich von einem taktischen zu einem überzeugten Antisemiten gewandelt hat, der am Ende seines Lebens eine gewaltsame Umsiedlung der sowjetischen Juden in Erwägung zog. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützte die Sowjetunion für kurze Zeit das Projekt der israelischen Staatsgründung. Spätestens Ende der vierziger Jahre wurde der Antizionismus jedoch zur offiziellen Staatsdoktrin – und zu einem Element staatlicher Ideologie und Praxis, bei dem die Regierungen der SU, Polens oder auch der DDR auf die Gefolgschaft ihres Staatsvolks rechnen konnten, wie sonst bei kaum einem anderen Thema.

Während es bei Lenins Antizionismus, „in der Welt vor Auschwitz, als die Begriffe noch stimmten“,[8] hauptsächlich um organisationspolitische Fragen ging und der Zionismus als ein Nationalismus neben vielen anderen abgelehnt wurde, bekämpfte der Antizionismus nach dem Zweiten Weltkrieg den Zionismus als eine besondere Form des Nationalismus, die prinzipiell illegitim sei und alle anderen Nationen bedrohe. In Osteuropa wurde diese Transformation durch die stalinistischen Führungen vollzogen und auch nach der Entstalinisierung beibehalten. In Westeuropa war der Antizionismus nach 1945 lange eine Domäne der äußeren Rechten. Mit Ausnahme der dogmatischen, an der SU orientierten kommunistischen Parteien war die Linke Westeuropas – insbesondere in der BRD – bis 1967 ausgesprochen positiv gegenüber Israel eingestellt. Nach dem Sechs-Tage-Krieg änderte sich das schlagartig. Zum einen setzte eine linke Kritik an der israelischen Regierungspolitk ein, die sich zu recht gegen den von konservativer Seite sofort erhobenen pauschalisierenden Antisemitismus-Vorwurf zur Wehr setzte. Zum anderen beginnt in dieser Zeit eine antizionistische Agitation, die eindeutige Affinitäten zum Antisemitismus aufweist, und die bald fast in der gesamten Linken hegemonial werden sollte. Am deutlichsten zeigte und zeigt sich das in der BRD.[9] In der westdeutschen Linken lassen sich von der linken Sozialdemokratie, den Grünen und Alternativen, feministischen Gruppierungen, K-Gruppen, Autonomen und Antiimperialisten bis zu den bewaffneten Gruppen Äußerungen und Aktionen finden, die jede Differenzierung zwischen Antizionismus und Antisemitismus überflüssig erscheinen lassen. Klassische Beispiele dafür sind der Anschlag der „Tupamaros Westberlin“, einer Vorläufergruppe der „Bewegung 2. Juni“, auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin 1969, die Lobeshymnen der RAF und anderer linker Gruppen anläßlich der Ermordung israelischer Sportler 1972 in München, die vor Synagogen durchgeführten Demonstrationen gegen den Krieg Israels im Libanon in den achtziger Jahren, die Wandparole aus der Hamburger Hafenstraße „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim und Strände/ Palästina – das Volk wird dich befreien/ Revolution bis zum Sieg“, in der zentrale Elemente des linken Antizionismus von der Delegitimierung Israels über die

Ignoranz gegenüber der nationalsozialistischen Judenverfolgung bis zur Begeisterung für Volk und Lebensraum enthalten sind, oder jener legendäre „Grüne Kalender", in dem gleich Klartext gesprochen wurde, und die Herausgeber des Kalenders die Leser aufforderten, nicht bei Juden zu kaufen. In Österreich findet sich Ähnliches, wenn auch in abgeschwächter Form.

Rote gegen Rothschild

Der Antisemitismus in der österreischischen Arbeiterbewegung der Ersten Rebublik ist im Gegensatz zu der Zeit nach 1945 relativ gut erforscht.[10] Der Vorwurf, eine Partei fungiere als „Judenschutztruppe", war in der Zwischenkriegszeit Allgemeingut und wurde von allen politischen Lagern gegen die jeweiligen Konkurrenten erhoben. Als spezifische Form eines sozialdemokratischen oder linken Antisemitismus kann hingegen die Agitation gegen den „reichen Juden", gegen die „jüdische Großbourgeoisie" und den „jüdischen Kapitalismus" gelten. In der österreichischen Arbeiterbewegung der Ersten Republik war man stets bemüht, den Antisemitismus der Massen zu bedienen, was sich unter anderem darin äußerte, daß die Personifikationen des Kapitals auf den Plakaten der Wiener Sozialdemokratie nicht selten eine Physiognomie aufwiesen, die Antisemiten für Juden reserviert haben. Daß die Rothschilds im Zentrum der Kritik der Sozialdemokraten standen hatte nicht nur mit dem realen Einfluß der Bankiersfamilie zu tun, sondern paßte auch hervorragend zu den strukturell antisemitischen Prämissen der grundsätzlichen Kapitalismuskritik in der Arbeiterbewegung. Nicht ganz zufällig konnte sich der radikale Antisemit Georg von Schönerer, der sich über Jahre mit demagogischen Angriffen gegen die Rotschilds hervortat, gewisser Sympathien bei Teilen der Sozialdemokratie erfreuen.[11]

Die Agitation der Sozialdemokraten beschränkte sich aber keineswegs darauf, gegen die „jüdischen Kapitalisten" zu wettern. Es gab ebenso massive Angriffe gegen das orthodoxe Judentum und gegen die mehrheitlich zu den unterprivilegiertesten Schichten gehörenden Juden aus Osteuropa.[12]

Die KPÖ bzw. KPDÖ der Zwischenkriegszeit unterschied sich nicht maßgeblich von den Sozialdemokraten. Die Vorstellung, „daß die Kommunisten die einzige Partei in Österreich blieben, in der es niemals den kleinsten Anflug von Antisemitismus gegeben hat", und daß die KPÖ gegenüber „jeder, auch nur der kleinsten antisemitischen Anwandlung"[13] immun gewesen sei, blamiert sich bereits daran, daß die KPÖ in ihrer Propaganda gegen den Nationalsozialismus zwar durchaus auf die Unsinnigkeit der Unterscheidung von schaffendem und raffendem Kapital hingewiesen hat, aber zugleich versuchte, tiefsitzende Ressentiments zu bedienen, indem den Nazis vorgeworfen wurde, sie würden den Kampf gegen das „jüdische Kapital" nicht ernsthaft genug führen.[14]

KPÖ gegen DPs

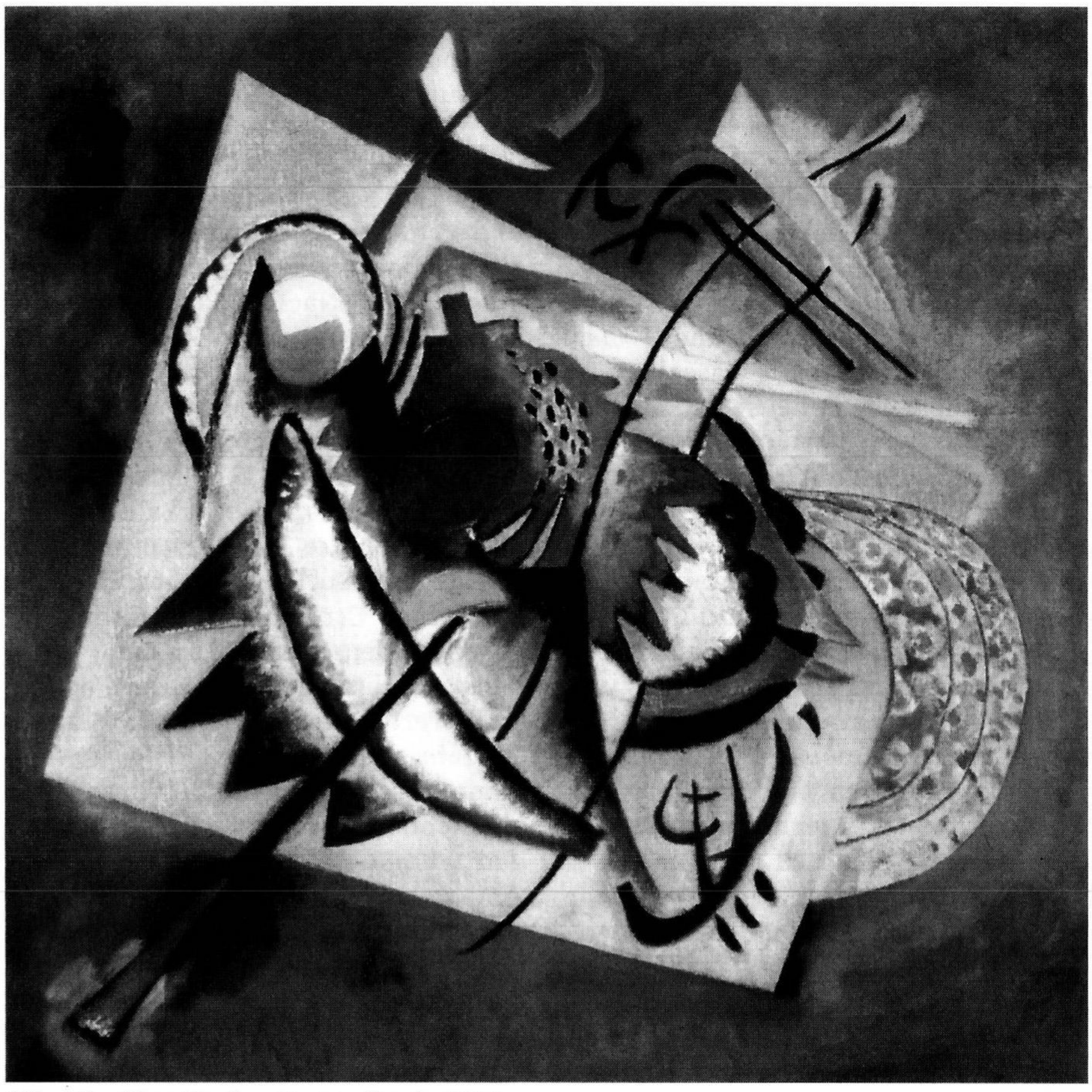
Die KPÖ war eine der wichtigsten antifaschistischen Kräfte in Österreich. Die Annahme, daß sie dadurch automatisch frei war von Antisemitismus, stimmt jedoch keineswegs. Auch wenn der Antisemitismus in allen anderen österreichischen Parteien bedeutend stärker verbreitet war, agierten bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch KPÖ-Funktionäre in einer Art und Weise, die Antisemitismus ignorierte, antisemitische Ressentiments in der österreichischen Bevölkerung forcierte und zum Teil selbst als antisemitisch bezeichnet werden muß.

1947 kam es in Bad Ischl wegen einer Streichung der Milchration für Kinder zu einer Demonstration, die sich nicht in erster Linie gegen die für diese Maßnahme Verantwortlichen richtete, sondern gegen die in der Stadt untergebrachten „Displaced Persons". Im Verlauf der Demonstration zog eine unter anderem von KP-Funktionären aufgepeitschte Menge zur Unterbringung jüdischer DPs und skandierte dort nach Augenzeugenberichten Parolen wie „Schlagt die Juden tot!"[15] Wenige Tage danach wurden sechs Personen verhaftet und im darauf folgenden Prozeß zu extrem hohen Strafen verurteilt, die später deutlich herabgesetzt wurden. Während der Unterstützungskampagne für die Verhafteten bestärkte die KPÖ das ohnehin in der Bevölkerung vorhandene Bild von den DPs – allen voran den jüdischen – als „Schleichhändler", deren Vergehen nicht geahndet, sondern im Gegenteil mit zusätzlichen Privilegien belohnt würden. Obwohl die jüdischen DPs nicht mit österreichischen Steuergeldern finanziert wurden, stellte die »Volksstimme« Berechnungen an, die den Österreichern aus der Nazi-Zeit durchaus bekannt vorgekommen sein müssen: „600.000 DP kosten uns über 100 Millionen Schilling", „460 Tageskalorien des Arbeiters essen die DP."[16]

Auf Grund ihres engen Verhältnisses zur KPdSU begriff es die KPÖ in den fünfziger Jahren offenbar als ihre Pflicht, der antizionistischen Propaganda in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockstaaten zu bescheinigen, daß sie absolut nichts mit Antisemitismus zu tun habe. Das ging soweit, daß selbst noch die antisemitischen Schauprozesse in den fünfziger Jahren legitimiert wurden. In der »Volksstimme« und in »Weg und Ziel« wurde das Vorgehen im Slansky-Prozeß in der Tschechoslowakei verteidigt,[17] bei dem elf der vierzehn Angeklagten, denen vom deklarierten Antisemiten Major Smola eine „trotzkistisch-zionistisch-titoistische Verschwörung" vorgeworfen wurde,[18] Juden waren. Auch der sogenannte Ärztekomplott-Prozeß in der Sowjetunion, in dem sechs Juden und drei weitere Angeklagte als „Agenten des Zionismus" wegen angeblicher Morde an hohen Staats- und Parteifunktionären und wegen unterstellter Mordpläne gegen Stalin vor Gericht standen, wurde gerechtfertigt. Die »Volksstimme« konnte damals in den Angeklagten keine Opfer einer antisemitischen Kampagne erkennen, sondern erblickte in den Ärzten die Inkarnation des Bösen: „Bestien in Menschengestalt".[19] Die Kampagne in der »Volksstimme« wurde zusätzlich durch andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.[20]

Als 1968 die massiven Aktionen gegen Juden in Polen begannen, gab es innerhalb der KPÖ heftige Diskussionen über eine angemessene Reaktion. Mit über einem Jahr Verspätung führten diese dann auch zu einer offiziellen Erklärung, in der die Besorgnis über die Ereignisse in Polen zum Ausdruck gebracht und der Antisemitismus in der eigenen Partei thematisiert wurde. Zusätzlich wurde der Nationalismus Israels *und* jener der Araber verurteilt.[21] Bevor es zu dieser durchaus bemerkenswerten Resolution kam veröffentlichte die »Volksstimme« allerdings die Rechtfertigungsversuche der polnischen KP-Führung für ihr Vorgehen gegen Juden.[22] Daß KPler heute gerne darauf hinweisen, daß es in der Partei immer schon kritische Stimmen gegen den Antisemitismus in Osteuropa und in der eigenen Partei gegeben hat, ist insofern bemerkenswert, als es sich bei diesen kritischen Stimmen fast ausschließlich um Kommunisten handelte, die später aus der KPÖ ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden.

Später sah die KPÖ nicht nur die Staaten des Realsozialismus Angriffen durch die scheinbar weltumspannende zionistische Lobby ausgesetzt, sondern erblickte, passend zu ihrer nationalen Orientierung, auch in Österreich das „Opfer einer zionistischen Kampagne".[23] Den Anlaß dafür bot die internationale Kritik an der Entscheidung der damaligen österreichischen Bundesregierung, das Durchgangslager für sowjetische Juden in Schönau zu schließen. Österreich hatte damals der Jewish Agency Transitlager zur Verfügung gestellt, über die seit Beginn der siebziger Jahre zehntausende Juden aus der Sowjetunion nach Israel ausreisen konnten. 1973 nahmen zwei Mitglieder der pro-syrischen Gruppe „Adler der palästinensischen Revolution" drei jüdische Emigranten und einen Zöllner in Österreich als Geiseln und forderten die Beendigung der Einwanderung osteuropäischer Juden nach Israel. Nach Verhandlungen mit der Kreisky-Administration kamen die Geiseln frei. Die Gegenleistung der österreichischen Regierung bestand in der Schließung des Durchgangslagers Schönau. Stößt ein Nachgeben gegenüber bewaffneten linken Gruppen in der Regel auf scharfe Kritik, war die Begeisterung über die Schließung dieses Lagers in Österreich nahezu einhellig.[24] Auch die KPÖ begrüßte das Ende der „zionistische(n) Menschenschmugglerzentrale".[25] Der Kommunistische Bund Wien feierte die Erschwerung der jüdischen Emigration zwar als Etappensieg, stieß sich aber an der angeblich fortbestehenden „protozionistischen Haltung der österreichischen Regierung".[26]



Wassily Kandinsky, Rotes Oval, 1929

Autonome gegen Israel

Seit 1968 forcierte die KPÖ ihre Kritik an Israel. Auch in den siebziger Jahren wurde ein Zusammenhang zwischen Antizionismus und Antisemitismus völlig ausgeschlossen.[27] Zunehmend wichtig wurde seit dieser Zeit der Antizionismus der Neuen Linken. Seit Beginn der siebziger Jahre wird von linken österreichischen und arabischen Gruppen vor allem an der Wiener Universität Propaganda gegen Israel betrieben, die sich in einigen Punkten nur mehr marginal von den zeitgleich verbreiteten Schriften rechter Gruppierungen unterscheidet. Der Kommunistische Bund Wien betrieb eine spezifische Form linker Vergangenheitsbewältigung. Die Maoisten schrieben, daß durch die israelische Repression „die gleichen Praktiken von den zionistischen Machthabern gegen das palästinensische Volk"[28] angewendet würden, wie sie die Nazis gegen die Juden angewendet haben. Den Beweis für die Existenz von israelischen Lagern, in denen eine bürokratisch organisierte und industriell betriebene Massenvernichtung von Menschen stattfindet, blieben sie verständlicherweise schuldig.

In den achtziger Jahren führen die Aktivitäten von Linken und Grün-Alternativen mehrfach zu Protesten in jüdischen Zeitschriften. Nachdem 1982 auf einer Demonstration die Parole „Begin ist ein Nazi-Faschist!" gerufen wurde und 1983 in einem Demonstrationsaufruf der Alternativen Liste Wien und der Gewerkschaftlichen Einheit vom „vorsätzlichen Genozid" an den Palästinensern die Rede war, wurde die Linke von der »Gemeinde«, dem offiziellen Organ der Israelitischen Kultusgemeinde, mit dem Vorwurf der Geschichtsentsorgung konfrontiert.[29]

Seit den neunziger Jahren wird ein antisemitisch aufgeladener Antizionismus in Österreich unter anderem in einigen trotzkistischen Gruppen und vor allem von einer aus dem autonomen und antiimperialistischen Milieu stammenden Gruppierung propagiert. 1990 führte die „autonome Palästina-Gruppe" Interviews und Veranstaltungen mit dem völkisch-stalinistischen Antizionisten Karam Khella durch, der in seinen Schriften die Ansicht vertritt, die Juden seien, solange sie am Zionismus festhielten, selbst Schuld an ihrer Verfolgung. Bis heute werden Karam Khellas Schriften auf zahlreichen Veranstaltungen von Palästina-Soligruppen verkauft.

Die Kritik an solchen Formen des Antizionismus blieb zumeist zaghaft. Die Redaktion des autonom-umweltbewegten »Tatblatt« erkannte zwar den Antisemitismus bei Karam Khella und der „autonomen Palästina-Gruppe", schmetterte am Ende ihrer Stellungnahme dazu aber die Parole „Boykottiert Waren aus Israel"[30] heraus. Sie belegte damit nicht nur ihre historische Amnesie, sondern dokumentierte auch, daß sie einer verkürzten, auch dem Antisemitismus – wenn auch mit anderen Vorzeichen – nicht unbekannten Kapitalismuskritik anhängt, die glaubt, zwischen guten und schlechten Waren und guten und schlechten Kapitalisten unterscheiden zu können.

Zahlreiche Versatzstücke eines an-

tizionistischen Weltbildes finden sich bei der „Kampagne Tawfik Ben Ahmed Chaovali", die sich für die Freilassung des wegen eines Anschlags auf den El-Al-Schalter im Wiener Flughafen inhaftierten Chaovali einsetzt. In einem Flugblatt verkündete die Kampagne die atemberaubende Neuheit, daß Israel „seit Beginn seines Bestehens seine Existenz auf Gewalt gegründet" hat. Dabei wird so getan, als wäre das eine Besonderheit des israelischen Staates. Dieser massiven Kritik an Israel entspricht die völlige Abwesenheit einer *grundsätzlichen* Staatskritik in antizionistischen Kreisen. Was man an Israel kritisiert – seine Staatsgewalt und seine Nationswerdung inklusive der nationalen Mythen – wünscht man sich für die palästinensischen Brüder und Schwestern. Staat und Nation sind im Bewußtsein der meisten Antizionisten Erfüllungsgehilfen auf dem Weg zur Emanzipation – es sei denn, sie werden von Juden in Anspruch genommen.

Die Flugblattschreiber wissen zwar von „Deportationen jüdischer Menschen aus Osteuropa und Nazi-Deutschland nach Palästina" zu berichten, aber über die tatsächlichen Deportationen nach Auschwitz und Treblinka schweigen sie sich aus. Mit ihrem Hinweis auf angebliche Deportationen von Juden nach Palästina spielt die Kampagne auf einen Dauerbrenner antizionistischer Agitation an: die angebliche Zusammenarbeit von Zionisten und Nazis, die nach Meinung einiger Antizionisten bis in die Vernichtungslager hinein funktioniert habe. Zumeist beziehen sie sich dabei auf das Haavara-Transferabkommen, das von den Nazis mit einigen Vertretern zionistischer Organisationen geschlossen wurde. Es hatte aus zionistischer Sicht die Aufgabe, einen Teil des jüdischen Vermögens aus Deutschland zu retten, wurde von zahlreichen Juden – auch von zionistischen – heftig kritisiert und kann keineswegs als ein Beleg für eine Mittäterschaft zionistischer Gruppen an den Verbrechen des Nationalsozialismus interpretiert werden. Organisationen wie die „Zionistische Vereinigung für Deutschland" glaubten zwar, daß ihnen der NS-Antisemitismus helfen könnte, ihre Positionen gegenüber den liberalen Juden Deutschlands besser zu vertreten. Das bedeutet aber nicht, daß sie die NS-Herrschaft begrüßt hätten.[31]

Zum ständigen Hinweis auf eine angebliche Zusammenarbeit von Zionisten und Nazis paßt die völlige Ignoranz der Antizionisten gegenüber den Sympathien, die zahlreiche Palästinenser für den Nationalsozialismus empfunden haben. Ein deutliches Zeichen dieser Sympathie setzte der Großmufti von Jerusalem el-Husseini, als er 1941 Hitler eine Visite abstattete und später mit Eichmann die nationalsozialistischen Vernichtungslager begutachtete.[32] Nach 1933 gab es in der arabischen Welt zahlreiche Versuche, nationalsozialistische und faschistische Parteien zu gründen.[33]

Die vermeintliche Kollaboration zwischen Nazis und Zionisten ist schon so ziemlich alles, was radikale Antizionisten über die NS-Zeit mitzuteilen haben. Vom Antisemitismus, der sich laut einer Broschüre der Kampagne gegen „Menschen jüdischen Glaubens"[34] richtet, als hätte es sich bei der Judenverfolgung und -vernichtung im 20. Jahrhundert um eine religiöse Auseinandersetzung gehandelt, verstehen sie nichts. Über den Zionismus hingegen wissen sie scheinbar alles. Kein Antizionist, der nicht sämtliche Zionisten-Kongresse seit Ende des 19. Jahrhunderts aufzählen und auswendig aus der Balfour-Deklaration und Herzls „Judenstaat" zitieren kann. Eine Diskussion über derartiges erübrigt sich. Der eigentliche Grund für die israelische Staatsgründung ist nicht in Basel, sondern in Auschwitz zu finden. Auch wenn die zionistischen Gruppen in Palästina mit ihren Aktivitäten bereits gezeigt hatten, daß das Projekt einer jüdischen Staatsgründung vielleicht *möglich* ist, hat doch nichts so sehr wie der nationalsozialistische Vernichtungsantisemitismus gezeigt, daß es auch *nötig* ist. Die ganze Perfidie antizionistischer Argumentation kommt zum Vorschein, wenn die zentrale Rolle von Auschwitz zwar anerkannt, aber die Massenvernichtung dann gerade *deshalb* als eine Art Koproduktion von Nazis und Zionisten dargestellt wird.

Bei all ihren Bemühungen geht es den linken Antizionisten in Österreich um dasselbe wie ihren autonomen und antiimperialistischen Genossen und Genossinnen in der BRD und in anderen Ländern. Auch in einer Zeit, wo selbst linke Vertreter des palästinensischen Widerstands selbstkritisch eingestehen, daß sie die „soziale Frage" zugunsten der „nationalen Befreiung" sträflich vernachlässigt haben, wollen sie sich am „Kampf der Völker um ihre Befreiung" beteiligen. Der Einzelne geht bei ihnen auf im Kampf für das Große und Ganze – für die Volksgemeinschaft. Mit der Unterstützung von individualistischen, gar die eigenen Interessen wahrnehmenden Menschen hätten sie wohl ihre Probleme. Wie gut, daß „Tawfik nicht aus persönlichen Motiven (handelt), sondern aus der Überzeugung, etwas für sein Volk tun zu müssen."[35] Angesichts der Begeisterung für solch einen völkischen Vorkämpfer – zumindest wird er von seinen Unterstützern als solcher dargestellt – ist es kein Wunder, wenn man sich in Österreich über die Beiträge von Rainer Dittrich aus Lübeck, freut, der sich um die „schacherei (...) um palästinensischen boden" Sorgen macht und mit dem National-Kitsch eines Fatha-Liedes aufwartet: „mein land, mein land/ al fatah, die revolution, führt uns gegen/ den feind!/ palästina, du bist das land unserer väter,/ zu dir werden wir zurückkehren."[36]

Während es für die meisten Antizionisten feststeht, daß Juden weder ein Volk noch eine Nation sind, können sie von Palästinensern kaum mehr anders reden als in der kollektivierenden Form des „palästinensischen Volkes". Derartiges ist typisch für eine Linke, die ihre Solidarität mit Menschen nur dann in Gang setzen kann, wenn sie die Objekte ihrer Solidarität zuvor zu Völkern kollektiviert oder deren Selbstkollektivierung übernommen hat. Daß die Palästinenser ein Volk sind, steht für den Antizionismus außer Zweifel. Schließlich haben sie, angeblich anders als die Juden, einen Boden, der ihnen rechtmäßig zustehe. Nimmt man die antizionistische Propaganda beim Wort, so sind es nicht die Menschen, sondern der Boden, der befreit werden muß. Versprach man in der eingangs erwähnten Parole aus der Hamburger Hafenstraße diesem auf den Namen „Palästina" getauften Stück Erde: „Das Volk wird dich befreien", so versichert man ihm in Wien: „Dein Volk wird siegen!"[37] Menschen können sich von Ausbeutung und Herrschaft befreien. Ein Stück Erde hingegen kann nicht von Unterdrückung, sondern nur von auf ihm lebenden Menschen „befreit", also gesäubert werden. Diese Menschen sind in diesem Fall die in Israel lebenden Juden.

Ein radikaler Antizionismus scheint heute in der österreichischen Linken weniger stark verbreitet zu sein als in den achtziger Jahren. Dennoch existieren auch aus jüngster Zeit mehrere Beispiele für tendenziell oder auch manifest antisemitische Argumentationen, die als Antizionismus daherkommen. Am 22. September letzten Jahres fand in Wien anläßlich des Be-

suches des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu eine Demonstration statt, bei der auf Transparenten die völlig undifferenzierte Gleichsetzung „Rassismus = Zionismus" zu lesen war, und auf der in den Redebeiträgen das komplette Programm antizionistischer Verschwörungstheorien runtergeleiert wurde. Am 20. November letzten Jahres veranstaltete der KSV eine Diskussion zum Thema „Antiimperialismus – Antizionismus – Antisemitismus", auf der ein Vertreter der Palästinensischen Jugendorganisation permanent auf die angebliche Kollaboration der Zionisten mit den Nazis hinwies und die Lüge verbreitete, Antisemitismus habe es außerhalb Europas nie gegeben. Ein Vertreter der trotzkistischen RKL nahm sich kein Blatt vor den Mund und hielt ein flammendes Plädoyer für die – nein, nicht bloß „Zerstörung", wie das normalerweise im marxistischen Sprachgebrauch bezüglich bürgerlicher Staatsgewalt heißt – sondern für die „Vernichtung" des Staates Israel.[38]

Struktureller Antisemitismus

Auch wenn angesichts der zahlreichen nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen im Trikont bereits die Fixierung gerade deutscher und österreichischer Antiimperialisten auf den Konflikt in Israel und Palästina verdächtig ist, kann dennoch nicht jede Kritik an Politik, die in Israel gemacht wird, als antisemitisch diskreditiert werden. Es geht nicht darum, *ob* man Israel kritisieren darf, sondern darum, *wie* man es kritisiert. Nicht jeder antizionistischen Äußerung liegt Antisemitismus zugrunde. Ob Antizionisten für eine Kritik, die auf den latenten oder auch manifesten Antisemitismus ihrer Argumentation hinweist, offen sind, oder ob sie solche Kritik nur als Beweis für den weltweiten Meinungsterror der „zionistischen Lobby" ansehen, ist ein relativ eindeutiges Entscheidungskriterium dafür, ob dem Antizionismus ein gefestigtes antisemitisches Weltbild zugrunde liegt oder nicht. Aber selbst wenn es so etwas wie einen unschuldigen Antizionismus geben mag, muß auch ihm gegenüber eingewendet werden, daß sich „das unschuldigst vorgetragene richtige Argument vor dem Hintergrund falschen Bewußtseins in einen intellektuellen Irrläufer verwandel(t)."[39] Prinzipiell ist darauf zu beharren, daß ein sich als linksradikal verstehender Antizionismus strenggenommen schon vom Begriff her unsinnig ist. Wäre die Linke so antinational, wie es sich gehören würde, hätte sie selbstverständlich Schwierigkeiten mit der nationalen Ideologie des Zionismus. Das wäre dann aber nichts Besonderes und bräuchte daher auch nicht als Antizionismus proklamiert zu werden. Schließlich sind auch Linke, die sich für Kurden engagieren, vielleicht antikemalistisch eingestellt, treten in der Regel aber nicht als „Antikemalisten" in Erscheinung, und Menschen, die sich mit der Polisario solidarisieren, interessieren sich vermutlich herzlich wenig für den spezifischen Namen der marokkanischen Nationalideologie.

Die Existenz von Antisemitismus in der Linken ist evident. Im Antizionismus tritt er als eine spezifische Form des Antisemitismus nach Auschwitz auf, der sich aus Mangel an konkreten Haßobjekten gegen den kollektiven Juden, den Staat Israel, richtet. Daß die im Antizionismus durchaus angelegten Vernichtungsphantasien nicht Realität geworden sind, verdankt sich der israelischen Staatsgewalt.

Antisemitismus in der Linken manifestiert sich aber nicht nur im Antizionismus. Heute, da es auch innerhalb der österreichischen Linken massive Kritik an antizionistischen Gruppen gibt,[40] wäre vor allem eine Diskussion über strukturellen Antisemitismus wünschenswert. Ein zentrales Moment des modernen Antisemitismus ist der Haß auf die abstrakte Seite der kapitalistischen Warenproduktion, die in den Juden biologisiert wird. Am deutlichsten wurde das bei der im Nationalsozialismus vorgenommenen Trennung in deutsches „schaffendes Kapital" und jüdisches „raffendes Kapital". Die Grundlage dieser Trennung ist aber keineswegs eine Erfindung der nationalsozialistischen Ideologie, sondern vielmehr die tendenziell allen Subjekten der bürgerlichen Gesellschaft geläufige Unterscheidung in Arbeitsplätze schaffende Industriekapitalisten einerseits und das scheinbar unproduktive Kapital der Zirkulationssphäre andererseits. Gerade in den heutigen Debatten über die Globalisierung finden sich auch in der Linken zahlreiche Argumentationen, die zwar nicht unbedingt inhaltliche Affinitäten, aber eben strukturelle Ähnlichkeiten zum Antisemitismus aufweisen.

Es ist auffallend, daß der linke Antisemitismus fast nie im Zusammenhang mit einer Kritik an linker Ideologie behandelt wurde. Der Antizionismus in den ehemaligen Ländern des Realsozialismus wird in der Regel ausschließlich als taktisches Manöver der Staatsführung verstanden, anstatt ihn in Beziehung zum Marxismus-Leninismus zu setzen. Die Kritiker des linken Antisemitismus haben häufig ein ähnlich verkürztes, funktionalistisches Antisemitismusverständnis wie die von ihnen Kritisierten. Auch die antisemitischen Tendenzen im Antizionismus der Neuen Linken in Westeuropa werden meistens nur konstatiert, aber selten erklärt.

Antisemitismus in der Linken hat etwas mit den vorherrschenden linken Vorstellungen von Kapitalismus und Imperialismus, von Staat und Nation, von Faschismus und Nationalsozialismus zu tun. In weiten Teilen der Linken ist der Nationalsozialismus darauf reduziert worden, eine besonders abscheuliche, von den aggressivsten Fraktionen der Bourgeoisie dominierte Form von Klassenherrschaft zu sein. Der Vernichtungsantisemitismus der Nazis ist lange weitgehend ignoriert, oder aber lediglich als ein Mittel zur Durchsetzung etwas außerhalb seiner selbst, als Herrschaftsmittel und Ablenkungsmanöver, begriffen worden.[41] Kapitalismus wird in der traditionellen Linken nicht als fetischisierte gesellschaftliche Totalität begriffen, an der die Verdinglichung der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen zu kritisieren wäre, sondern als eine Addition aller Kapitalisten, denen die Arbeiterklasse als prinzipieller Antagonismus scheinbar unversöhnlich gegenüber steht. „So entsteht zwangsläufig ein binäres und verdinglichendes, ein personalisierendes und moralisierendes Denken, das eine Clique von bösen Herrschenden annehmen muß, die mittels direkter Repression, Korruption durch Sozialpolitik und gemeiner Propaganda in den Medien die Guten, die Beherrschten, niederhalten."[42] Das zu Kritisierende, das zu Bekämpfende, das Abzuschaffende ist dadurch – und darin besteht die fatale strukturelle Ähnlichkeit zum Antisemitismus – nicht mehr ein gesellschaftliches Verhältnis, sondern es sind Menschen, die einen Teil, eine Seite dieses gesellschaftlichen Verhältnisses vermeintlich oder tatsächlich repräsentieren.

Mit ihrem verkürzten Imperialismusverständnis haben große Teile der Linken Herrschaft auf Fremdherrschaft und Kapitalismus auf Ausbeutung durch fremdes Kapital reduziert. Die unkritische Bezugnahme auf den Befreiungsnationalismus im Trikont führte zur Affirmation von Herr-

schaftskategorien wie Staat, Nation und Volk. Ein solcher Antiimperialismus, der zwischen der Kritik imperialistischer Politik einerseits und der vorbehaltlosen Parteinahme für die Opfer solcher Politik andererseits nicht unterscheiden kann, führt nahezu zwangsläufig zur Kollaboration mit diversen Diktatoren, völkischen Nationalisten und Antisemiten.

Diese aus der Legitimationsideologie des Stalinismus – dem Marxismus-Leninismus – sich speisende Weltanschauung, die „idealtypisch als *antiimperialistisches Weltbild*“[43] bezeichnet werden kann, weist zahlreiche strukturelle Affinitäten zum Antisemitismus auf. Der Antizionismus der Linken „ist die Anwendung des antiimperialistischen Schemas auf den Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung. Darin führt die strukturelle Affinität zur teilweisen *inhaltlichen Affinität*: Das antiimperialistische Weltbild ist den antisemitischen Stereotypen gegenüber nicht nur nicht immun, sondern es tendiert, wird es zum Antizionismus konkretisiert, dazu, diese selbst hervorzubringen.“[44]

Eine Linke, die den Nationalsozialismus nur als besonders extreme Form der Unterdrückung der Arbeiterklasse begreift, vom nationalen Konsens und von Auschwitz aber nichts wissen will, die staatsapologetisch argumentiert, anstatt in der staatsbürgerlichen Vorstellung vom „Allgemeinwohl“ die Ideologie der Volksgemeinschaft zu erkennen, die nicht die fetischisierte Herrschaftsform der Nation, sondern nur „übertriebenen“ Nationalismus ablehnt, die den Wert affirmiert, aber die angeblichen „Auswüchse“ des freien und wurzellosen Kapitalismus anprangert, die permanent eine personalisierende Kapitalismus- und Staatskritik betreibt und daher nicht Politik als Formprinzip, sondern Politiker und nicht das Kapitalverhältnis, sondern die Kapitalisten kritisiert, wird sich immer in einer gefährlichen Nähe zum Antisemitismus bewegen. ■

Stephan GRIGAT hat Politikwissenschaft in Berlin und Wien studiert.

Anmerkungen

1 Vgl. Brumlik, Micha: Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus. In: Brumlik, Micha/ Kiesel, Doron/ Reisch, Linda (Hg.): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt/M. 1991, S. 7ff.

2 Vgl. Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage. Berlin 1962. Vgl. auch Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis der Kommunisten. Opladen 1983. Ähnlich undifferenzierte Vorwürfe finden sich auch bei Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt/M. 1986, S. 30, S. 107, S. 211ff. Zur Kritik an Silberners Thesen siehe Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1994, S. 85ff. Siehe auch Haug, Wolfgang Fritz: Antisemitismus aus marxistischer Sicht. In: Strauss, Herbert A./ Kampe, Norbert (Hg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt/M. – New York 1985, S. 234ff.

3 Carlebach, Julius: Karl Marx and the Radical Critique of Judaism. London 1978, S. 405.

4 Vgl. dazu Elsässer, Jürgen: Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland. Berlin 1992, S. 113. Es sei hier aber darauf hingewiesen, daß sich selbst noch im „Kapital“ Formulierungen über Juden und das Judentum finden, die einen bei der Lektüre zumindest stocken lassen.

5 Vgl. dazu Knütter, Hans-Hellmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1984, S. 179f.; Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik. Hamburg 1986, S. 141; Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, a. a. O., S. 268.

6 Zum antisemitischen Antizionismus in den ehemaligen Ostblockstaaten existiert zahlreiche Literatur von sehr unterschiedlicher Qualität. Hier seien nur einige Titel genannt. Pommer, Hans Jörg: Antisemitismus in der UdSSR und in den Satellitenstaaten. Bern 1963; Abosch, Hans: Antisemitismus in Rußland. Eine Analyse und Dokumentation zum sowjetischen Antisemitismus. Darmstadt 1972; Fejtö, Francois: Judentum und Kommunismus. Antisemitismus in Osteuropa. Wien – Frankfurt/M. – Zürich 1967; Lendvai, Paul: Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa. Wien 1972; Brod, Peter: Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956. Baden-Baden 1980; Rapoport, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion. Berlin 1992; Poliakov, Léon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Freiburg i. Br. 1992; Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Die SED und der Staat Israel. Bonn 1997.

7 Vgl. Elsässer, Jürgen: Nationaler Sozialismus und Antisemitismus. In: »Bahamas«, Nr. 12, 1993, S. 10; Bösch, Robert: Unheimliche Verwandtschaft. Anmerkungen zum Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus. in: »Krisis«, Nr. 16/17, 1995, S. 161ff.

8 Diner, Dan: Täuschungen: Israel, die Linke und das Dilemma der Kritik. In: Brumlik/ Kiesel/ Reisch, a. a. O., S. 78.

9 Vgl. dazu beispielsweise Broder, a. a. O.; Brumlik, Micha: Die Angst vor dem Vater. Judenfeindliche Tendenzen im Umkreis neuer sozialer Bewegungen. In: Silbermann, Alphons/ Schoeps, Julius (Hg.): Antisemitismus nach dem Holocaust. Köln 1986; Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Frankfurt/M. 1990; Ludwig, Andrea: Israel-Kritik von links. Über die Auseinandersetzung in der bundesdeutschen Linken seit 1967. Schriftenreihe „Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung“, Nr. 69, Berlin 1992; Schneider, Karlheinz/ Simon, Niklaus (Hg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., Bd. 9, Berlin 1987; Wetzel, Dietrich (Hg.): Die Verlängerung der Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt. Frankfurt/M. 1983; Baader, Maria/ Magiriba-Lwanga, Gotlind: „Lösung der Frauenfrage.“ In: »Konkret«, Heft 9, 1990, S. 59ff. Für die französische Linke siehe Poliakov, a. a. O., S. 103ff. Für die Linke in den USA siehe Lerner, Michael: Amerikanische Linke und Antisemitismus. Über fortschrittliche Politik in Zeiten gesellschaftlicher Sinnkrisen. In: Werz, Michael (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt. Frankfurt/M. 1995, S. 159ff.

10 Siehe beispielsweise Barkai, A.: The Austrian Social Democrats and the Jews. In: Wiener Library Bulletin, 24, 1970, Nr. 18/19, S. 16–22; Binder, D. A.: Der „reiche Jude“. Zur sozialdemokratischen Kapitalismus-

kritik und zu deren antisemitischen Feindbildern in der Ersten Republik. In: Geschichte und Gegenwart, Bd. 4, 1985, S. 43–53; Bunzl, John: Arbeiterbewegung, Judenfrage und Antisemitismus. Am Beispiel des Wiener Bezirks Leopoldstadt. In: Botz, Gerhard u. a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien 1978; Wistrich, Robert S.: Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary. London 1982; Wistrich, Robert S.: Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar/ Pollak, Michael (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Buchloe 1990, S. 169–180; Steinbauer, Sylvia: Antisemitismus in der Ersten Republik Österreich. Ein Phänomen mit vielen Gesichtern. Betrachtet im Spiegel zeitgenössischer Quellen unter besonderer Berücksichtigung der Karikatur in der periodischen Publizistik. Diss., Wien 1996.

11 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1986, S. 91.

12 Vgl. Binder, a. a. O., S. 48.

13 Fuchs, Georg: Antisemitismus, Zionismus und Arbeiterbewegung. In: Standpunkte und Dokumente, Nr. 4, 1969, S. 8.

14 Vgl. dazu Bunzl, John: Zur Geschichte des Antisemitismus in Österreich. In: Bunzl, John/ Marin, Bernd: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Innsbruck 1983, S. 55f.

15 Vgl. dazu und zum Folgenden Reiter, Margit: „In unser aller Herzen brennt dieses Urteil." Der Bad Ischler „Milch-Prozeß" von 1947 vor dem amerikanischen Militärgericht. In: Gehler, Michael/ Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur – Wien – München 1995, S. 323ff.

16 »Volksstimme«, 15. 10. 1947.

17 Vgl. »Volksstimme«, 28. 3. 1952 ; 1. 11. 1953; Rosner, J.: Kosmopolitismus und Internationalismus. In: »Weg und Ziel«, Nr. 2, 1953, S. 106; L. S.: Antisemitismus und Zionismus. In: »Weg und Ziel«, Nr. 3, 1953, S. 208.

18 Vgl. Wistrich, Robert S.: Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel. Ismaning 1987, S. 351.

19 »Volksstimme«, 11. 2. 1953, S. 2.

20 Vgl. Keller, Fritz: Die KPÖ und die Schauprozesse in Osteuropa 1948 bis 1953. In: Maderthaner, Wolfgang/ Schafranek, Hans/ Unfried, Berthold (Hg.): „Ich habe den Tod verdient." Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956. Wien 1991, S. 200.

21 Vgl. dazu Spira, Leopold: Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus. Wien – München 1971, S. 158ff.; Spira, Leopold: Feindbild „Jud". 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich. Wien – München 1981, S. 127f.; Spira, Leopold: Antisemitismus in der KPÖ. In: Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen. Wien 1995, S. 288f.; Meisl, Josef: Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970. Wien 1986, S. 187ff.; Reiter, Margit: Zwischen Antifaschismus und Patriotismus. Die Haltung der KPÖ zum Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust. In: Bergmann, Werner/ Erb, Rainer/ Lichtblau, Albert (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. – New York 1995, S. 188.

22 Vgl. »Volksstimme« 14. 3. 1968, S. 2; 15. 3. 1968, S. 4; 16. 3. 1968, S. 4; 21. 3. 1968, S. 3.

23 »Volksstimme«, 2. 10. 1973.

24 Vgl. Embacher, Helga/ Reiter, Margit: Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit. Wien 1998, S. 162ff.

25 »Volksstimme«, 30. 9. 1973.

26 »Klassenkampf«, Nr. 1, 1973.

27 Vgl. Priester, Eva: Ist Antizionismus „Antisemitismus"? In:»Weg und Ziel«, Nr. 12, 1973, S. 473ff.

28 »Klassenkampf«, Nr. 1, 1973.

29 Vgl. »Die Gemeinde«, 25. 1. 1983, S. 9.

30 »Tatblatt«, 24. 4. 1990.

31 Vgl. Nicosia, Francis R.: Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich: Folgen für die Zeit nach dem Holocaust. in: Steininger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel. Wien – Köln – Weimar 1994, S. 63.

32 Vgl. Heinsohn, Gunnar: Was ist Antisemitismus? Der Ursprung von Monotheismus und Judenhaß. Warum Antizionismus? Frankfurt/M. 1988, S. 101ff.

33 Vgl. Nicosia, Francis R.: The Third Reich and the Palestine question. London 1985.

34 Info zu Tawfik Ben Ahmed Chaovali, Nr. 1, 1995, S. 7f.

35 Ebd., S. 20.

36 Ebd., S. 16.

37 Ebd., S. 19.

38 Derartige Äußerungen wurden auf der Veranstaltung scharf kritisiert – nicht zuletzt von Vertretern und Vertreterinnen des veranstaltenden KSV, der sich in letzter Zeit zunehmend um eine intensivere Auseinandersetzung mit linkem Antizionismus und dessen antisemitischen Implikationen bemüht. Vor einiger Zeit hat der KSV mit einer Delegation Israel und Palästina bereist, die bei ihren Kontakten mit Palästinensern jedoch keinerlei Antisemitismus ausmachen konnte (Vgl. Lauggas, Ingo: „This peace is a bad peace". In: »Unitat«, Nr. 2, 1996, S. 6; Lauggas, Ingo/ Wendt, Kurt: Wer keine Wahl hat, hat die doppelte Qual. In: »Volksstimme«, 30. 5. 1996, S. 6), was als subjektiver Reiseeindruck zwar richtig sein mag, die nötige Auseinandersetzung über antisemitische Untertöne bei Teilen des palästinensischen Widerstands aber eher tabuisiert als fördert.

39 Diner, a. a. O., S. 80.

40 Vgl. beispielsweise den Artikel Antisemitismus von links? In: »Lotta Dura«, Nr. 6, 1996, S. 25ff.; Faniza-deh, Michael: Shalom & Salam. Israel, Palästina und der Antisemitismus. In: »Demontage«, Nr. 6, 1994, S. 11ff.; Ofenbauer, Tobias/ Lauggas, Ingo: Wir unschuldige Nicht-Täter. In: »Unitat«, Nr. 5, 1997, S. 12.; Berneri, Camillo: Die Führerleiche im Keller. Zum Antisemitismus der radikalen Linken. In: »Unitat«, Nr. 1, 1998, S. 13.

41 Vgl. dazu Grigat, Stephan: „Ökonomie der Endlösung"? Antisemitismustheorie zwischen Funktionalismus und Wertkritik. In: »Weg und Ziel«, Nr. 1, 1997, S. 44ff.

42 Haury, Thomas: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. In: Poliakov, a. a. O., S. 139. Vgl. auch Haury, Thomas: „Finanzkapital oder Nation". Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5. Frankfurt/M. – New York 1996, S. 148ff.

43 Haury: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. a. a. O., S. 138, kursiv i. Orig.

44 Ebd., S. 141, kursiv i. Orig.

Goldhagen und das Ende der Geschichtswissenschaft

Joachim BRUHN

„Die Diskussion ist absurderweise jetzt so: Waren die deutschen Judenmörder der Nazizeit a) untertänige autoritäre Opportunisten oder b) sadistische brutale antisemitische Mörder? Es fällt mir auf, daß niemand darauf gekommen ist, daß sie wahrscheinlich untertänige autoritätshörige opportunistische sadistische brutale antisemitische Mörder waren. Die Fakten sprechen dafür. Und insofern Goldhagen einem noch die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten bietet, ist sein Buch inkomplett."

Peter Zadek, Leserbrief, in: »Die Zeit« vom 23. 8. 1996

Vier Beweise und ein Schluß

„Keine Deutschen, kein Holocaust": So klar und einleuchtend, so überaus evident und plausibel ist Daniel Jonah Goldhagens These, wie die zwar allemal beweisbare, aber nicht sehr abseitige oder beweispflichtige Behauptung, ohne Henne kein Ei und ohne Wolke kein Regen, so sehr, daß, sollte überhaupt Diskussionsbedarf bestehen, eher die hollywoodreife Titulierung der Massenvernichtung als „Holocaust", d.h. als sinnträchtiges Brandopfer, statt als „Shoah" (Claude Lanzmann) oder „Churban" (Manés Sperber), zur Debatte stünde. Wer nicht von den Deutschen sprechen mag, der soll von Auschwitz schweigen – das ist so wahr wie der unter Historikern längst in Karteikästen begrabene Satz Max Horkheimers, wonach, wer sich weigere, vom Kapitalismus zu reden, über den Faschismus sich auszuschweigen habe. Das Problem mit den Deutschen besteht eben darin, daß sie das Selbstverständliche leugnen, es zum Geheimnis und zum Gegenstand der Wissenschaft machen. Eine pluralistische Gesellschaft verlangt nach vielen guten Gründen für ihren Faschismus; einer allein wäre zu armselig, geradezu beleidigend eindimensional, monokausal, deterministisch. Weil in Deutschland jedes Gefühl für Logik und für die Einsicht in den Zusammenhang von Ursache und Wirkung verloren ging, weil schon die Behauptung, ein derartiger Zusammenhang bestehe nicht nur beim freien Fall des Apfels, sondern auch beim tendenziellen der Profitrate, irgendwie exotisch erscheint und als höhere Philosophie, weil schon der Versuch, wenn nicht strafbar, so doch verdächtig ist, sich einen strikten Begriff vom Faschismus zu bilden, der den „Schein der Tatsachen"[1] durchdringt und nicht nur eine so bienenfleißige wie krude Meinung über allerhand Daten und Fakten, deren Konstitution Geheimnis bleibt, weil die deutsche Geschichtswissenschaft daher vorgeben kann, sie betreibe Aufklärung über Geschichte statt Verklärung der Nation, weil schließlich deutsche Historiker wie Götz Aly, denen noch niemand vorgeworfen hat, sie seien hervorragende Dialektiker, gegen Goldhagen einwenden, er vertrete einen „bewußt eindimensionalen, extrem deterministischen Ansatz"[2], weil sie das, was der Anfang aller Erkenntnis ist: die Suche nach dem einen und identischen Grund, nach dem Wesen der Sache, als Determinismus denunzieren – kurz und gut: weil die Deutschen, ihre Historiker in vorderster Reihe, die elementaren Gebote der Logik verleugnen, um deutsch sein und bleiben zu können, gerät die Aufklärung in eben die schiefe Lage und unglückliche Konstellation, das Einmaleins noch einmal zu beweisen, d.h. Goldhagens Argumentation zu legitimieren. Daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, obwohl es aus nichts anderem als eben diesen Teilen besteht, war ein Lehrsatz der Philosophie, bevor sie durch den Positivismus guillotiniert wurde. Daß „die Deutschen" mehr und Schlimmeres sind, als die Summe aller einzelnen Deutschen, obwohl Deutschland aus nichts anderem als aus lauter Deutschen besteht, ist die unbezweifelbare Konsequenz. Wo soll da ein Problem sein? Hans-Ulrich Wehler etwa bezichtigt Goldhagen des „monokausalen Erklärungsversuchs auf der Grundlage des dezisionistischen Aktes, einen Teil der Menschheit aufgrund der ethnischen, rassistischen, naturalistischen, essentialistischen Zuschreibung des permanent Bösen zu stigmatisieren"[3]. Schlimmeres als Stigmatisierung war, was die Deutschen an den Juden verübten. Und darüber sollten sie nicht wirklich selbst zum Volk geworden sein, d.h. sich nicht selbst aus der Menschheit ausgeschlossen haben?

Goldhagen sagt, der Antisemitismus sei erstens „die Normalwährung der deutschen Gesellschaft" (522)* gewesen, er leitet daraus zweitens „das nationale Projekt der Verfolgung und Ausrottung der Juden" (513) ab, folgert drittens, „daß sich jeder Deutsche zum Massenmörder eigne" (543), und schließt viertens, die Massenvernichtung sei in nichts anderem begründet als in dem „Willen zu töten". Alles in allem: „Die Deutschen konnten zum Massenmord nein sagen. Sie haben sich dazu entschieden, ja zu sagen" (446). Vier beweisbare Behauptungen und ein logischer Schluß, an dem nichts zu deuteln ist. Wo ist das Problem?

Die erste beweisbare Behauptung, Deutschland sei eine durch und durch antisemitische Gesellschaft (gewesen), ist evident. Man muß nur das Interview zur Goldhagendebatte lesen, das der Erfinder der „Männerphantasien", Klaus Theweleit, der »Badischen Zeitung« (15.10.1996) gab. Theweleit reißt die unter Antisemiten aller Fraktionen so beliebten Namenswitze, nennt Goldhagen erst einen „Goldjungen", dann einen „guten Hagen, eben ein Goldhagen", der nicht von hinten, sondern „von vorne kommt, offen, sympathisch". Außerdem hält Theweleit die

---

* Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf Daniel Jonah Goldhagen, „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust", Berlin 1996.

studentenbewegte Mischung aus Marxismus, Psychoanalyse und Kritischer Theorie für ein ausgemacht „jüdisch-intellektuelles Rotwelsch“[4]. Wenn aber schon jemand, der, wie unbegründet auch immer, so doch zur Fraktion der Irgendwielinken gerechnet wird, derart ressentimentgeladen ist, wie muß es dann erst um den Rest der Gesellschaft bestellt sein? – So und nicht anders argumentiert Goldhagen, nämlich im korrekten Umkehrschluß von dem, was sich in Deutschland für die Aufklärung und den Fortschritt hält, auf den Rest. So geht ihm gerade an den Liberalen des 19. Jahrhunderts, an den Philosemiten auf, wie total der Antisemitismus war; es waren „antisemitische Wölfe im Schafspelz“ (505). Die Juden, die solche Freunde hatten, brauchten keine Feinde mehr.

Die zweite Behauptung, der Massenmord sei ein „nationales Projekt“ gewesen, kann ebenfalls nicht strittig sein. Denn der Massenmord als Option von Herrschaft ist ja nichts als der praktische Ausdruck dessen, daß der Staat als politischer Souverän in letzter Instanz über das absolute Recht auf Leben und Tod verfügt. Der Antisemitismus ist eine Ideologie, die diesen Tatbestand reflektiert und die die Ausübung dieses Rechts durch den Souverän antizipiert. Und was soll der Faschismus anderes gewesen sein als das amtliche Endergebnis der aus ihrer eigenen Logik wie Konstitution entspringenden Transformation der bürgerlichen Gesellschaft in ein „Volksgemeinschaft“ genanntes und arbeitsteilig am gleichen Vernichtungsprojekt arbeitendes Mordkollektiv? „Es gibt zwei Dinge“, so wußte Hitler schon 1923, „die die Menschen vereinigen können: gemeinsame Ideale und gemeinsame Kriminalität“[5]. Das kollektive Ideal war die im Antisemitismus reflektierte negative Utopie einer bürgerlichen Gesellschaft ohne kapitalistische Krise, einer Gesellschaft bürgerlicher Subjekte ohne Markt, ohne Konkurrenz. Das bürgerliche Subjekt – aber das „bürgerliche“ dieses Subjekts ist schon Tautologie, denn die Rede ist vom juristischen Subjekt, vulgo: Charaktermaske – spaltet das Bedrohliche an der Konkurrenz und an der Akkumulation, die sein Leben ist, ab, spaltet die Krise ab und rechnet sie der Willkür eines Anti-Subjekts, eines „Gegen-Volks“ zu. Gegen dies Anti-Subjekt mobilisiert er das Selbstbewußtsein und den Aktionsausschuß der bürgerlichen Gesellschaft, den Souverän, der, alles andere denn ephemerer, gar: ohnmächtiger „Überbau“ oder haltloses Luftschloß, vielmehr das Kapitalverhältnis selbst als selbstbewußte Subjektivität ist, nämlich: die notwendig falsche und daher jenseits allen Zufalls so praktisch richtige wie handlungsmächtige Denkform der negativen Vergesellschaftung. – Der Massenmord also war Ausdruck eines „nationalen Projekts“, nämlich der resoluten Entschlossenheit der Deutschen, inmitten und trotz der Zusammenbruchskrise des Kapitals um jeden Preis Subjekte zu bleiben. Unklar an Goldhagens Darstellung ist nur, daß er das kollektive Verbrechen nicht in voller Konsequenz würdigt: Nach der gewaltsamen Beendigung des Mordens durch die Alliierten waren die Deutschen (und sind es bis heute geblieben) noch deutscher als zuvor.

Spätestens durch den Nazismus wurden die Deutschen zu den Deutschen, wurde also das Ganze zu etwas, das mehr und anderes darstellt als die Summe seiner Teile. Die Bedingung der Möglichkeit dieser Transformation liegt in Begriff und Sache des Subjekts beschlossen. Daher ist auch Goldhagens dritte Behauptung, jeder Deutsche eigne sich zum Massenmörder, über jede empirische Widerlegung erhaben, denn das in die Subjektform gepreßte Individuum kann die Gewalt, die es sich selbst zufügen muß, um seiner Funktion als Charaktermaske gerecht zu werden, nur aushalten, wenn es sie gegen den ob nun zufällig realen oder notwendig imaginierten Feind und Antagonisten der Kapitalvergesellschaftung wendet[6], den es nicht als rechtsfähigen Gegner anerkennt. Das Gegenteil von Goldhagens These kann nicht durch irgendwelches Wechselreiten zwischen einer nominalistischen und einer realistischen Definition der und des Deutschen bewiesen werden, sondern nur durch die praktische Emanzipation der Deutschen zu Menschen, d.h. durch die revolutionäre Entnationalisierung. Johann Georg Elser war kein Deutscher, sondern dessen Gegenteil: ein Mensch, der durch das Attentat auf die Inkarnation des Deutschtums schlechthin sein eigenes durchstrich.

Die vierte Behauptung Goldhagens schließlich, Antisemitismus sei in letzter Instanz „der Wille zu töten“ ist ebenso banal wie evident. Ist es nicht eben die Willensfreiheit, die das Subjekt ausmacht, d.h. sind es nicht der praktizierende Idealismus und die wirklichkeitsmächtige Realabstraktion des sich selbst verwertenden Werts, als dessen Agent das unter der Form des Subjekts verfaßte Individuum agiert, auf dessen Rechnung es handelt, in dessen historischer Mission es unterwegs ist? Der freie Wille ist die Form, in der nur der Systemzwang erscheinen kann, die subjektive Willkür die Darstellungsweise der objektiven Gesetzlichkeit, in der sie sich wie in ihrem wirklichen Widerspruch, aber tatsächlich bloß formellen Gegensatz verhüllt. Als mit dem Recht des freien Willens begnadetes ist das Subjekt die Miniaturausgabe des kapitalen Souveräns, dessen Urbild und Stellvertreter. Es verfügt über eine Welt, die ihm nichts als Material darstellt, d.h. in der Warenform gegebener Gebrauchswert und daher in der Preisform verfügbare Ware, deren Aneignung kein qualitatives Problem, sondern eine quantitative Schwierigkeit bedeutet. Das Subjekt ist Gott, das inaugurierende Zentrum der Vergesellschaftung, ist der Zirkelschluß, der selber sich im Akt seiner logischen Begründung als gesellschaftlichen Grund setzt. Freiheit ist diesem Subjekt widerspruchslos ihr gerades Gegenteil: Einsicht in die Notwendigkeit. Wie der Schöpfergott, so verfügt auch der politische Souverän über das unbedingte Recht auf Leben und Tod, ein Recht, das in der fundamentalen Krise von Akkumulation und Integration an die Subjekte zurückfällt. Antisemitismus ist die Form, unter der diese Aneignung sich vollzieht. Der „Wille zu töten“, von dem Goldhagen als der Quintessenz spricht, ist nichts anderes als die Spitze des praktizierenden Idealismus; Riefenstahls Propagandafilm heißt eben „Triumph des Willens“, und das System der Vernichtung war der Ausdruck dieses Willens, war der Idealismus in Aktion. Im Antisemitismus behandelt die Gattung sich selbst als Material der Akkumulation, aber die Sortierung und Selektion der Gattung geschieht nach Maßgabe der Integration, die die Akkumulation in anderer, in politischer Potenz darstellt.

Vier Beweise also, die nur einen Schluß zulassen: „Die Deutschen“ hatten sich entschieden, ja zum Massenmord zu sagen, ein Ja, dessen Implikationen zwar vielfältig waren und von der widerstandslosen Hinnahme über die sympathisierende Unterstützung bis zum tatkräftigen Vollzug reichten, aber ein Ja, dessen mehr oder weniger geheime, dessen mehr oder minder erklärte Absicht die Austilgung selbst war, vollzogen von allen, die das System in den Genuß brachte, jeden Auftrag und welche Arbeit auch immer im

gesellschaftsübergreifenden Plan der Vernichtung auszuüben. „Der Staat sind wir“: Dies Credo der Sozialdemokratie Ferdinand Lassalles war die Wahrheit der Volksgemeinschaft, und der Nazismus war die vermittlungslose Basisdemokratie der Deutschen, d.h. die Unmittelbarkeit des Souveräns als Subjekt in den Subjekten. „Die Deutschen“ hatten sich entschieden, sowohl in ihrer Summe wie auch als Ganzes, d.h. als zum Staat legal inkarniertes und vom Führer legitim repräsentiertes Subjekt dieser Summe, die eben dies, Summe zu sein, nur sein konnte, indem sie mehr und anderes wurde als die Summe ihrer Teile, indem sie sich qua innerer Logik überschritt und ein integrales Ganzes, ein völkischer Organismus wurde. Wer dem sich verweigerte, gar widersetzte, konnte kein Deutscher mehr sein, sondern wurde, wie widerwillig auch immer, Mensch, war nicht mehr Subjekt, sondern Individuum, der trug keine Charaktermaske mehr, sondern hatte eine. Der Nazismus war eine Gesellschaftsformation, die nicht nur bewies – was jeder Logiker weiß –, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, sondern überdies demonstrierte – was jeder Dialektiker befürchtet –, daß die Teile sich alle Mühe geben, das Bewußtsein ihrer selbst als einer Summe zu erreichen und ganzheitlich zu überbieten.

Dieser traurige Sachverhalt rechtfertigt es, über „die Deutschen“ als kollektiven Singular zu sprechen, und er erzwingt es um so mehr, weil diese Deutschen von sich selbst immer als „wir Deutsche“ reden und darunter offensichtlich einen pluralis majestis verstanden wissen wollen. Aber es ist eben Goldhagens begriffliche Verallgemeinerung der Deutschen zu den Deutschen (die nicht begreift, warum sie an sich schon Verallgemeinertes unter sich begreift), die den Historikern und den Feuilletonisten sauer aufstieß. Sie wollen die Verallgemeinerung auf Popper & Feyerabend komm' raus als Subsumtion mißverstehen, d.h. nicht als Reflexion des Einzelnen in seinem konstitutiven Begriff, sondern als seine Denunziation im Zuge äußerlicher Wertung, nicht als Vermittlung des Einzelnen mit sich selbst zum Ganzen, sondern als Ableitung aus einem ganz Anderen und gänzlich Fremden, nicht als Rekonstruktion der gesellschaftlichen Synthesis, sondern als absurde Deduktion aus der Willkür fast schon totalitär gesetzter Totalität. Zu verallgemeinern – das soll plötzlich in einem Deutschland verboten sein, das „den Juden“ trotz aller Juden zum Inbegriff des Generalfeindes erhob und das dem Mechanismus dieser mörderischen Verallgemeinerung bislang so wenig auf die Spur kommen wollte, daß es ernsthaft glaubt, dem Antisemitismus durch interkulturelle Beschnupperungsrituale an Juden abzuhelfen. Verallgemeinern – das heißt vom Verhalten auch noch so vieler Deutscher, daß es mutmaßlich hundert Prozent der Deutschen sind, auf das Wesen der Deutschen zu folgern –, das, sagen die Historiker unisono, darf man nicht, denn das bedeutet, in den Worten des Linksliberalen Hans Mommsen, „Kollektivschuld“, „Quasi-Rassismus“ und „umgedrehten Antisemitismus“. Derlei Verallgemeinerung macht den Historiker, der sonst kein Problem hat, die aktenstaubtrockene Sprache der Verwaltungswissenschaft mit dem Slang der soap opera zu quirlen und etwa von der „Implementierung des Holocaust“ zu sprechen, ganz fuchsig, denn so „erscheint das deutsche Volk als das antisemitische Urvolk schlechthin“[7]. Nur einen Schritt weiter, und die Deutschen sind die Juden der Welt, die Parias, die für ihren Platz an der Sonne kämpfen müssen.

Ideologie als Methode

Max Horkheimer hatte der heiligen Entrüstung über den Vorwurf der „Kollektivschuld“, den leider nie jemand ernsthaft erhoben hat, das camouflierte Interesse abgemerkt, das nationale Wir zu wahren, zu hegen und zu pflegen, d.h. die Volksgemeinschaft über die Nazipleite zu retten. Im nahezu einhelligen Affekt der deutschen Historiker gegen Goldhagen entlarvt sich die deutsche Geschichtswissenschaft als Verlängerung der klassischen Nationalgeschichtsschreibung mit anderen, nämlich sei's strukturalistischen, sei's intentionalistischen Mitteln. Es ist dies eine Art und Weise, die Historie zu schreiben, die ihrer eigenen Methodik und Vorgehensweise trotz aller Akribie und vielmehr wegen allen Fleißes derart unbewußt ist, daß sie Ideologie absondert wie die Raupe den Faden. Die Geschichtswissenschaft überhaupt, die deutsche vor allem, ist der denkbar ungeeignetste Ort, um Aufschluß und Aufklärung über die Geschichte im allgemeinen, und insbesondere über den Nazismus, zu gewinnen. Denn die wissenschaftlich organisierte Vergangenheitsbetrachtung ist, die Goldhagen-Diskussion zeigt es exemplarisch, Ideologie im starken und eigentlichen, im materialistischen Sinne, das notwendig falsche Bewußtsein des nationalen Kollektivs von sich selbst, ist nichts als systematisierter gesunder Deutschenverstand, nur in Façon gebrachte und mit einer ans Aberwitzige grenzenden Unmasse sogenannter Fakten und Quellen garnierte Selbstreflexion und also Selbstlegitimation einer Akkumulationsgesellschaft, die sich in der Form der Nation und unter der fürsorglichen Aufsicht ihres Souveräns so außerordentlich wohl fühlt, daß sie vor keinem Geschichtsverbrechen zurückschreckt. Die Geschichtswissenschaft begreift buchstäblich nichts; weil sich die kapitale Gesellschaft in ihr begreift, kann sie nicht einmal sich selbst begreifen. Begriffsstutzig, wie diese Wissenschaft ihrer Natur nach ist, denunziert sie im Namen des Besonderen alle Verallgemeinerungen. Außer ihren eigenen.[8]

Indem die Geschichtswissenschaft derart vehement gegen Verallgemeinerungen überhaupt plädiert, indem sie insbesondere gegen die Verallgemeinerung der Deutschen zu den Deutschen polemisiert, offenbart sie nicht etwa, daß ihr jedweder Maßstab historischen Urteilens abginge, sondern vielmehr, wie sehr ihr notorischer Relativismus ein ausgewachsener Dogmatismus ist, und weiter, wie durchgängig sich ihr chronischer Antifaschismus einem überaus staatstragenden Pluralismus verdankt. Den Nazismus zum Gegenstand einer geschichtswissenschaftlichen Betrachtung zu machen, das bedeutet in Deutschland, Hitler dafür kritisieren, daß er nicht Bismarck redivivus war. Das Kriterium, nach dem der Nazismus sortiert wird, entspringt ebenso umstandslos wie rückhaltlos dem demokratischen Ich-Ideal, in dem die kapitalisierte Gesellschaft ihren ausbeuterischen Triebgrund so projektiv wie sublimativ aufhebt und verklärt. Der Pluralismus, vulgo: die postmoderne Zivilgesellschaft, ist die Gesellschaftstheorie dessen, was der Geschichtswissenschaft als rabiater Nominalismus, als Kult des Besonderen und Einzelnen, als Fetischismus der „Quellen“ und der „Tatsachen“ zur allerdings dogmatisch gehandhabten Methode taugt.

„Heute gegen den Faschismus auf die liberalistische Denkart sich berufen“, hatte Horkheimer 1939 festgestellt, das „heißt, an die Instanz zu appellieren, durch die er gesiegt hat.“[9] Die Nazi-Diktatur im Auftrag des Pluralismus und mit den Mitteln des Nominalismus geschichtswissenschaftlich

zu untersuchen, kann nur – ganz unabhängig von der je eingeschlagenen Strategie und wie contre cœur auch immer, bedeuten, die methodologische wie soziale Notwendigkeit des Dezisionismus nachzuweisen. Das Elend des Nominalismus liegt in seinem immanenten Umschlag in sein gerades Gegenteil, den Realismus als unvermittelte Allgemeinheit beschlossen, ein Gegenteil, das doch seine so unabweisbare wie unbewußte Ergänzung darstellt. Gegen den Nazismus, wie es die Bielefelder Historikerin Ingrid Gilcher-Holthey will, auf „das Gegenmodell einer Bürgergesellschaft auf der Basis der Menschenrechte“[10] sich zu berufen, impliziert schon die Rechtfertigung genau des politischen Souveräns, der den praktischen Inbegriff der Geltung dieser Rechte darstellt. Die Menschenrechte sind keinesfalls das Antidot, sie sind die objektive Ideologie der Staatsgewalt[11]; sie gleichwohl zum „Gegenmodell“ zu erklären, ist irrational, ist bloß Dezision wie ihre Begründung Rationalisierung, d.h.: Ideologie. Die Demokratie der Bürger ist die interessierte Demutsadresse an den autoritären Staat; die philosophische Position, in der sich die Demokratie zu anthropologischen Würden aufschwingt, ist so irrational wie die ihres vermeintlichen Gegners und gar vorgeblichen Todfeindes. Sir Karl Popper, dessen Bürgerbibel „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ die demokratische Ideologie zur Philosophie des „kritischen Rationalismus“ systematisiert hat, muß denn auch einbekennen, „daß die rationalistische Einstellung auf einem irrationalen Entschluß oder auf dem Glauben an die Vernunft beruht“[12]. Der Glaube an die Vernunft jedoch ist an sich selbst so nichtig wie jeder Glaube, d.h. sein eigenes Gegenteil und damit seine Vernichtung. Darin bekennt die bürgerliche Philosophie, daß ihr die Alternative von Faschismus und Demokratie den gleichen Rang besitzt wie die Wahl zwischen Rhabarberjoghurt und Lakritze: Über Geschmacksfragen läßt sich nicht streiten.

Der diskrete Dogmatismus der Geschichtswissenschaft, d.h. das relativistische Auftragsdenken, dessen Geherda die Aversion gegen Verallgemeinerungen ist, offenbart sich nicht zuletzt daran, wie fein säuberlich zwischen Nation und Nationalismus unterschieden wird. Man dürfe, wendet Hans Mommsen gegen Goldhagen ein, den deutschen Nationalismus „nicht pauschal“[13] verdammen, man müsse doch differenzieren. Die Unfähigkeit zum Begriff der Nation, d.h. zum Urteil über die deutsche, geriert sich als freundliche Einladung zur undogmatischen Einzelfallbetrachtung. Geschichtswissenschaft, die derart der juristischen Methode sich anbequemt, maßt sich an, das je Besondere zu würdigen und leistet doch nur die Affirmation des Ganzen. Die Form Nation liegt so im Jenseits des Begriffs wie nur die Form Staat, die Nation inauguriert; aus diesem Jenseits der fraglos je schon existenten Verallgemeinerung von Menschen zu Deutschen agiert sie als transzendentale Form, die das Material organisiert, als das unbedingte Apriori jeder historischen Erfahrung, das darüber entscheidet, was als Empirie soll gelten können. Die deutsche Nation ist das Apriori dieser seltsamen Wissenschaft, die vorgibt, nichts zu kennen als Quellen, Quellen und nochmals Quellen, nichts als das lautere Plätschern der Tatsachen und das ungetrübte Sprudeln der Empirie. Die Quelle aber ist der Historie, was der Jurisprudenz das Indiz: Spielmaterial, bloße Illustration des Systemzwangs zum Rechtsfrieden, d.h. empirische Legitimation der vorab existenten letzten Instanz, an der jede Berufung aufhört und jede Revision endet. Egal, wer Recht hat, solange nur Recht ist; was immer die Quellen sagen, ein Beweis gegen die Nation wird sich daraus nie und nimmer folgern lassen.

Hans Mommsen sagt: „Der Versuch Goldhagens, von der Zahl der aktiven Vollstrecker auf die Gesamtnation zu schließen (...), ist methodisch wenig hilfreich und empirisch nicht abgesichert.“[14] Historische Wahrheit wird nach dem Modell von Meinungsumfragen vorgestellt; kein Sample jedoch wird je repräsentativ genug sein, um der deutschen Nation als solcher die Taten der Nazis zuzurechnen. Die juristische Methode dieser seltsamen Wissenschaft, die sich die Behandlung der Geschichte anmaßt, weiß so überaus sorgfältig zwischen Intention und Resultat zu scheiden, daß der einzig noch mögliche Weg historischer Wahrheitsgewinnung, der allerdings leider ausgeschlossen ist, Psychoanalyse wäre. Erst dann wäre zu wissen, ob die „aktiven Vollstrecker“ tatsächlich aktiv vollstrecken wollten, erst dann wäre klar, was der Führer wirklich wollte. Der Historiker verschanzt sich im Besonderen, macht das je Einzelne zur Barrikade gegen dessen Begriff und plädiert im Namen des Konkreten gegen die Abstraktion. Aus dem Verbot jedoch, von Deutschen auf die Deutschen zu schließen und von Einzelnen aufs Mordkollektiv, spricht die Entscheidung, das Geschichtsverbrechen nicht sich zurechnen zu lassen, es entschlossen abzuspalten. Nicht anders ist zu deuten, daß die Massenvernichtung den Historikern längst zum Sinn, d.h. zum demokratischen Auftrag der Deutschen gerann, daß selbst der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, der Goldhagen noch am verständnisvollsten kritisierte, von „uns, den Deutschen“[15] als von einem mit sich identischen Subjekt spricht: Nichts anderes sagt Goldhagen.

Was ein Faktum ist, darüber entscheidet, wenn es mit rechten Dingen, d.h. materialistisch zugeht, die Theorie; was eine historische Quelle ist, darüber befindet die deutsche Ideologie, als deren Schreibautomat der Historiker die Vergangenheit seiner Nation zu Protokoll nimmt. Niemand glaubt weniger als der Historiker, daß sich aus den Akten jemals Aufschluß über den wirklichen Verlauf und irgendwann Aufklärung über die tatsächliche Logik der Geschichte ergeben könne, aber niemand unterwirft sich anstrengenderen Exerzitien und gibt sich mehr Mühe, den Anschein des geraden Gegenteils zu erwecken. Seine Fakten dienen der Illustration, sie sind fact fiction. Die Forschungsfrage, die vor dem Gang in die Archive pro forma gestellt wird, ist schon die Antwort selbst; kein Fund wird jemals die Frage kritisieren können. Hans Mommsen etwa fragt, „warum in einem fortgeschrittenen und hochzivilisierten Land wie Deutschland der Rückfall in die Barbarei möglich geworden ist.“[16] Daß Deutschland vor 1933 „zivilisiert“ war und nicht vielmehr kapitalistisch, ist schon die Antwort in der Frage; und es bleibt nur, darüber zu spekulieren, mittels welcher „empirisch abgestützter“, anhand welcher „methodisch hilfreicher“ Verfahren Mommsen aus dem empirischen Material hat schließen können, daß der Nazismus der „Rückfall“ war, nicht die Konsequenz, daß die „Barbarei“ nicht das Anti der Zivilisation war, sondern das historische Telos des Kapitals. So wird die demokratische Historie zum da capo des Nazismus. Georg Friedrich Wilhelm Hegel, dessen Geschichtsphilosophie unter Historikern aus gutem Grund einen schlechten Leumund genießt, hat dazu bemerkt: „Das besondere Interesse der Leidenschaft ist also unzertrennlich von der Betätigung des Allgemeinen (...). Es ist das Besondere, das sich aneinander abkämpft und wovon ein Teil

zugrunde gerichtet wird. Nicht die allgemeine Idee ist es, welche sich in Gegensatz und Kampf, welche sich in Gefahr begibt; sie hält sich unangegriffen und unbeschädigt im Hintergrund."[17] Keine Empirie vermag das Allgemeine je zu widerlegen; bei Hegel allerdings bezeichnete dies die „List der Vernunft", d.h. den Progreß der bürgerlichen Revolution gegen alle feudale Reaktion, während das Allgemeine des postfaschistischen Historikers nur die Penetranz der deutschen Revolution von 1933 gegen alle Evidenz der materialistischen Vernunft verkörpert.

Der Nationalhistoriker polemisiert gegen das Verallgemeinern, denn er selbst besitzt nicht den Schimmer eines Bewußtseins davon, wie die bürgerliche, wie die kapitalisierte Gesellschaft das Besondere und das Allgemeine synthetisiert, wie der transzendentale Schematismus a priori sich konstituiert, der das Besondere zum Ganzen sich fügen läßt, wie es daher, materialistisch gesprochen, um den Nexus von Warenform und Denkform bestellt ist. Er schmiert seinen Faktenbrei auf das dürre Gerüst der Ideologie, die darüber zur bunten Kulisse werden soll, vor der nichts als immer nur Menschen endlose Reprisen des Allzumenschlichen aufführen: die Nation als Lindenstraße, wo viel geschieht und nichts passiert. Die Erkenntnisfalle, in die er sich so verstrickt, ist, weit entfernt, ihm irgend Kopfschmerzen zu bereiten, vielmehr sein Lebenselixier: indem er notorisch zwischen haltlosem Empirismus, also der sprichwörtlichen Fliegenbeinzählerei, einerseits und ebenso leerer Metaphysik, d.h. den unverständigen, nämlich ideologischen Abstraktionen seiner Kategorien, andrerseits schwankt, erfüllt er genau seinen gesellschaftlichen Auftrag. Darin besteht diese Mission, als Vermittler zwischen den traurigen Tatsachen und ihrem höheren Sinn aufzutreten, darin, die Vermittlung der Gesellschaft durch das Kapital zum humanen Sinn der Geschichte zu verdoppeln.

Die Geschichte ist die Beute des Historikers. Die Methode, sie unter den Nagel sich zu reißen, hat, abermals, Hegel denunziert: „Die Grundtäuschung im wissenschaftlichen Empirismus ist immer diese, daß er die metaphysischen Kategorien von (...) Einem, Vielen, Allgemeinheit (...) gebraucht, ferner am Faden solcher Kategorien weiter fortschließt, dabei die Formen des Schließens voraussetzt und anwendet und bei allem nicht weiß, daß er so selbst Metaphysik enthält und treibt und jene Kategorien und deren Verbindungen auf eine völlig unkritische und bewußtlose Weise gebraucht".[18] In den „Formen des Schließens" ist die komplette Gesellschaft, ist die Quintessenz ihrer Totalität enthalten. Wer im Gegensatz von Besonderem und Allgemeinem vermitteln will, statt auf die Konstitution dieses Gegensatzes und also des Vermittlungsproblems selbst zu reflektieren, der hat in dieser Denkform nichts anderes gedacht als das Kapital selbst, d.h. das Kapital mit anderen, mit intellektuellen Mitteln fortgesetzt; eben das meinen Begriff und Sache der Ideologie. Der Empirismus ist, Hegel zufolge, „eine Lehre der Unfreiheit"[19], die Geschichtswissenschaft als die vergangenheitsselige Version dieses Empirismus daher eine Doktrin der bedingungslosen Persistenz der Nation und ihres Staates, die sich durch kein Auschwitz je wird beirren lassen.

All dies reflektiert sich, vielmehr, da von Reflexion allseits keine Rede sein kann: dies alles spiegelt sich wider in der Weise, in der deutsche Historiker Goldhagen entweder unkontrollierte Induktion oder hemmungslose Deduktion vorhalten, drückt sich aus in der wildwuchernden Rede von vielfältigen „Bedingungen", komplexen „Faktoren" und hochdiffizilen „Umständen", die ein wohltemperiertes historisches Urteil im Interesse seiner Konsensfähigkeit zu berücksichtigen habe, und schlägt sich schließlich nieder im Vorwurf, aus Goldhagen spräche in Wahrheit gar „kein Historiker, sondern ein Informatiker, der historische Prozesse und Dokumente wie Bestandteile einer gewaltigen Software liest", der einem monokausalen, eindimensionalen und also monomanen Determinismus huldige: Und dies sei, befindet die »Frankfurter Allgemeine« und sagt Frank Schirrmacher, nichts anders als: „Geschichtsmetaphysik"[20], die, sekundiert »Die Welt« und schreibt Jost Nolte, einzig auf einer „Technik der Vereinfachung und Verallgemeinerung"[21] gründen könne.

Die Kritik an Goldhagen manifestiert, wie gewaltig der Abgrund zwischen der deutschen Geschichtswissenschaft und der historischen Wahrheit klafft. Der Historiker scheut den synthetischen Begriff der Geschichte, weil dieser nicht anders sich aussprechen kann denn als kategorisches Urteil über die Zukunft, d.h. als kommunistisches Programm der Abschaffungen. „Geschichtsmetaphysik": Der schlimmste Vorwurf, den Historiker überhaupt erheben können, enthüllt zugleich den ideologischen Charakter dieser obskuren Wissenschaft, deren Anhänger das im Kapitalverhältnis gesellschaftsmächtig gewordene Phänomen der Realabstraktion, d.h. der praktischen Metaphysik und ihrer „gesellschaftlich gültigen, also objektiven Gedankenformen"[22], in einen historischen Prozeß auflösen, der auf der Flucht vor seinem Begriff beständig um die Pole von Interaktion und Struktur, von Geschichte als Handlung und Kommunikation einerseits, als Funktion und System andrerseits oszilliert. Diese Bewegung allerdings vermöchte der Informatiker adäquater zu fassen als der Historiker, weil er, wenn er auch sonst nichts weiß, doch immerhin das eine weiß, daß der Prozeß durch die Form determiniert wird. Die Festplatte der Weltgeschichte ist auf das Betriebssystem Kapital formatiert, und die deutsche Geschichte insbesondere gehorcht einer antisemitischen Software.

Das Verhältnis von Induktion und Deduktion, dessen mangelhafte methodische Beherrschung die deutschen Historiker Goldhagen ankreiden, impliziert das Problem der gesellschaftlichen Synthesis, die Frage, wie es möglich sein soll, daß das sinnlich so Verschiedene und schlechthin Inkommensurable doch in einem Begriff sich fassen soll, in einem synthetischen Begriff, der, weit davon entfernt, von außen oktroyiert, abgehoben oder „abstrakt" zu sein, vielmehr von innen emergiert, wie also Äpfel und Birnen sich zu Obst addieren lassen, wie die differenten Gebrauchsdinge, nur als Waren produziert, in einem quantifizierten Tauschwert sich summieren. Kann in diesem Verhältnis vom Einzelnen aufs Ganze gefolgert werden? Und aus wieviel Einzelnem besteht das Ganze? Oder hat man vom Ganzen auf das Einzelne zu schließen? Und was ist sodann das Ganze?

Schließt man, induktiv, von der subjektiven Erfahrung etwa Viktor Klemperers auf das Ganze, d.h. auf ganz Deutschland, dann kann an der Wahrheit der Thesen D. J. Goldhagens so wenig Zweifel aufkommen wie im umgekehrten, deduktiven Schluß von der nazistischen Regierungsprogrammatik auf die Gesellschaft. Klemperers „Forschungsprozeß" führte ihn vom ungläubigen Staunen darüber, „daß Hitler wirklich die deutsche Volksseele verkörpert, daß er wirklich ‚Deutschland' bedeutet", über die fortschreitende Gewißheit, „daß Hitler wahrhaftig der Sprecher so ziemlich aller Deut-

schen ist“ auf die furchtbare Wahrheit, daß „die Seuche in allen wütet, vielleicht ist es nicht Seuche, sondern deutsche Grundnatur“. Am Ende schließlich die Erkenntnis: „So bedeutet die Judenfrage für den Nationalsozialismus das Zentrum der ‚Wesensmitte‘ und seine Quintessenz“.[23] Viktor Klemperer verallgemeinert ‚from the bottom up‘, während Hitler, wie nicht nur seine Rede zum Jahrestag der NSDAP-Gründung 1942 belegt, mit allen Kräften und in aller Öffentlichkeit entschlossen war, ‚from the top down‘ zu besondern: „Dieser Kampf wird nicht mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung des Judentums in Europa sein Ende finden“[24].

Josef Joffe und die Logik

Der einzige unter Goldhagens Kritikern, der die Frage nach dem erkenntnistheoretischen Status der geschichtswissenschaftlichen Begriffe überhaupt aufgerollt hat, war bezeichnenderweise kein Fachhistoriker, sondern Josef Joffe, Leitartikler der »Süddeutschen Zeitung«. Er schreibt: „Schon der Talmud sagt ganz knapp: ‚Zum Beispiel ist kein Beweis‘. Die Fallstudie, die Zitate (und seien sie auch noch so massenhaft aufgetürmt) summieren sich nicht per se zum Richtspruch. (...) Noch problematischer wird es bei der Logik. Der Satz A, ‚Die Killer waren normale Deutsche‘. enthält nicht den Beweis, den Goldhagen zu liefern wünscht, also den Umkehrschluß B, ‚Die normalen Deutschen waren Killer‘ (...). Zwischen Satz und Umkehrschluß tut sich die älteste logische Falle überhaupt auf; A ergibt nicht B, es sei denn, daß die A-Menge identisch mit der B-Menge wäre, was sie aber per definitionem nicht ist. Anders ausgedrückt: (Soziologische) Korrelation ist keine Kausation. (...) Mithin kommt Goldhagen das klassische Problem von der Vermischung verschiedener Analyse-Ebenen in die Quere, zwischen denen kein zwingender Konnex herrscht, in diesem Fall zwischen Individuum, Gruppe und Nation. Formal ausgedrückt: Die Eigenschaften einer Gruppe sind nicht identisch mit den Eigenschaften ihrer Mitglieder, und beide unterscheiden sich wiederum von denen des gesamten Volkes. (...) Oder: ‚Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile‘. (...) (Auf Goldhagens) Weise von ‚unten nach oben‘, von der Stichprobe zur Gesamtkultur räsonieren, geht nicht. Aber man kann auch nicht von ‚oben nach unten‘, von der präsumtiven Kultur auf das mörderische Verhalten schließen, wie Goldhagen es ebenfalls tut.“ Joffe folgert, es bedürfe einer „intervenierenden Variable“, also eines Dritten der Vermittlung, das er „das ‚System‘„ nennt[25], etwas, das die Einheit von Induktion und Deduktion stiftet. Wer oder was jedoch ist „das System“? Offenkundig kann es nur gedacht werden als Identität von Identität und Nicht-Identität, d.h. als Übergreifendes über sich selbst und sein eigenes Gegenteil, d.h. als Einheit der Logik mit der Bedingung der Möglichkeit ihrer eigenen Geltung. Die Logik gilt, da hat Joffe gegen Goldhagen ganz recht, aber sie vermag ihre eigene Geltung nicht logisch zu begründen, und deshalb hat Joffe gegen Goldhagen ganz und gar unrecht. Die Geltung der Logik selbst beruht nicht auf Logik, sondern auf einem dialektischen Paradox dergestalt, wie das klassische vom Kreter es demonstriert. Satz A: Alle Kreter lügen; dann Satz B: Der dies sagt, ist selbst ein Kreter. Was nun? Wahrheit oder Lüge? Die Bedingungen der Geltung von Satz A sind die Kriterien der Unwahrheit von Satz B; und umgekehrt. In diesem Beispiel ist der Kreter die Teilmenge seiner selbst, das Übergreifende über sich und sein Gegenteil. Daraus wiederum folgt: Der Satz C „Alle Kreter sind Lügner“ läßt sich in den Satz D „Alle Lügner sind Kreter“ umkehren, oder anders: Der von Joffe inkriminierte Schluß Goldhagens kann nie und nimmer von einem Deutschen bestritten werden. Das Paradox allerdings, aus dem die Logik praktisch Geltung gewinnt, ist an sich selbst alles andere als ein Denkproblem, sondern das im Kapitalverhältnis durch die Selbstkonstitution des Werts zum „automatischen Subjekt“[26] negativ gelöste Problem der Vergesellschaftung, d.h. die Identität des Werts als Identität seiner prozessierenden Identität im Geld mit seiner Nichtidentität als Produktion von Gebrauchswert, d.h. die praktische Identität von Mommsen und Nolte im Historiker als ihrem immanenten Allgemeinbegriff. Der kapitale Wert, der im Prozeß seiner Verwertung seine eigenen Voraussetzungen produziert und reproduziert, ist so die Bedingung der Geltung von Logik schlechthin. „Das System“ daher, von dem Joffe, wie er freundlicherweise selbst sagt, im „Soziologen-Jargon“ spricht und das er eine „intervenierende Variable“ nennt, ist weder eine Variable noch interveniert es; es ist die Form der kapitalen Vergesellschaftung selbst, die sich als ihren eigenen Inhalt setzt und reproduziert.

Goldhagens Folgerung, daß, weil die Killer normale Deutsche waren, alle normalen Deutschen potentielle Killer waren, ist daher mit den Mitteln der Logik ebenso angreifbar (nur nicht von Deutschen, die von sich selbst als „wir Deutsche“ sprechen) wie sie, dialektisch betrachtet, über jeden Zweifel erhaben ist. Auch nur Historiker, fühlt Goldhagen sich, im eklatanten Unterschied zu seinen deutschen Kritikern, nicht genötigt, den fraglosen Positivismus der historischen Methode nationalistisch zu verbiegen, ein fröhlicher Positivist, der sich Induktion und Deduktion nicht gegeneinander ausspielen läßt, der sich vielmehr gewiß ist, seinen Gegenstand im Gleichklang der Verallgemeinerung der Quellen wie der Konkretisierung der Allgemeindiagnose gewaltlos in den Begriff zu zwingen. Was „deutsch“ ist, wird so mentalitäts- wie ideengeschichtlich zugleich bestimmt, von unten erschlossen wie von oben gefolgert. Seine Ergebnisse sind um so zwingender, als er den Gesellschaftsbegriff seiner deutschen Kritiker teilt, demonstrieren sie doch, wozu selbst Positivisten fähig sein können, wenn ihnen der Poppersche „Glaube an die Vernunft“ mehr ist als Lippenbekenntnis.

Goldhagens Wissenschaft

Denn Goldhagen ist ein Positivist, den es mit Macht zum Begriff drängt, ein Positivist, der weiß, daß die Theorie darüber entscheidet, was ein Faktum ist, ein Positivist, der sich vom Kraut und den Rüben der Empirie nicht den Blick verstellen läßt, der überdies, allem Manko eines ideologiekritischen Wahrheitsbegriffs zum Trotz, ganz genau weiß, daß, wenn es schon so sein soll, wie es der Positivismus will, die innere Stimmigkeit einer Theorie das Indiz ihrer objektiven Richtigkeit abzugeben hat, daß diese Theorie dann ökonomisch zu sein hat und elegant, daß sie mit einem Mindestmaß an Argumenten auszukommen hat, daß sie Ockhams Messer ansetzen muß, um rational zu sein. „Der Ruf nach Komplexität ist häufig die letzte Rettung jener, die bestimmte Folgerungen unerträglich finden“, doziert er gegen seine Kritiker, und weiter: „Die Vorstellung, daß eine einfache Erklärung eine vereinfachende Untersuchung zur Voraussetzung“ haben muß, ist irrig, „viele schreckliche und komplexe Resultate haben einfache Ursachen“.[27]

Seine Entschiedenheit nimmt um so mehr wunder, als Goldhagen den liberalen Gesellschaftsbegriff mit allen Konsequenzen vertritt und verteidigt. So überaus resolut outet er sich als Parteigänger der „offenen Gesellschaft", daß sich das vernünftige Resultat geradezu im vollendeten Widerspruch zu seinen theoretischen Grundannahmen ergibt. Daß der deutsche Antisemitismus im Kern „der Wille zu töten" ist, daß er in letzter Instanz auf Vernichtung geht, daß alle seine noch so differenzierten Spielarten und wie immer komplexen Ausdrucksformen vom linken Antizionismus über den liberalen Philosemitismus bis hin zum altgermanischen Neuheidentum in einem übergreifenden Horizont, in einem logischen Kontinuum stehen, dessen inneres Telos die Liquidation ist – dieser Nachweis ist so stupend, daß man sich fragt, wie er überhaupt mit den Mitteln des Positivismus zu begründen sein sollte, ist so frappant, daß man den Positivismus nachgerade vor lauter Hochachtung vor Goldhagen für die in Deutschland allein noch mögliche Form der Aufklärung selbst halten möchte. Es ist aber nur die Logik der Sache selbst, die sich hierin ausspricht, die als „kognitives Modell", „Mentalität" und „politische Kultur" definiert, was tatsächlich Begriff und Sache der Ideologie zukommen würde. Unter dem anthropologisch anmutenden Titel der „Mentalität" reflektiert Goldhagen jedenfalls den Tatbestand, daß die deutsche Ideologie den Deutschen so rigoros zur zweiten Natur geworden ist, daß sie darin wohler sich fühlen als in ihrer ersten Haut, was schon ihre massenhafte Bereitschaft bewies, sie für Führer, Volk und Vaterland zu Markte zu tragen. Goldhagen geht „im Gegensatz zu Marx' bekanntem Diktum davon aus, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt" (533), eine zwar billige, aber jedenfalls legitime Polemik gegen den unter Marxisten gängigen Ideologiebegriff, denn vom Zusammenhang von Warenform und Denkform wissen die Marxisten ebenfalls weniger als nichts. Wie ist es nun in Goldhagens Perspektive um den Zusammenhang von Sein und Bewußtsein, von deutschem Sein und antisemitischem Bewußtsein bestellt?

Goldhagen ist, was seine Erkenntnistheorie angeht, radikaler Konstruktivist. Man müsse sich, sagt er, „das kognitive, kulturelle und teils sogar das politische Leben einer Gesellschaft wie ein ‚Gespräch' vorstellen. Alles, was wir über die gesellschaftliche Wirklichkeit wissen, ist dem Strom dieser ununterbrochenen ‚Gespräche' entnommen, die diese Realität konstituieren" (51f.). Das gesellschaftliche Sein ist eine an sich selbst deutungsfreie Tatsache, die pure Faktizität; was das Sein bedeuten soll, bestimmt das Bewußtsein, indem es die Realität mittels „axiomatischer Themen" (52) als sinnhaft konstruiert und daraus „kognitive Modelle" ableitet, die wohl in etwa dem entsprechen, was Immanuel Kant als transzendentalen, d.h. erfahrungs- und empirieunabhängigen Schematismus der Verstandesbegriffe definierte. Der Antisemitismus sei solch ein Schematismus und kognitives Modell. Über seinen Ursprung schweigt Goldhagen sich aus, seine Fortzeugung und Reproduktion „von Generation zu Generation" soll dem „Gespräch" zuzuschreiben sein, durch das Gesellschaft sich synthetisiert. Kognitive Modelle jedenfalls sind überall, „sie bestimmen die Sichtweise, die Menschen von allen Aspekten des Lebens und der Welt entwickeln, ebenso wie ihre Handlungsweisen" (52); und ein solches Modell ist der Warentausch: „Das kulturelle Modell des Kaufs eines Gegenstandes", so zitiert Goldhagen einen amerikanischen Konstruktivisten, „umfaßt den Verkäufer, den Käufer, die Ware, den Preis, den Verkauf und das Geld. Zwischen diesen Teilen bestehen verschiedene Beziehungen; da ist einmal die Interaktion zwischen dem Abnehmer und dem Verkäufer, die die Mitteilung des Preises an den Käufer umfaßt, möglicherweise kommt es dabei zu Preisverhandlungen, zu dem Angebot, zu einem bestimmten Preis zu kaufen, zur Einigung über das Geschäft, zum Transfer des Eigentums an der Ware und dem Geld et cetera. Dieses Modell muß man verstehen (und praktizieren), nicht nur um kaufen, sondern auch um sich an solchen kulturellen Aktivitäten wie Leihen, Mieten, Leasen, Beschwindeln, Verkaufen, Profitmachen, Läden, Werbung et cetera beteiligen zu können" (564f.)

Das Geld soll das eine sein, seine Wahrnehmung aber das ganz andere: Unvorstellbar, daß, wie die Marxsche Wertformanalyse nachweist – d.h. die berüchtigten ersten hundert Seiten des „Kapital", die schon August Bebel sich rühmte, nicht gelesen zu haben –, das Geld an sich selbst so beschaffen ist, daß es, als sinnliche Inkarnation und handgreiflich empirische Darstellung des kompletten gesellschaftlichen Verhältnisses, seine eigene Interpretation und Sinngebung immer schon enthält, daß es nichts anderes darstellt als die Identität von Sein und Sinn. Denn indem der Wert doppelt sich darstellt, indem er als Preis der Ware neben der Ware erscheint, verdoppelt er sich zugleich in materiellen und ideellen Wert, in wirkliches Geld und nur gedachtes Geld. Derart enthält die Ware ihre eigene Sinngebung, sie interpretiert sich selbst und ist ihr autonomer Philosoph. Ihr Wahrheitsbegriff meint die praktisch gelingende Identifikation des sinnlich Verschiedenen. Im Austausch werden Sein und Sinn der Ware zur Deckung gebracht; die Ware denkt sich soi disant zu ihrem logischen Ende, indem sie ihren Wert praktisch in Geld übersetzt, sich aus dem Gedanken in die Wirklichkeit begibt, d.h. indem sie sich, wie es die liberale Gesellschaftstheorie und ihr ökonomischer Troß, die nominalistische Geldtheorie, sagen, im Geld als einem „Medium" reflektiert.[28] Als Identität von Sein und Sinn, d.h. unter der Warenform, die nur sein kann, indem sie unmittelbar zugleich als Denkform erscheint, stiftet der Wert in Gestalt des Geldes und als „bare Münze des Apriori" eben die Verstandesbegriffe, aus denen sich das Vermittlungsproblem der Historiker erst ergibt. Die unendlichen Streitereien zwischen sogenannten „Intentionalisten" und sogenannten „Funktionalisten" unter den Historikern verweisen in letzter Instanz auf ihr Unvermögen, das Geld zu denken. Goldhagen wählt die nominalistische Strategie, um nachzuweisen, daß Antisemitismus Projektion ist und in nichts gründet, was irgend den Juden – die in genau diesem Sinne deutungsfreies Sein darstellen – zuzuschreiben wäre, aber indem er diesen Satz der beweisfreien Vernunft nur nominalistisch zu begründen weiß, torpediert er sein eigenes Interesse: „Unser Konzept der persönlichen Autonomie" (52), das Goldhagen dem Antisemitismus entgegenstellen möchte, der das konkrete Individuum unter abstrakte, völkische Kategorien subsumiert, ist ebensowenig im fundamentum humanum verankert wie sein genaues Gegenteil. Wenn „das Wissen eine soziale Konstruktion" (87) ist, wenn nichts existiert, was in sich, wie tatsächlich negativ auch immer, die Einheit von Sein und Sinn stiftet und reproduziert, wenn daher keine Wahrheit denkbar ist, die so unabhängig von Konsens und so wenig irgendeiner Zustimmung bedürftig wäre wie der Satz, daß Juden Menschen sind, mögen auch drei Milliarden das Gegenteil behaupten, dann ist über den Antisemitismus

kein kategorisches Urteil möglich, dann ist der Kampf gegen den Antisemitismus nur Ausdruck eines anderen „kognitiven Modells", d.h. einer anderen Meinung.

Die Kritik der deutschen Historiker an Goldhagen hat folgerichtig alles mögliche benörgelt, aber nirgends hat sie die erkenntnistheoretische Konstruktion des Antisemitismusbegriffs ihm angekreidet: Es ist ihr eigener, Ausdruck eines liberalen Antifaschismus, der in Deutschland das verkappte Bündnisangebot an den Faschismus enthält. Insbesondere hat die Kritik jenen Punkt bemängelt, an dem nichts anderes aus Goldhagen spricht als das Bedürfnis der Vernunft, das Bewußtsein nicht von „Faktoren" und „Bedingungen" sich zerstäuben zu lassen, sondern nach einem Grund zu suchen, nach einer intelligiblen Ursache. „Denn beweisen", sagt Hegel, „heißt in der Philosophie soviel als aufzeigen, wie der Gegenstand durch und aus sich selbst sich zu dem macht, was er ist."[29] Daß Goldhagen etwas beweisen wollte, d.h. er eine Interpretation vorlegen wollte, die genau einen Schluß zuläßt, diese Impertinenz hat die geschichtswirtschaftenden Faktorenverwalter vielleicht noch mehr erschüttert als der Schluß selbst. Im vollen Elan ihrer Empörung haben sie übersehen, daß Goldhagen ihren eigenen Positivismus gegen sie wendet, daß er mit der haargenau gleichen Methode – positivistische Logik, d.h.: „Wenn es eine einzige Tatsache gäbe, und zwar eine, die das gemeinsame Motiv erkennen und sich auf die meisten der zu untersuchenden Phänomene anwenden ließe, dann wäre diese jedem mühsam zusammengebauten Erklärungsmosaik vorzuziehen" (668) –, und mit dem selben historischen Material ihre Trial-and-error-Methode im Umgang mit dem Nazismus als typisch deutsch entlarvt, d.h. als Geschichtsschreibung, die nicht der Wahrheit, sondern deren Gegenteil, der Nation, verpflichtet ist.

Weil Goldhagen das Geld für eine deutungsfreie soziale Tatsache hält und also das „Profitmachen" für eine von vielen „kulturellen Aktivitäten", verfehlt er den Begriff des Antisemitismus. Im Unterschied allerdings zu den Historikern zielte er wenigstens auf einen Begriff, und seine Methode, die vorfindlichen Antisemitismusbegriffe daraufhin zu untersuchen, unter welcher Voraussetzung eigentlich und überhaupt einander widersprechende Definitionen ein und desselben Gegenstandes möglich sein können, führt ihn so nahe wie nur irgend möglich an die Antwort heran, daß es einen Gegenstand geben muß, der, ganz und gar nicht deutungsfrei, an sich selbst die objektive Eigenschaft haben muß, nur unter sich einander wechselseitig ausschließenden Denkbestimmungen und Definitionen gedacht werden zu können. Die Bedingung der Möglichkeit der einander widerlegenden Vorstellungen vom Antisemitismus ist, so folgert Goldhagen ganz logisch, der „Wille zu töten": Nur unter dieser Prämisse ordnet sich der Faktorenstaub, nur mit dieser Annahme hebt sich der Komplexitätsnebel, nur am Leitfaden dieser These wird das „Feld sehr unterschiedlicher Formen des Antisemitismus" und werden die „Vielzahl von Motiven", von denen pars pro toto Ulrich Herbert schwatzt, intelligibel und taugt das Bewußtsein zu mehr als zur Büroklammer. Und zwar verständlich als Camouflage eines Willens, der sich selbst sucht, d.h. einer Intention, die objektiv und an sich immer schon das ist, was sie durch alle Irrungen und Wirrungen der Geschichte hindurch, heißen sie nun christlicher Antijudaismus oder liberaler Philosemitismus, auch für sich sein zu streben sucht. Nur das kann verstanden werden, sagt Goldhagen, was über die Phänomene hinaus und durch die Erscheinungen hindurch seiner eigenen Logik folgt. Eine solche Konstruktion nennt man gemeinhin eine idealistische; und wie wenig Goldhagen zu ihr als Positivist eigentlich befugt ist, zeigt sich daran, daß er kein Kriterium anzugeben vermag, nach dem, was als Gebot des Denkens und was als Schluß aller Logik sein muß, auch tatsächlich existiert. Es muß etwas geben, das die Identität von Sollen und Sein real darstellt, und dieses Etwas muß die Einheit von Genesis und Geltung sein; d.h. es muß seiner Konstitution gemäß in der Lage sein, sich selbst zu konstituieren, sein eigener Ursprung zu sein und sich selbst in allgemeine Geltung zu setzen. Goldhagen nennt dies Etwas das „kognitive Modell", aber dessen Reproduktion durch das intergenerative „Gespräch" bleibt kaum weniger mysteriös als seine historische Abkunft. Was Goldhagen unter dem Titel des kognitiven Modells verfehlt, spricht die Wahrheit des Kapitals als automatisches Subjekt aus, und die Formen des logischen Schließens enthalten und offenbaren so die Gesellschaft in ihrer dialektischen Quintessenz tatsächlich.

So nahe Goldhagen der „Logik des Antisemitismus" daher kommt, so sehr verfehlt er sie doch.[30] Seiner logischen Notwendigkeit ermangelt die gesellschaftliche Wirklichkeit. Was der Geldbegriff Goldhagens, der alles andere als ein Begriff war, schon durchscheinen ließ, das macht sein Kapitalbegriff unabweisbar: Hier denkt und arbeitet jemand, den nur Zufall und höhere Fügung davor bewahrt haben, das Drehbuch zu „Schindlers Liste" zu schreiben. Da ist die Rede davon, die „subjektive Vorstellung der Deutschen von den Juden" hätte sie dazu veranlaßt, „Arbeit – also eine instrumentelle Tätigkeit, die normalerweise der effizienten und rationalen Produktion dient – in ein Mittel der Zerstörung zu verwandeln" (377), da spricht Goldhagen von einem „Sieg von Politik und Ideologie über das ökonomische Eigeninteresse" (382) und davon, „daß der eliminatorische Antisemitismus selbst dann das Handeln der Akteure bestimmte, wenn ihnen die normalerweise machtvolle Logik ökonomischer Rationalität gegenüberstand, die doch das deutsche Wirtschaftsleben im großen und ganzen bestimmte" (471), schließlich noch davon, daß „die Macht des Antisemitismus die ökonomische und für eine moderne industrielle Produktionsweise erforderliche Rationalität außer Kraft gesetzt" (499) hätten: Reinhard Kühnl, Ernst Nolte und die deutsche Reichsbahn lassen grüßen. Von der Vorstellung, Geld und Kapital seien an sich selbst antisemitisch, erzeugten gar aus eigenem Wesen und eigener Dynamik die objektive Ideologie eben jenes abstrakten und unproduktiven, jenes wurzellosen und kosmopolitischen Un- und Antiwesens, als das die Nazis dann die Juden mörderisch identifizierten, ist Goldhagen so weit entfernt wie nur die deutschen Historiker vom Grundkurs ‚Marx für Anfänger'. „Die konsequenten Vertreter der Illusion, daß der Mehrwert aus einem nominellen Preisaufschlag entspringt", notierte Marx für alle, die den Warentausch für ein kognitives Modell halten, „oder aus dem Privilegium des Verkäufers, die Ware teurer zu verkaufen, unterstellen daher eine Klasse, die nur kauft, ohne zu verkaufen, also auch nur konsumiert ohne zu produzieren. Die Existenz einer solchen Klasse ist (...) unerklärlich. (...) Das Geld, womit eine solche Klasse beständig kauft, muß ihr beständig, ohne Austausch, umsonst, auf beliebige Rechts- und Gewalttitel hin, von den Warenbesitzern selbst zufließen."[31] Darin nimmt die Logik des Antisemitismus ihren Anfang, die durch die Irrungen und Wir-

rungen der Geschichte hindurch nach ihrer Selbstverwirklichung trachtet, d.h. danach, ihres eigenen objektiven Zwecks auch subjektiv und praktisch inne zu werden, d.h. den nazistischen Aufstand des Konkreten gegen das Abstrakte, die deutsche Revolution des Gebrauchswerts gegen den Tauschwert ins Werk zu setzen, d.h. die Liquidation des monetären Parasiten und „Gegen-Volks" (Rosenberg).[32] Die historische Gelegenheit dazu ergab sich aus dem Zusammenbruch des deutschen Kapitals im Zuge der großen Krise von 1929. Diese Krise, die nur aus dem allgemeinen Begriff des Kapitals zu erklären ist, setzte das totalitäre politische Potential frei, das in der deutschen Nation und ihrem Staat aufgespeichert war und das sich im Antisemitismus niederschlug. Was folgte, war so „typisch deutsch", wie das Kapital es nicht ist, denn es gehorchte einer derart zwanghaften, in Barbarei als bis dato unbekannte Gesellschaftsform überschnappenden Logik, daß das Kapital ihrer nirgendwo anders denn eben in Deutschland hätte fähig sein können.

„Die Täter", sagt Goldhagen, „waren keine Automaten und keine Puppen"[33] und sie waren erst recht nicht Marionetten des Kapitals. Sie waren ganz gewöhnliche Deutsche, die es definitiv satt hatten, vom Kapital geschurigelt und determiniert zu werden, die sich mit Haut und Haaren dafür entschieden hatten, es in wahnhaftem Elan zu überbieten, um selbst Kapital zu sein, um endlich dem Geheimnis der Verwertung des Werts auf die Spur zu kommen.

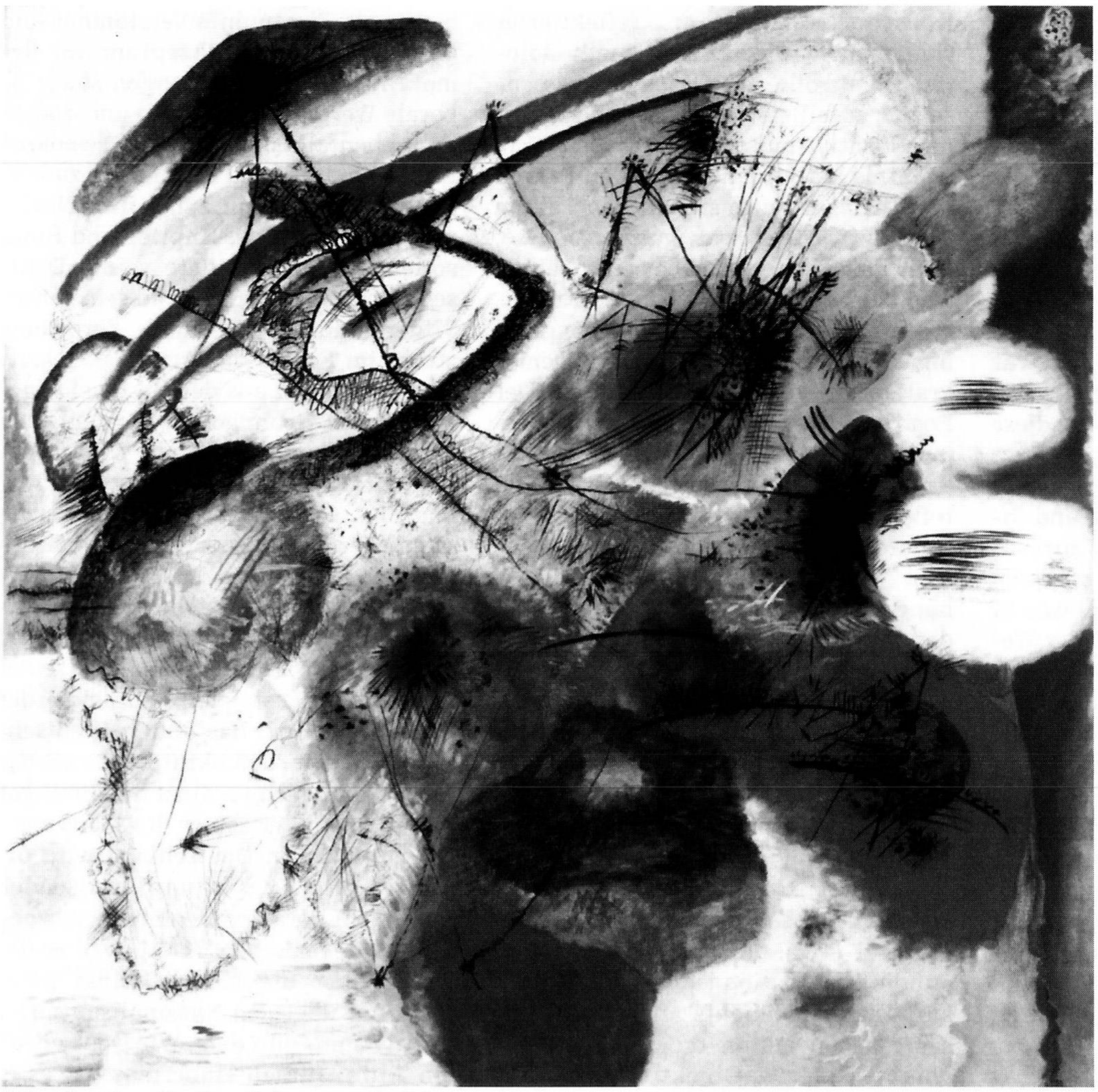
Auschwitz, Begriff der deutschen Geschichte

Es ist diese überaus negative Dialektik, die es macht, daß Auschwitz mit den geistigen Mitteln des bürgerlichen Verstandes, so wie er sich in der Geschichtswissenschaft ausdrückt, weder zu verstehen noch zu erklären ist. Der Massenmord ist das synthetische Produkt der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, ihr wie immer vermitteltes Resultat. Im Massenmord ist alles enthalten und aufgehoben. Auschwitz ist die Wahrheit Deutschlands; und eine andere Wahrheit, da können sich die deutschen Historiker mühen und quälen, wie sie wollen, wird es niemals gegeben haben. War der Massenmord also der logische Schlußpunkt einer Linie, die von Luther über Nietzsche zu Hitler führt?

Ja und nein. Ja: denn Luther war ein großer Antisemit vor dem Herrn, nein: denn er war es nicht vor dem Gott, der nach ihm kam, dem Kapital, konnte es noch nicht sein – aber die Antwort ist an sich nichtig und egal, denn der historische Prozeß erlischt im Resultat, das Auschwitz heißt, und er verschwindet darin so, wie die Absichten und Motive der am Warentausch Beteiligten erlöschen und gleichgültig werden, wenn Zahltag ist. Es ist das Resultat, das ex post über den historischen Prozeß entscheidet, der dann ex ante zu ihm führte und auf kein anderes führen konnte, d.h. es ist das Produkt, das die Produktion bestimmt. Man kann das Produkt nicht vom Prozeß her denken, und daher identifiziert das Produkt das Ausschlaggebende, das Wesentliche am Prozeß. Die Toten jedoch sind tot, kein Sinn, der ihren Tod ungeschehen machen könnte, keine Interpretation der Entwicklung hin zum Mord, der daran ein Jota ändern könnte. Geschichtswissenschaft, die in „Faktoren" und „Bedingungen" denkt (und anders kann sie, wenn sie überhaupt denkt, überhaupt nicht denken) arbeitet im nationalen Interesse an der Virtualisierung der Massenvernichtung: Je mehr Argumente über „notwendige und hinreichende Bedingungen" sie dafür beibringt, daß alles auch hätte ganz anders kommen können, wenn (...), desto weniger ist, ob Mommsen, Wehler, Jäckel oder Zitelmann, von der fatalen Notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft die Rede, die es machte, daß ...

Das Produkt der Geschichte des Kapitals in Deutschland ist Auschwitz. Was aber ist Auschwitz? Was ist die Massenvernichtung im Verhältnis zu einer, wie es heißt, von der Zweck-Mittel-Rationalität beherrschten bürgerlichen Gesellschaft, die die Vernichtungslager hervorbrachte? Es ist die Wahrheit dieser Gesellschaft, so, wie sie aus der an sich irrationalen Dialektik von Zweck und Mittel hervorgeht. Die bürgerliche Gesellschaft kann den Nazismus nicht begreifen, denn dieser ist ihr originäres und genuines Produkt, Fleisch vom Fleische. Würde sie ihn begreifen, sie müßte gegen sich selbst revolutionieren, d.h. Selbstmord begehen. Die Geschichtswissenschaft dieser Gesellschaft, d.h. die planmäßige Bilanzierung ihrer verflossenen Taten und Untaten, kann den Nazismus erst recht nicht begreifen, denn sie transformiert, Maß und Maßstab ihrer Urteile, die Zweck-Mittel-Rationalität aus einer Ideologie zur Methode: Nie wird sie damit fertig werden, über die „falsche" Verwendung der knappen Güterwaggons zu staunen, niemals damit, in „Schindlers Liste" den produktiven, d.h. recht eigentlich antifaschistischen Gebrauch der Arbeitskraft durch das Kapital zu begaffen. Auschwitz jedoch, das war, in stenogrammatischer Definition, die Selbstaufhebung des Kapitals im Verfolg seiner eigenen Dynamik und auf seiner eigenen Grundlage, d.h. eine qualitativ neue, zwar kapitalgeborene, aber doch kapitalentsprungene Gesellschaftsformation, d.h. Barbarei in einem nicht luxemburgistischen, nicht metaphorischen Sinne, d.h. die geoffenbarte Wahrheit der „verrückten Form" (Marx). „Barbarei" allerdings ist bloße Definition, alles andere als Begriff im strengen Sinne, denn begreifen, d.h. verstehen und erklären läßt sich nur, was, wie diskret auch immer, an Vernunft doch immerhin partizipiert. Die Toten müßten sprechen; aber wenn sie es denn könnten, würden sie von den deutschen Historikern mit allen Mitteln ihrer „seriösen Holocaust-Forschung" (Mommsen) daran gehindert, bestenfalls in die Abteilung „oral history" deportiert.

Der Antisemitismus ist daher schuld an Auschwitz, und er ist es nicht. Ja und nein. Ja: denn Antisemitismus ist eine Basisideologie der bürgerlichen Gesellschaft schlechthin, und ist es insbesondere in Deutschland, einer Gesellschaft, die sich als bürgerliche nur gegen die bürgerliche Revolution zu konstituieren vermochte, d.h. als Produkt eines erst absolutistischen, dann bonapartistischen, in letzter Instanz nazistischen Staates, der, so klassenübergreifend wie klassennegierend, im Antisemitismus das politische Programm der totalen politischen Integration fand.[34] Der Antisemitismus ist schuld am Massenmord, weil er das notwendig falsche, sprich: praktisch richtige Bewußtsein einer verkehrten Gesellschaft darstellt: Goldhagen hat ganz recht. – Nein: denn der Antisemitismus ist, als objektive Ideologie, nichts ohne die Gesellschaft, die in ihm sich reflektiert. Daher irrt Goldhagen. Der Antisemitismus ist schuld; und er ist es nicht, weil die Vernichtung, die auf die Juden zielte und sie traf, in wahnhafter Verschiebung der Selbstvernichtung der bürgerlichen Gesellschaft wehren sollte. Darin liegt das Anathema der Geschichtswissenschaft, das ihre Bemühungen im Ansatz nichtig macht: daß Auschwitz eine Tat war, die, nach



Wassily Kandinsky, Schwarze Striche, 1913

dem Bild des Amokläufers, keine wie immer geartete Beziehung zwischen dem Täter und seinem Opfer, die irgend in letzterem gründete, zu ermitteln erlaubt, daß diese Tat kein Mittel gewesen ist zu irgendeinem Zweck, sondern das Mittel als autistischer Selbstzweck, d.h. die fatale Konsequenz aus der Todeskrise der Selbstvermittlung der bürgerlichen Gesellschaft durch das Kapital, in deren Konsequenz das automatische Subjekt alle in der Perspektive des Positivismus rationalitätsstiftenden Vermittlungen kassiert und in vollendeter Raserei zum tödlichen Block erstarrt. Darin sind „die historischen Voraussetzungen, unter denen allein das Kapital Gebrauchswert setzt“[35], ebenso vergangen wie die materiellen Bedingungen aufgehoben, unter denen allein es erkennbar ist. Auschwitz liegt im Jenseits des Begriffs, weil sich die kapitalisierte Gesellschaft im Zuge ihrer Selbstaufhebung in Barbarei selbst im Jenseits ihrer menschenmöglichen Begreifbarkeit plaziert hat. Ja und nein daher, pro und contra Goldhagen in einem: Ja, denn der Antisemitismus ist schuld an der Massenvernichtung, weil er, funktional äquivalent, für die Nazis das darstellte, was FDGO (Freiheitlich demokratische Grundordnung), Pluralismus und soziale Marktwirtschaft ihren legitimen Rechtsnachfolgern bedeuten: praktische Geschäftsordnung der Politik und ideologisches Selbstbewußtsein in einem. Und nein, denn Antisemitismus ist nur selbstbewußte Ideologie, d.h. ein Denken, das nicht sich selbst denkt, das gedacht wird. Der „Wille zu töten“, dessen Spur Goldhagen mit kriminalistischer Akribie und juristischer Präzision verfolgt, ist in einem der unwiderstehliche und unabweisbare Zwang zu töten.

Zwangscharakter der Freiheit: In völliger Freiheit nicht anders zu können – in diesem Realparadox resümiert sich der Grund, der es macht, daß man niemals wird wissen können, was Auschwitz war, und warum es war. Auschwitz läßt sich weder erklären noch verstehen, es läßt sich weder erklären und nicht verstehen noch läßt es sich nicht erklären und doch verstehen, weil es die gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit dieser Unterscheidung selbst aufhebt. Die Wahrheit der Massenvernichtung kann daher keine in sich selbst noch so schlüssige oder gar vernünftige Theorie sein, sondern nur die praktische Herstellung der „freien Assoziation“, d.h. der staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft. Es kann keine vernünftige Theorie der vollendeten Unvernunft geben, nur deren Rationalisierung. Auschwitz macht keinen Sinn: Und das ist das Ende der Geschichtswissenschaft.

Nachtrag: Preis der Demokratie

Das Bekannte ist nicht schon das Erkannte: Keineswegs muß, wer dem Mörder die Tat auf den Kopf zusagt, zuvor sechzehn Semester Kriminalistik studiert haben. Wenn es noch eines Beweises mehr dafür bedurft hätte, daß Erkenntnis und Wahrheit nicht den so prompten wie gerechten Lohn für Fleiß mit Methode darstellen, dann ist es, leider, Daniel J. Goldhagen. Nicht einmal der Autor von „Hitlers willigen Henkern“ agiert auf dem objektiven Niveau der von ihm selbst eröffneten Einsicht und Perspektive. Das kommt davon: Unterm System des gesellschaftlich zwar notwendigen, allerdings falschen Bewußtseins wird Wahrheit dem erkenntniswilligen Subjekt einzig als Zufall zuteil, nicht als Leistung, die es verantwortet, sondern als glückliche Fügung, die ihm widerfährt. Zwischen dem Subjekt und der Erkenntnis tut sich mit Vehemenz der Abgrund auf, der unsere Gesellschaft ist, die Kluft, die der Nazismus unüberbrückbar hat werden lassen. Es reflektiert sich darin die Überflüssigkeit des je einzelnen für Gedeih und Fortgang des akkumulativen Getriebes, die vollendete Äußerlichkeit, die der Nazismus zur conditio humana totalisiert hat. Die Wahrheit über dies Verhältnis erscheint, wo sie überhaupt erscheint, als pathogene Devianz: Entronnene der Vernichtung gibt es, die sich nicht aufs Sozialamt trauen, um die Rente zu

beantragen, aus Angst, erfaßt, verhaftet, deportiert zu werden.[36] Hinter dem Rechts- und Sozialstaat erblicken sie den vernichtungskompetenten Souverän; sie wissen darin mehr über den Staat, als Jürgen Habermas und die komplette Demokratietheorie. Es ist aber eine Wahrheit, die ihnen nichts nützt, eine Erkenntnis, die nicht sie haben, sondern die sie hat.

Das bessere Deutschland, dem „Auschwitz" stets nur Metapher war und eine billige Gelegenheit nationaldemokratischer Sinnstiftung, hat diese triste Konstellation instinktiv erkannt und zielsicher ausgebeutet. Wenn sogar Goldhagen den Deutschen und ihrer Nation zwar auf den Kopf zuzusagen vermag, was es über sie zu wissen gibt, aber nachher nicht weiß, was er gesagt hat, dann hat die „Aus der Geschichte lernen"-Fraktion erst recht keinen Anlaß, an den glänzenden Aussichten zu zweifeln, die sich der antimonopolistischen Zivilgesellschaft unter der Obhut des nationalen Staates des Grundgesetzes bieten. Also haben ihm die »Blätter für deutsche und internationale Politik«, ehemals ein linksnationalistisches DKP-Blatt für die Volksfront der Stalinisten mit den Linksliberalbourgeois, heute erst recht fürs andere Deutschland unterwegs, ihren „Demokratiepreis" angetragen. Karl D. Bredthauer dankte im Auftrag der Redaktion sowie im Namen aller wahrhaft „Wir Deutschen" dafür, wie sehr er sich für die „historische Chance" engagiert habe, „daß alle Deutschen endlich wirklich ankommen in der politischen Zivilisation der Moderne"[37]; Goldhagen nahm den Preis dankend entgegen, Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma hielten die Grabreden. Und damit war die Sache vom Tisch. Das Dritte Reich, das hatte Goldhagen erkannt, war ein klassenübergreifendes Mordkollektiv, der Führer war nicht so sehr der eigensinnige Diktator als vielmehr der große Bruder und primus inter pares der Volksgemeinschaft. Das Dritte Reich, so hatte er weiter erkannt, war im Grunde nichts weiter als eine solidarische Veranstaltung aller Menschen, die nur irgendwie und wie auch immer bereit waren, sich selbst als die „Wir Deutschen" zu begreifen, denn, was deutsch fühlt, ist objektiv antisemitisch. Das Dritte Reich, so Goldhagens Pointe, war ein nationales Projekt von Tante Emma und Onkel Adolf. Diese Einsicht war nichts als die Wahrheit gewesen. Aber sie war Goldhagen keineswegs, wie er selbst glaubt, in der Konsequenz sorgsam reflektierter Quellenauswertung und methodologisch kontrollierter Geschichtswissenschaft zuteil geworden, sondern seinem Positivismus zum Trotz. Seine Erkenntnis hatte er nicht aus den Fakten destilliert, er hatte sie mit den Fakten illustriert.[38] Das war ganz recht so. Aber daß Theorie darüber entscheidet, was zur relevanten Tatsache taugt, mochte er nicht wissen. Er ist ein gläubiger Positivist, das hat der „Demokratiepreis" öffentlich beglaubigt. Der Positivismus ist unfähig, den Antisemitismus zu denken, d.h. als vermitteltes Moment der negativen Totalität zu reflektieren; er vermag ihn bloß zu definieren, d.h. als bloßen Aspekt aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang zu abstrahieren. Darüber büßt das Phänomen seine soziale Objektivität ein, es wird dem Positivismus zur sozialen Konstruktion, zur Wahrnehmung, die sich in „kognitiven Mustern" und „kollektiven Mentalitäten" (Goldhagen), in „Codes" (Reemtsma") oder der „ethisch-politischen Selbstverständigung unter Bürgern" (Habermas) fundieren soll. In extrem positivistischer Konsequenz, bei Paul Feyerabend etwa, führt diese Operation auf die Liquidation jedweder Intention auf Wahrheit. Nichts anderes soll sie sein als Konvention, d.i. die allseits geglaubte Lüge: „‚Objektiv', das heißt unabhängig von Traditionen, gibt es keine Wahl zwischen einer humanitären Einstellung und dem Antisemitismus. (...) Die Rationalität ist weder gut noch schlecht, sondern ist einfach".[39] Es versteht sich, daß, wem Wahrheit, sei's auch als negative, nicht denkmöglich wird, auch Begriff und Sache der Ideologie Hekuba sein müssen. Das ist der hinter allen Turbulenzen im nationalen Kollektiv liegende Konsens Goldhagens, wie mit seinen deutschnationalen Kritikern, so mit seinen linksnationalen Preisgebern: der ausgesprochene Widerwille, den Antisemitismus als objektive Ideologie der kapitalisierten Gesellschaft zu identifizieren. So kommt es, nur weil der Souverän seine Erscheinungsform geändert hat, daß der bittere Faschismusforscher zum sanften Lobredner der Demokratie wird. Er bedient den BRD-Gründungsmythos, Weimar sei eine Demokratie ohne Demokraten gewesen, d.h. eine Gesellschaft, die unfähig war, das humanistische Programm ihres Souveräns sich anzueignen, und er sagt: „Der Aufstieg des Nationalsozialismus beruhte im wesentlichen darauf, daß es in Deutschland nicht gelang, genuines Verständnis und eine ausreichende Akzeptanz für demokratische Überzeugungen sowie liberale Werte zu entwickeln und es deshalb ebenfalls nicht gelang, demokratische Institutionen nachhaltig zu etablieren." Antisemitismus und Nazismus sind das eine, Kapital und Staat sollen das ganz andere sein: „Deutsche", sagt Goldhagen (und sein ganzer Widerstand gegen die Zeremonie steckt im Fehlen des Artikels), „Deutsche haben viel aus der Geschichte gelernt"; das Grundgesetz berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Und „nicht ein moralisches Urteil abzugeben, war das Ziel, sondern zu erklären, warum Dinge geschehen sind", sagt er abschließend. In eben dieser Spaltung zwischen Tatsachenfeststellung und Werturteil, die für Goldhagen nur der so spontane wie fraglose Ausdruck seines Positivismus ist, liegt zugleich der Grund, aus dem das andere Deutschland ihn für demokratiepreiswürdig hielt. Goldhagen verdient den Preis gar nicht, obwohl er seiner durchaus würdig ist. Denn in Deutschland wird die positivistische Spaltung aufgeladen mit einem derart vollendeten Abscheu vorm kategorischen Urteil, weil es das Urteil über die Nation selbst wäre, nicht nur über den Nationalismus. Der Positivismus gibt den „Wir Deutschen" ein Alibi. Jürgen Habermas hat es in seiner Rede so entwaffnend offen gesagt, daß man Ernst Nolte sein müßte, um sich darüber zu freuen: „Die eine Seite (d.h. die Justiz) ist an der Frage der Vorwerfbarkeit von Handlungen interessiert, die andere Seite (d.h. die Geschichtswissenschaft) an der Aufklärung ihrer Ursachen. Aus der Sicht des Historikers entscheidet die Zurechenbarkeit von Handlungen nicht über Schuld und Unschuld, sondern über die Art der erklärenden Gründe. Wie auch immer die Erklärung aussehen mag – ob die Gründe eher in den Personen oder in den Umständen liegen – als solche kann eine kausale Erklärung den Handelnden weder belasten noch entschuldigen. Erst aus der Perspektive von Beteiligten, die sich vor Gericht oder im Alltag begegnen und voneinander Rechenschaft fordern, verwandeln sich Fragen der Zurechnung in rechtliche – oder auch moralische – Fragen". Gesellschaft ist zum „Umstand" geronnen; außerdem können die Deutschen sich sicher sein, daß sich Fragen der Zurechnung nicht unversehens in Fragen der Moral verwandeln, denn die Chancen, noch auf Beteiligte zu treffen, sind nach allen

Massakern denkbar gering: Dankenswerterweise hat der Führer, könnte man so sachlich wie zynisch feststellen, nichts als Fakten, Fakten, Fakten hinterlassen und keine Subjekte blieben übrig, die den Deutschen deren Bewertung, das kategorische Urteil gar, aufzwingen könnten. In Deutschland ist es leicht, dem Positivismus anzuhängen: Er ist das als Wissenschaft auftrumpfende Alibi einer unheilbaren, einer so allgemein bürgerlichen wie spezifisch deutschen Ambivalenz in Anbetracht des Nazismus.

Was sich liebt, das schreckt sich; was sich haßt, das neckt sich: Dem abgrundtief trauten Verhältnis, das der demokratisierte Rechtsnachfolger zu seinem nazistischen Staatsvorläufer unterhält, eignen alle Merkmale einer leidenschaftlichen Haßliebe. Faszination und Abscheu halten sich genau die Waage; zwischen Begeisterung und Widerwillen oszilliert die Konjunktur der veröffentlichten und verwissenschaftlichten Meinung. Der Führer ist der grause Buhmann, allerdings er setzt die deutsche Demokratie ins rechte Licht; sein Raubkrieg gibt die beste Kulisse für den glamourösen Auftritt der NATO; die finsteren Großraumplanungen der Nazis zeigen, wie gut man mit Maastricht bedient wird, und die Massenvernichtung ist der allerbeste Vorwand, Toleranz und Menschenrecht als die Grundlagen unseres Staatswesens dick und fett herauszustreichen – ohne die Nazis wüßten die Deutschen gar nicht, wie gut der Rechtsstaat tut. Diese Haßliebe rührt daher, daß man als deutscher Bürger unmöglich wissen kann, ob man den Führer dafür hassen soll, daß er den Vernichtungskrieg gegen den Rest der Welt verlor, oder ihn dafür lieben, daß er wenigstens den resoluten Versuch unternahm: von daher rührt die Unfähigkeit zu trauern. Wie die veröffentlichte, so ist auch die verwissenschaftlichte Meinung unfähig zum kategorischen Urteil über den Führer, wäre es doch das Urteil über ihr Subjekt selbst, den so kapitalproduktiven wie staatsverfallenen Bürger. In der strukturellen Uneindeutigkeit gegenüber dem Nazismus spiegelt sich die tiefe Ambivalenz der bürgerlichen Gesellschaft selbst, ihre ökonomische Zerrissenheit ebenso wie ihr politisches Vereinheitlichungsbedürfnis. Haßliebe, die gleichzeitige Präsenz „einer gut begründeten Liebe und eines nicht minder berechtigten Hasses, beide auf dieselbe Person gerichtet", wie Sigmund Freud sagte,[40] drückt in einem die allgemeine Neigung der bürgerlichen Gesellschaft zum autoritären Staat aus wie sie zugleich ihren Widerwillen gegen dessen bisherige Bilanz bekundet. Es ist diese unnachahmliche Ambivalenz, die ihren Gegenstand spaltet, um in der Oszillation zwischen den Spaltungsprodukten den inneren Konflikt, den sie nicht lösen kann, als Bewegung auszuagieren und darin eben die Form ihrer Einheit zu finden, die sie am Gegenstand leugnet. Die Unfähigkeit zum kategorischen Urteil schlägt sich in den Strategien der Spaltung nieder, die die Spielarten der Meinung umtreibt: Autobahnen versus Judenvernichtung, Handlung versus Struktur, die nationale Not unterm System von Versailles versus den Irrsinn des Zweifrontenkrieges, Funktionalismus versus Intentionalismus, Rassenwahn versus Bevölkerungspolitik, Arbeit versus Interaktion, Befehlsnotstand versus Verantwortlichkeit, Erklären versus Verstehen. Die Haßliebe macht es, daß alle demokratische und alle geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Nazismus alle Züge einer nachgerade pathologischen Gespaltenheit trägt. Es ist wie mit dem Blick in den getreuen Spiegel, der eine grausige Fratze zeigt, wenn man gerade sein Sonntagsgesicht aufgesetzt hat. Hinein guckt es, als könne es kein Wässerchen trüben, heraus schaut es, daß das Blut in den Adern gefrieren möchte: Je näher man hinschaut, desto ferner schaut es zurück. Das Spiegelbild zeigt die Wahrheit, darum wird jede Bekanntschaft und Verwandtschaft bis aufs Messer geleugnet. So kommt es einerseits, daß die Beschäftigung mit dem Nazismus unterm permanenten Verdacht steht, eine irgendwie und objektiv subversive Tätigkeit zu sein, weil noch der liberalste Geschichtsforscher, so nachdrücklich er die FDGO auch vom morbus Weimar gesund schreiben möchte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die Leichenberge im Fundament unseres Staatswesens stößt. Das liegt in der Natur der Sache. Der Nazismus setzt die BRD in ein schlechtes Licht, untergräbt ihr Ansehen, denunziert sie als Rechtsnachfolger und Erbschleicher. Wider Willen wie Methode in die Nähe der Subversion geraten, schlägt nun das Pendel nach der anderen Seite aus, und die Angst vorm objektiven Resultat, d.h. vorm kategorischen Urteil über die deutsche Staatlichkeit schlechthin, wird zum Treibsatz der Apologie. So kommt es andrerseits zu dem haarsträubenden Paradox, daß die Beschäftigung mit dem Nazismus keineswegs zur Aufklärung über den Staat des deutschen Kapitals, über die bürgerliche Demokratie, über den Charakter der Nation usw. usf. führt, sondern mit an höhere Fügung grenzender, geradezu traumwandlerischer Sicherheit vielmehr zu deren Verherrlichung und wie immer kritisch gewendeten Lobpreisung.[41] Das liegt im Wesen der Verhältnisse. Der Nazismus rechtfertigt die BRD, fördert ihr Ansehen ungemein und lobhudelt sie als gelungenes Lernen aus der Geschichte und zukunftsträchtiges Demokratieprojekt. Es versteht sich, daß die deutsche Haßliebe zum Nazismus, so, wie sie auf die Ambivalenz der gesellschaftlichen Subjekte verweist und in den Konjunkturen der veröffentlichten und denen der verwissenschaftlichten Meinung sich ausdrückt, nichts anderes darstellt denn den notorischen Reflex der bonapartistischen Situation von 1933: Im Interesse des Kapitals zerschlug der Führer die bürgerlichen Parteien, und im Interesse der Lohnarbeit zerschlug er die Organisationen der Arbeiterbewegung. Weder Bürger noch Arbeiter wußten, wie und was ihnen geschah, aber sie wußten doch eines ganz genau, daß sie es nämlich wollen mußten. Der Führer beraubte und enteignete die sozialen Klassen ihrer Repräsentation, d.h. der Organe ihrer politischen und ökonomischen Willensbildung, aber er verschaffte den Klassen damit die Chance, ihre objektive Funktion sich anzueignen, d.h. Funktionäre der barbarischen Akkumulation zu werden. Daß dieser doppelte Bonapartismus, daß diese souveräne Dialektik von Enteignung und Aneignung ausgerechnet im Antisemitismus reflektiert und tatsächlich an den Juden exekutiert wurde, geht den Rechtsnachfolgern und Funktionserben noch im nachhinein so sehr über den gesellschaftlichen Horizont, daß sie, wollen sie überhaupt erklären und verstehen, zwangsläufig zum Publikum von „Schindlers Liste" werden.[42] Das macht: sie können den „Zivilisationsbruch" nicht verstehen, weil sie ihn nur um den Preis des Bruchs mit ihrer eigenen gesellschaftlichen Statur und Existenz, wenn nicht verstehen, so doch: in seiner Permanenz und Kontinuität unterbinden könnten. Dieser Preis gilt als ungerechter Preis. Im System der Haßliebe jedoch ist das Erkennen schon unmittelbar das Verkennen: Die Aufdeckung der Geschichte des Nazismus wird mit der Zudeckung seines Begriffs, der negativen Dialek-

tik des Kapitals, identisch, und die historische Empirie gerät, wie es ihr Auftrag ist, zur Sabotage an der kritischen Theorie, gar an der praktischen Kritik.

Das Bekannte mit Macht daran zu hindern, zum Erkannten zusammenzuschießen: Das ist der gesellschaftliche Auftrag der Demokratie in Deutschland. Ihr Preis ist die Verdrängung der allseits bekannten und kollektiv beschwiegenen Tatsache, daß, wer die Demokratie will, den Staat wollen muß: das zentralisierte Gewaltmonopol und also die Bedingung der Möglichkeit des totalen Terrors. Dafür, daß das kategorische Urteil über die Gesellschaft, die den Nazismus hervorbrachte und sein Potential demokratisch am Köcheln hält, weiter auf sich warten läßt, kann sich das andere Deutschland allerdings gratulieren. ■

Joachim BRUHN ist Mitglied der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) in Freiburg. Sein Buch „Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation“ erschien im Ça ira-Verlag.

Anmerkungen

1 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, Berlin 1973 (MEW 25), S. 95.

2 Götz Aly, D. J. Goldhagen. Hitlers willige Vollstrecker. Rezension, in: »Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung« 6/1996, S. 48.

3 Hans-Ulrich Wehler, Wie ein Stachel im Fleisch, in: Schoeps, (Hg.), Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg 1996,.S. 203f. (zuerst in: »Die Zeit«, 14.5.1996).

4 Klaus Theweleit, Das Land, das Ausland heißt. Essays, Reden Interviews zu Politik und Kunst, München 1995, S. 150.

5 Zitiert nach David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die ‚Endlösung‘ und die Deutschen: Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 224.

6 Vgl. Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Frankfurt 1987, insbesondere S. 113ff.

7 Hans Mommsen, Die dünne Patina der Zivilisation. Der Antisemitismus war eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für den Holocaust, in: »Die Zeit«, 30.8.1996. Von Ideologie hat der Strukturalist so wenig Ahnung, daß er damit eines der fundamentalen Stereotypen bedient. Weiteres Material in Julius H. Schoeps, a.a.O.

8 Vgl. Ulrich Enderwitz, Kritik der Geschichtswissenschaft. Der historische Relativismus, die Kategorie der Quelle und das Problem der Zukunft in der Geschichte, Berlin 1988.

9 Max Horkheimer, Die Juden und Europa (1939), in: Ders., Autoritärer Staat. Aufsätze 1939-1941, Amsterdam 1967, S. 34.

10 Ingrid Gilcher-Holthey, Die Mentalität der Täter, in: Schoeps, a.a.O., S. 213 (zuerst in: »Die Zeit«, 7.6.1996).

11 Vgl. Joachim Bruhn, Das Menschenrecht des Bürgers, in: Ders., Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg 1994, S. 121ff.

12 Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 2: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen (engl. 1944), 6. Auflage, München 1980, S. 285.

13 Mommsen, a.a.O.

14 Mommsen, ebd.

15 Ulrich Herbert, Die richtige Frage, in: Schoeps, a.a.O., S. 224 (zuerst in: »Die Zeit«, 14.6.1996).

16 Mommsen, ebd.

17 G.W.F. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (Werke Bd. 12), Frankfurt 1970, S. 49.

18 G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse. Erster Teil: Die Wissenschaft der Logik (Werke Bd. 8), Frankfurt 1970, S. 109.

19 Hegel, a.a.O., S. 111.

20 Frank Schirrmacher, Hitlers Code, in: Schoeps, a.a.O., S. 104 (zuerst in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 15.4.1996).

21 Jost Nolte, Sisyphos ist Deutscher, in: Schoeps, a.a.O., S. 111 (zuerst in: »Die Welt«, 16.4.1996).

22 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 (MEW 23), Berlin 1973, S. 90.

23 Viktor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, Berlin 1995, Eintragungen vom 17.8.1937, 20.9.1937, 25.10.1941 und 5.9.1944.

24 Zitiert nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Wiesbaden 1973, S. 1992.

25 Josef Joffe, „Die Killer waren normale Deutsche, also waren die normalen Deutschen Killer“, in: Schoeps, a.a.O., S. 164f. (zuerst in: »Süddeutsche Zeitung«, 13./14.4.1996 und »Time«, 29.4.1996).

26 Marx, a.a.O., S. 169.

27 D. J. Goldhagen, Das Versagen der Kritiker, in: »Die Zeit«, 2.8.1996. – Hier liegt der Grund, warum Christopher R. Brownings Studie: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon und die „Endlösung“ in Polen (Reinbek 1993) so überaus gut ankommt: Es wimmelt hierin von „psychologischen und situativen (sozialen, kulturellen und institutionellen) Faktoren“ (S. 217), die alle „eine Rolle spielen – allerdings in unterschiedlichem Maße und keineswegs uneingeschränkt“ (S. 208). Die Faktoren schwirren umher wie ein Bienenschwarm, nichts, was sie zusammenhält; der ins Äußerste getriebene Empirismus kapituliert: „Das Verhalten eines jeden menschlichen Wesens ist natürlich eine sehr komplexe Angelegenheit, und wer es als Historiker zu ‚erklären‘ versucht, befleißigt sich automatisch einer gewissen Arroganz. Wenn es nun um fast 500 Männer geht, ist es noch gewagter, den Versuch einer allgemeingültigen Erklärung ihres kollektiven Verhaltens zu unternehmen“ (246). Aber er kapituliert nur pro forma: „Die Verantwortung für das eigene Tun liegt letztlich bei jedem einzelnen“ (ebd.). Diesem ultraliberalen Credo, daß Erklären Verstehen heißt und letztlich jeder Nazi sein eigener Nürnberger Gerichtshof zu sein habe, folgt der Umschlag in den krudesten Objektivismus. Plötzlich, auf der letzten Seite, tritt sie auf, „die Gesellschaft“, „die ihre Mitglieder dazu erzieht, sich der Autorität respektvoll zu fügen“, die Gesellschaft, „die ohne diese Form der Konditionierung wohl auch kaum funktionieren“ würde, und sie erweist sich in vollendeter Begriffslosigkeit als quasi-anthropologisches Existential, nämlich als Auswuchs der „Komplexität des Lebens“ (ebd.).
Der vermeintliche Gegensatz von Erklären und Verstehen (ein Derivat nur der Max Weberschen Scheidung von Tatsachenfeststellung und Werturteil), mit dem sich die Historiker, bis heute plagen, hebt sich zur Apologie. Dächte er wirklich radikal subjektivistisch, hätte der Historiker als Psychoanalytiker zu arbeiten, aber dort, im Innersten des Verstehens, käme ihm in Gestalt der Libido doch nur und wiederum das Kapital entgegen, vor dem er aus guten Gründen schon in den Empirismus geflohen ist. Die Historie ist eine un-

mögliche Wissenschaft, die, gleichwohl betrieben, nur zur Ideologieproduktion taugt, d.h. zur Abwehr jedes kategorischen Urteils über die Nation: Mommsen (Die dünne Patina ...) sagt in diesem Sinne, „daß Goldhagens vorurteilsgeprägtes Herangehen eine differenzierte Analyse, die die unterschiedlichen handlungsleitenden Faktoren gegeneinander abwägt, weitgehend ausschließt, zumal er weniger auf eine Erklärung des Handelns der Individuen als vielmehr den Nachweis ihres schuldhaften Verhaltens abhebt." – Die „Komplexität dieser Vorgänge" (ebd.) ist eben eine so hochkomplexe, daß man nicht Universitäten, sondern Rechenzentren mit dem Nazismus befassen müßte.

28 Zuletzt hat Jochen Hörisch, Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes (Frankfurt 1996) diesen Gedanken ausgeführt. Vgl. jedoch vor allem: Alfred Sohn-Rethel, Geistige und körperliche Arbeit. Zur Epistemologie der abendländischen Geschichte. Revidierte und ergänzte Neuauflage, Weinheim 1989. – Geldtheorie ist der Kern von Gesellschaftstheorie nur überhaupt. Nicht nur hängen nominalistische Geldtheorie und pluralistische Gesellschaftstheorie untrennbar zusammen (Hans-Georg Backhaus, Zur Dialektik der Wertform, in: Alfred Schmidt, Beiträge zur materialistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt 1969), sondern die Rekonstruktion dieses Nexus ist es, was einen materialistischen Begriff von Wahrheit erst stiftet. Andernfalls „gibt es soviel prinzipiell verschiedene Wahrheiten, wie es prinzipiell verschiedene (...) Lebensanforderungen gibt" (Georg Simmel, Philosophie des Geldes, 7. Auflage Berlin 1977, S. 70), also kein einziges Argument mehr gegen den Antisemitismus.

29 Hegel, a.a.O., S. 83.

30 Vgl. Moishe Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, zuletzt in: Michael Werz (Hg.), Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt, Frankfurt 1995, S. 29ff. Vgl. auch Stefan Vogt/Andreas Benl, „No Germans, no Holocaust". Zur Kritik von D. J. Goldhagens „Hitlers willing Executioners", in: »Bahamas«, Nr. 20 (Sommer 1996), S. 42ff.

31 Marx, Kapital, Bd. 1, S. 176.

32 Was Goldhagen den „ökonomischen Antisemitismus" (60f.) nennt, verfällt zu Recht seiner Kritik: Interessen erklären nichts, ihre Verwissenschaftlichung zur linksparteilichen Soziologie auch nichts. Von den Marxisten kann man tatsächlich nicht lernen, wie der Antisemitismus mit Marx zu deuten wäre: Man lese nur fk., D. J. Goldhagens „Hitlers willing Executioners". Wer waren die Täter? (in: »Linksruck. Jung – sozialistisch – aktiv«, Nr. 30 (März 1996), S. 22), der Goldhagen vorwirft, „die eigentlich Schuldigen im Brei der Allgemeinschuld ungeschoren" zu lassen, oder Reinhard Kühnl, der der Rede von „den Deutschen" eine „Nähe zum völkischen Antisemitismus" ankreidet (Kampf ums Geschichtsbild, in: »junge Welt«, 24.6.1996).
Überhaupt kann einer wie Goldhagen von den Linken in Sachen Gesellschaft bemerkenswert wenig lernen, nämlich weniger als gar nichts. Ein Beispiel ist die „Geld ist genug da"-Kampagne, die an ein gleichnamiges Buch des Distel-Verlages anknüpft. In einer Freiburger Kongreßzeitung schreibt Stefan Vey, der für die „Arbeitsgruppe Buchenwald" zeichnet, in einem Artikel „Über das Geld", daß es „wider seine Natur zur Eigentumsbildung und damit zur Machtbildung mißbraucht" werde, daß es daher darum zu tun sei, „die Krebsgeschwüre der Welt (das ... Geldkapital), die überall auf Kosten des Ganzen wuchern", zu bekämpfen, um so das Geld auf „das Ganze des sozialen Organismus" zu verpflichten (in: »Allerdings«, hg. von der Linken Liste/Friedensliste Freiburg, Nr. 3 (Dezember 1996), S. 2). – Wenn schon die mutmaßlich Linken der „Arbeitsgruppe Buchenwald" die nazistische Geldtheorie so entschieden vertreten, daß nur noch Name und Anschrift des Parasiten fehlen, braucht man sich um die zukünftige, wenn nicht: Wahrheit, so doch: Richtigkeit der Thesen Goldhagens keine Sorgen zu machen.

33 Goldhagen, Das Versagen der Kritiker, a.a.O.

34 Siehe Ulrich Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg 1991.

35 Siehe Wolfgang Pohrt, Theorie des Gebrauchswerts, Berlin 1995.

36 Vgl. William G. Niederland, Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom Seelenmord, Frankfurt 1980.

37 Karl D. Bredthauer, Grenzen einer deutschen Normalisierung. Die konstitutive Bedeutung des Bruchs von 1945/49, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Heft 4/1997, S. 407. Auch die im folgenden zitierten Festreden von Jürgen Habermas, Über den öffentlichen Gebrauch der Historie. Warum ein „Demokratiepreis" für Daniel Goldhagen? (408-416) und Jan Philipp Reemtsma, Abkehr vom Wunsch nach Verleugnung. Über „Hitlers willige Vollstrecker" als Gegenstück zur historischen Erklärung (417-423) sowie Daniel Jonah Goldhagens Dankesrede, Modell Bundesrepublik. Nationalgeschichte, Demokratie und Internationalisierung (424-442) finden sich hier. Heft 5/97 dokumentiert das Presseecho.

38 Eine Schlagzeile des »Badischen Tagblatts« (10.5.1997) gibt den Tenor des Anti-Goldhagen-Backlash vor: Historikerin liefert Goldhagen-Kritikern neuen Stoff. Deutschstämmige Wissenschaftlerin Ruth Birn entdeckt handwerkliche Schwächen in „Hitlers willige Vollstrecker": Aus zehntausenden von Dokumenten habe er nur 200 benutzt – die „Deutschstämmigen" haben eben eine chronische Abneigung gegen Einseitigkeit.

39 Paul Feyerabend, Erkenntnis für freie Menschen, Frankfurt 1980, S. 68.

40 Sigmund Freud, Hemmung, Symptom und Angst (1926), zitiert nach J. Laplanche/J.-B. Pontalis, Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt 1972, S. 58.

41 Siehe zum Beispiel Wolfgang Wippermann, Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagendebatte, Berlin 1997. Wippermann ist ein akribischer, fast pedantischer Theoriesortierer und -vergleicher – siehe nur seinen Klassiker Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion (Darmstadt 1995) –, dem vor lauter Material das Hören, das Sehen und das Begreifen vergangen ist. Die Theorien verhindern Theorie; und so kommt er in seinem neuesten Buch auf den Gedanken, alles hinge davon ab, „wer den Diskurs bestimmt, die Begriffe besetzt" (Wessen Schuld, S. 8), d.h. er hält es, aller Faschismusforschung zum Trotz, für möglich, Begriff, Ideologie und Sache der Nation alternativ und von links zu besetzen: Die Forschung wird so zur Barrikade vorm Begriff.

42 Siehe Initiative Sozialistisches Forum(Hg.), Schindlerdeutsche. Ein Kinotraum vom Dritten Reich, Freiburg 1994.

Geldkritik und Antisemitismus

Ernst LOHOFF

1.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war man sich in der Erwartung einig, daß Fortschritt und Vernunft das heranbrechende Säkulum prägen würden. Die Herausbildung der modernen Warengesellschaft wurde als Prozeß der sukzessiven Entmystifizierung und restlosen Durchrationalisierung aller Verhältnisse verstanden. Die sozialistische Opposition proklamierte zwar, erst die Befreiung von kapitalistischer Herrschaft würde das von ihr emphatisch mit gefeierte Rationalitätspotential der Moderne voll zur Entfaltung bringen; kulturkonservative Stimmen wiederum trauerten um all das, was sie mit der voranschreitenden „Entzauberung der Welt" verloren gehen sahen; beide Strömungen haben damit die herrschende fortschrittsoptimistische Sichtweise aber keineswegs in Frage gestellt, sondern lediglich variiert.

Der reale Gang der Geschichte hat diese Annahme grausam dementiert. Das Jahrhundert der Zweckrationalität und der technologischen Machbarkeit entpuppte sich als ein Jahrhundert entfesselter Irrationalität, des Massenwahns und von bis dato unvorstellbarer Zerstörung und Unmenschlichkeit.

Auf die Frage, warum sich die optimistischen Voraussagen ihrer Großväter nicht erfüllt haben, haben die Enkel und Urenkel, sofern sie den herrschenden Irrsinn überhaupt noch für ein Problem halten, vornehmlich eine Antwort parat: Die rasante Durchrationalisierung und explosionsartige Vermehrung der technischen und sozialen *Mittel* sei mit keiner entsprechenden Rationalisierung der sozialen *Zwecke* einhergegangen. Die Menschheit ähnelt demnach einer Rasselbande Fünfjähriger, die von einem Tag auf den anderen für ihre Wettrennen statt Dreirädern Rennwagen benutzt und die ihre Cowboyspiele nicht länger mit Stöcken betreiben muß, sondern dabei automatische Waffen und atomare Sprengköpfe zur Verfügung hat.

So richtig es ist, mit Günther Anders von einer „A-synchronisiertheit des Menschen mit seiner Produktewelt" zu sprechen und eine Differenzierung zwischen der allerorten herrschenden Mittelrationalität und der fehlenden Sinnrationalität aufzumachen, so irreführend wäre es allerdings auch, das Auseinandertreten von „Machen und Vorstellen" und von „Wissen und Gewissen" wortwörtlich als Zurückbleiben des jeweils letzteren zu deuten. Der Irrationalismus der Moderne hat keineswegs das Fortleben irgendwelcher steinzeitlicher Instinkte und die Beharrungskraft eines biologischen Substrats zum Hintergrund. So oft sich die Moderne als mörderisch erwies, waren vielmehr noch jedesmal genuin moderne Vorstellungen, Haltungen und Ideologien am Werk. Nicht daß der universelle Rationalisierungsprozeß das Terrain von Sinn und Zweck ausgespart hätte und unvollständig geblieben wäre, ist also das Problem; der Prozeß der Rationalisierung hat vielmehr selber seine dunkle, irrationale Rückseite. Wo die Moderne von angeblich „archaischen" Elementen überschwemmt wird, handelt es sich noch jedesmal um so etwas wie eine sekundäre, von ihr selber überhaupt erst geschaffene Instant-Archaik. (Aus diesem Grund halte ich übrigens auch den Begriff der Barbarei für wenig hilfreich, ja für verharmlosend. In Sachen Mordlust und Zerstörungswut waren die tatsächlichen Barbaren im Vergleich mit der westlichen Zivilisation allemal Waisenknaben).

Dieses Verdikt gilt auch für das Kapitel in der Geschichte der modernen Warengesellschaft, das am allerwenigsten zum ach so aufgeklärten Selbstverständnis der Apologeten von westlicher Marktwirtschaft und Demokratie passen will: die nationalsozialistische Judenvernichtung. Der Holocaust fügt sich nicht nur insofern in die Durchsetzungsgeschichte der Warengesellschaft ein, als er mit modernen Mitteln umgesetzt wurde; auch die „antisemitische Welterklärung" ist als spezifisches Produkt der Moderne zu fassen (Darauf, daß der moderne Antisemitismus sowohl in der Sache wie terminologisch strikt vom traditionellen Judenhaß zu scheiden ist, hat übrigens schon Hannah Arendt in ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" insistiert). Mehr noch, der antisemitische Wahn verweist unmittelbar auf den Irrationalismus der gesellschaftlichen Basisform selber und damit auf das dunkle Zentrum der modernen Warengesellschaft.

2.

Diese Zuordnung mag auf den ersten Blick ein wenig befremden, schließlich schlägt sie nicht nur den Legitimationsbedürfnissen des herrschenden demokratischen Bewußtseins ins Gesicht, das wohlweislich keinerlei Kontinuität zwischen dem Nationalsozialismus und den Nachfolgedemokratien erkennen will. Auch die linke Theorie hat es nicht vermocht, den inneren Zusammenhang von Antisemitismus, kapitalistischer Produktionsweise und moderner Massendemokratie zu erhellen.

Daß der Antisemitismus aus der traditionellen Kapitalismusanalyse herausfällt und dementsprechend entweder zur reinen Ablenkungs- und Sündenbockideologie verharmlost oder ergänzungstheoretisch zugeordnet wurde, ist indes keineswegs der Sache selber geschuldet, sondern nur den Schwächen des traditionellen Antikapitalismus. Die Linke hat seit jeher den letzten Grund der gesellschaftlichen Entwicklung im Klassenkampf bzw. in der Konkurrenz großer sozialer Interessengruppen verortet. Dementsprechend ist sie darauf geeicht, alle Ideologien und gesellschaftlichen Strömungen auf den Kampf der jeweils für zentral erklärten gesellschaftlichen Großgruppen zurückzuführen. In diesem soziologistischen Bezugsrahmen läßt sich die antisemitische Ideologie aber tatsächlich noch weniger fassen als Rassismus überhaupt (es sei denn um den Preis eines grotesken Reduktionismus). Ein Zugang zur Analyse des Antisemitismus öffnet sich erst, wenn man eine Ebene tiefer ansetzt und das zum Problem macht, was der traditionelle Antikapitalismus immer systematisch ausgeblendet hat, nämlich den warengesellschaftlichen Formzusammenhang, der den konkurrierenden Interessen immer schon vorausgesetzt ist und sie überhaupt erst konstituiert. Der antisemitische Wahn drapiert keine bloßen Konkurrenzinteressen, er steht vielmehr wesentlich für die nach außen projizierte Angst des Konkurrenzsubjekts vor sich selber.

3.

Die Warengesellschaft zeichnet sich bekanntlich durch eine basale Verkehrung aus, die Marx als Fetischismus der Warenform bezeichnet hat. Der gesellschaftliche Zusammenhang tritt in dieser merkwürdigsten aller denkbaren Gesellschaftsformationen nicht unmittelbar als das in Erscheinung, was er eigentlich nur sein kann, nämlich als ein Geflecht sozialer Beziehungen. Das gesellschaftliche Verhältnis verselbständigt sich vielmehr gegenüber seinen menschlichen Trägern, fährt in die Kaufdinge wie einst zu Pfingsten der heilige Geist in die ersten Christen und verwandelt sich in deren eingeborene *Eigenschaft*. Seine vollendete und handgreiflichste Gestalt findet diese Realparadoxie im Kapitalfetisch. Die Unterwerfung lebendiger Arbeit unter die tote erscheint als die natürliche Fähigkeit des Kapitals zur Selbstvermehrung. Auf der Basis der Herrschaft des Werts heckt, um Marx zu paraphrasieren, Geld ebenso selbstverständlich mehr Geld wie ein Birnbaum Birnen trägt.

Waren haben keine Beine. Sie müssen sich notgedrungen Besitzer halten, um zu Markte zu kommen. Dieser Umstand hebelt indes in keiner Weise die Warenmagie aus, sondern führt lediglich dazu, daß sich ihre Mysterien an der fetischistischen Subjektform ihrer Knechte und Repräsentanten wiederholen. Eine Ware ist nur eine Ware, wenn sie gegen andere austauschbar ist und es ihr allzeit freisteht, den Tauschpartner nach Gusto zu wählen. Durch die Reduktion ihrer sozialen Daseinsweise auf die Existenz als potentieller oder tatsächlicher Stellvertreter von Waren (einschließlich der Ware Arbeitskraft) werden die Menschen dieser Vorrechte teilhaftig und die Subsumtion unter die universelle Herrschaft der Warenform verwandelt die menschliche Personage in eine Ansammlung von Freien und Gleichen.

Die heiligen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit haben aber weder etwas damit zu tun, daß sich die Menschen aus freien Stücken in ihrer Verschiedenheit als gleichermaßen wertvoll anerkennen würden, noch mit einer Angleichung der realen Bedingungen für die einzelnen Konkurrenzsubjekte. Freiheit und Gleichheit meinen einzig und allein, daß alle sich als Marktsubjekte am gleichen abstrakten Maßstab zu messen haben und jeder nur diesem objektivierten Zwang und keinem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu folgen hat. Wo Unterschiedliches aber über den immer gleichen Leisten geschlagen wird, kann das Ergebnis nur in einer strikten Hierarchisierung des Gemessenen bestehen. Der Konkurrenzkampf scheidet rigoros die Erfolgreichen von den Erfolglosen und verewigt die Trennungslinie zwischen ihnen. Mehr noch: Wie das gesellschaftliche Verhältnis an der Ware ausgelöscht wird und zur Quasi-Eigenschaft des Dings gerinnt, genauso muß sich in der Welt von Freiheit und Gleichheit jedes Unterliegen in ein persönliches Versagen, in einen Eigenschaftsdefekt des Unterliegenden verwandeln. Der gesellschaftliche Zusammenhang, der Verlierer produziert, ist in der Wahrnehmung der Subjekte unsichtbar geworden und die Insuffizienz der Warengesellschaft als Reproduktionsordnung erscheint als Minderwertigkeit der Verlierer. Die liberale Gleichheitsideologie, die jeden zu seines Glückes Schmied erklärt hat, schlägt damit in ihr Gegenteil um. Das gilt nicht allein auf der individuellen Ebene, sondern auch auf der kollektiven. Letztlich sind dann alle Teile der Weltbevölkerung inferior, denen die Objektivität des Marktes keinen Sonnenplatz zuteilen kann und die sich dessen Geboten nicht seit jeher genauso vorbehaltslos unterworfen haben wie der weiße Mann.

Sein Vorsprung in der Verinnerlichung des universalistischen Diktats läßt den homo occidentalis als den eigentlichen Menschen erstrahlen. Kein Licht indes ohne Schatten. In die explizit oder implizit rassistisch und sexistisch unterfütterte Selbstüberhöhung mischt sich seit jeher ein melancholisches Moment, eine gewisse Ahnung von dem Opfer, das die Anpassung an die Herrschaft der universellen Abstraktion vom weißen Mann fordert. Die Frau und der Südländer werden nicht nur abgewertet, in sie wird gleichzeitig der mit der warengesellschaftlichen (Selbst)instrumentalisierung verlorengegangene unmittelbare Bezug auf die innere und äußere Natur hineingelegt. Sie *sind* dem Eigenschaftsdenken entsprechend Natur, die es zu unterwerfen, zu vernutzen aber eben auch ein wenig zu glorifizieren gilt.

4.

Trotz ihrer Anpassung an die Gebote der Warenlogik sind auch deren weiße Lieblingskinder nicht davor gefeit, daß sich der blinde warengesellschaftliche Prozeß gegen sie wendet und auch für sie zum Alptraum wird. Für den stolzen Naturbeherrscher hat die Erfahrung, höchstpersönlich wie ein Stück Natur anonymen Kräften ausgeliefert zu sein und sich strukturell im Grunde in einer ganz ähnlichen Position wiederzufinden wie die für „minderwertig“ Erklärten, einen besonders traumatischen Charakter. Dieses Trauma muß die Warensubjektivität und das Denken in der Eigenschaftsform indes keineswegs sprengen. Der Schock läßt sich auch auf dieser Grundlage „bewältigen“ – und genau für eine solche Verarbeitungsform steht der Antisemitismus. Wo der kapitalistische Prozeß als Ungemach über den weißen Mann selber hereinbricht oder ihn verunsichert, kann natürlich nicht wie bei Frauen und Farbigen das eigene Ungenügen für diese Bedrohung verantwortlich sein. Umso näher liegt es indes, die Ursache in die dunklen Machenschaften einer fremden sozialen Gruppe hineinzulegen. Wie Sexismus und Rassismus die Beziehung zur inneren und äußeren Natur externalisiert haben, um sie als besondere Eigenschaft den weiblichen und nichtweißen Vorsubjekten und Halbsubjekten zuzuschreiben, so gilt es nun, die Schrecken der Wertabstraktion als das Werk eines separierbaren phantastischen, vom Bösen besessenen *Übersubjekts* dingfest zu machen.

Welchen Namen und Adresse diese ominöse allgegenwärtige Macht trägt, die stellvertretend für die Schattenseite der Moderne steht, war nicht erst für die Nazis, sondern bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert für eine breite gesellschaftliche Strömung eine ausgemachte Sache: „Die Juden sind unser Unglück“ (Treitschke).

Auf den ersten Blick mutet die Vorstellung, eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe, seien es nun Juden, Radfahrer oder Menschen mit Sommersprossen, wäre für einen alle gesellschaftliche Bereiche erfassenden Abstraktionsprozeß haftbar zu machen, schlicht absurd an. Offensichtlich handelt es sich hier um einen Projektionsmechanismus, der eine fatale Ähnlichkeit mit psychotischen Krankheitsbildern aufweist. Diese wahnhafte Wahrnehmung hat indes – und diesem Umstand verdankt sie ihre gesellschaftliche Ausstrahlungskraft und die Beharrlichkeit, mit der sie sich reproduziert – ihre Entsprechung in der strukturellen Verrücktheit der Warengesellschaft. Daß der allgemeine gesellschaftliche Abstraktionsprozeß die Gestalt von etwas *Ausgesondertem* annimmt, ist keine antisemitische Erfin-

Ritualmorde“[3]. Wieviel aber von dem, was sie tun, wird den Tätern bewußt? Welchen Sinn gaben die mächtigen und die ohnmächtigen Akteure dieser Rituale ihrem Tun? Hier zeigt sich das christliche Bewußtsein wie eine camera obscura, in der sich alles verkehrt.

2. Wie rassistisch ist der religiöse ‚Antijudaismus'?

In den alten Kulturen blieb die Schlachtung des Opfertiers den Priesterkönigen und Priestern vorbehalten, am christlichen Opferaltar wird zu dieser Handlung das Judentum beschworen – es dient dem christlichen Bewußtsein als *negativer Opferpriester.* Das Neue Testament legt das Ritual fest: die Juden sind es, die Jesus geißeln und schließlich töten lassen; und die christlichen Priester ihrerseits erinnern nur mehr an das einmalige Opfer, wenn sie mit ihrer Gemeinde die Eucharistie feiern.

Es ist anzunehmen, daß dem Judentum diese Rolle erst zufiel, als das Christentum sich außerhalb Palästinas unter nicht-jüdischen Bevölkerungsgruppen verbreitete. Ja das Christentum selbst, das Christentum des Neuen Testaments, entstand eigentlich erst in dieser Verbreitung – seine zentralen Glaubensinhalte sind nur aus dem Eindringen der konkreten Praxis des heidnischen Opferkults in die abstrakte Gottesvorstellung des Judentums – aus der Verkörperung des Messias durch Dionysos – zu verstehen. Was als Konkurrenz verschiedener jüdischer Glaubensrichtungen begonnen hatte (die nicht mehr rekonstruierbare Vorform des Christentums, die vor dieser Begegnung und vor der Entstehung des Neuen Testaments liegt, könnte etwa gewisse Ähnlichkeit mit den Essenern von Qumran gehabt haben), schlug bei den Heiden des hellenistischen Raums in fundamentale Abgrenzung um – und diese Abgrenzung *vom* Judentum strukturierte die im Neuen Testament festgelegten Mythen und Riten, deren historischer Stoff paradoxerweise rein jüdischen Ursprungs ist.

Sigmund Freuds Bemerkung über die mittel- und osteuropäische Bevölkerung des frühen Mittelalters hat deshalb auch schon für die mediterrane der Antike und für die Urkirche selbst Bedeutung: „Man könnte sagen, sie sind alle ‚schlecht getauft', unter einer dünnen Tünche von Christentum sind sie geblieben, was ihre Ahnen waren, die einem barbarischen Polytheismus huldigten. Sie haben ihren Groll gegen die neue, ihnen aufgedrängte Religion nicht überwunden, aber sie haben ihn auf die Quelle verschoben, von der das Christentum zu ihnen kam. Die Tatsache, daß die Evangelien eine Geschichte erzählen, die unter Juden und eigentlich nur von Juden handelt, hat ihnen eine solche Verschiebung erleichtert. Ihr Judenhaß ist im Grunde Christenhaß (...).“[4] Das Problem ist nur, daß die ‚schlechte Taufe', die dünne Tünche und auch der Christenhaß – als Selbsthaß – genuin christlich sind! Sie bilden gewissermaßen den Kern des Christentums: die bekehrten ‚Barbaren' konnten ihre Vorbehalte gegen die neue Religion in den Mythen und Riten eben derselben Religion ausleben und ausagieren – weil sie darin ein Ersatzobjekt für ihre Selbstverleugnung und ihren Haß fanden.

Darum wird in der Stillstellung des Opferkults durch das Christentum mit einem Schlag auch die Rolle des Judentums fixiert: es ist dazu verdammt, den negativen Opferpriester zu spielen, damit die Christen ihre Hände nicht mehr mit Blut beflecken müssen. Der Begriff des *heiligen Schlächters* – „sacred executioner“ –, den Hyam Maccoby[5] für diese eigenartige, den Juden zugeschriebene Stellvertreter-Funktion geprägt hat, ist etwas mißverständlich. Besser wäre vielleicht, vom *unheiligen*, vom *verdammten* Schlächter zu reden: War nämlich das Opfer in der alten Gesellschaft ein ethisch neutraler Vorgang mit einem bestimmten Zweck (Versöhnung mit den Göttern, d.h. Versöhnung der durch den Reichtum gespaltenen Gesellschaft) – so wird der Vorgang nun ethisch besetzt. Die historische Frage nach dem ‚Täter', die Frage ‚Wie kam es dazu?', die aufgeworfen wird, sobald sich das Opferritual nicht mehr ‚automatisch' wiederholt, erhält eine eindeutige Antwort: die das Opfer herbeiführten, sind das absolut Böse – der es erlitt, ist der absolut Gute. Eine solche *ethisch-ethnische* Fixierung war noch der klassischen Antike durchaus fremd: die Transformation des Opferkults im griechischen Theater ersetzte die ethische Indifferenz des Rituals durch ambivalente Bewertungen, wie sie in den Dialogen der Protagonisten dargelegt wurden. Die christliche Überlieferung jedoch gründet auf einer endgültigen *Bezichtigung* – und der sie vorbringt, verbindet damit offenbar das Interesse, sich selber aus der Verantwortung zu stehlen. Sigrun Anselm hat diese ethische Strategie prägnant beschrieben: „Gott hat sich in seinem Sohn geopfert – die Juden haben Christus ermordet. In jedem Falle aber gilt: Die Christen tragen keine Verantwortung für das Opfer, doch sind sie die Adressaten von dessen sühnender Wirkung, deren sie teilhaftig werden kraft ihres Glaubens. “[6]

Bereits im ersten *Brief an die Thessaloniker* spricht Paulus – es handelt sich um eines der ältesten überlieferten Zeugnisse des Christentums – von „den Juden“, welche „Jesus den Herrn [...] getötet“ hätten (1 Thess 2, 14-16) – und nicht von einer bestimmten Gruppe der Juden, den Pharisäern oder den Hohenpriestern. Die später entstandenen Evangelien haben dann den Vorwurf des Gottesmordes – wie Karl-Erich Grözinger festhält – in den „Rahmen ihrer Jesusdarstellungen, insbesondere in die Passionsgeschichte einbezogen. Gerade in den letzteren ist die zunehmende Belastung der Juden und die Entlastung der römischen Behörden deutlich zu erkennen.“[7] Der römische Statthalter Pontius Pilatus etwa erscheint von Evangelium zu Evangelium in stets milderem Licht. Hier zeigt sich ein dem Christentum eigentümlicher Mechanismus in der Abstimmung aufs Gewaltmonopol – er bahnt die friedliche Koexistenz des imaginären Staats mit dem realen an: antijüdische und prorömische Tendenzen steigern sich wechselseitig; je deutlicher die Juden als Jesusmörder gekennzeichnet werden, desto entschiedener kann der römische Staat exkulpiert, desto versöhnlicher den jeweiligen Machthabern gegenübergetreten werden.

Satan wird dazu ausersehen, die Juden zu negativen Opferpriestern zu weihen. Es ist gerade die Motivierung des Geschäfts zwischen Judas und den Hohenpriestern, die im *Lukas-* und im *Johannes-Evangelium* seinen Auftritt erfordert: Der Satan „ergriff Besitz“ von Judas (Lk 22, 3), er „fuhr in ihn“ (Joh 13, 27) – so verkaufte er Jesus an die Hohenpriester. Die Stigmatisierung der Juden läßt den Teufel als eine kontinuierliche Erscheinung und einen substantiellen Glaubensinhalt überhaupt erst notwendig werden.[8] Während er im Alten Testament nur sporadisch auftaucht, erhält er im Neuen eine gänzlich neue Mission, die seine ständige Präsenz erfordert: er fungiert im Grunde als *Präfiguration des Rassebegriffs.* Am deutlichsten werden die Juden im späten *Johannes-Evangelium* gekennzeichnet: eine kompakte Gruppe wird konstruiert, die von Jesus und den Jüngern sich scharf abgrenzen läßt – und wenn Satan hier in Judas fährt, so ist dies keine punktuelle Dämonisie-

rung mehr, sondern ganz einfach die schnellste Art und Weise, Judas zum Juden – ja zur Personifikation des Judentums – zu machen. Denn wie sagt Jesus hier zu „den Juden": „Ihr habt den Teufel zum Vater, und ihr wollt das tun, wonach es euren Vater verlangt. Er war ein Mörder von Anfang an." (Joh 8, 44).

Theodor Reik sieht in Judas „das alter Ego des Erlösers, das einer Ichspaltung entstammt und von Schuldbewußtsein geboren wurde". Als „Sündenbock" vereinige er alle als peinlich empfundenen Impulse auf sich und entlaste so die Jünger und Jesus. „Judas erscheint (...) als das genaue Gegenstück Christi (...) Jesus vertrieb die Schacherer und Zöllner aus dem Tempel, sein späterer Vertreter mußte den Vorwurf des Diebstahls tragen."[9] Tatsächlich wächst Judas eine zentrale Rolle zu bei der Darstellung des Judentums und seiner Differenz zu Christus und den Jüngern: „das christliche Altertum und Mittelalter bekennt sich zu Christus und projiziert seinen Haß gegen Jesus auf den bösen Judas. In beiden Projektionsschöpfungen aber wird der Anteil der unbewußten Reue und des Schuldbewußtseins ersichtlich. Beide setzen also eine ambivalente Einstellung gegen das als Gott verehrte Wesen als ursprünglich voraus; gerade die Projektion beweist den Gefühlskonflikt."[10] Worin aber geraten die Christen in Konflikt? Woher kommt die ambivalente Haltung zu Jesus? Für Theodor Reik liegt die Antwort ähnlich wie für Freud im heimlichen Wunsch, den Vatergott zu stürzen. Der Anschlag auf die Händler im Tempel hätte demnach ursprünglich dem Hausherrn selbst gegolten und wäre dann auf die Händler abgelenkt worden. Wenn dies zutrifft, bleibt noch immer die Frage, warum gerade die Händler den Haß wie magnetisch auf sich ziehen konnten – und was Judas mit ihnen verbindet.

Ehe das Lamm geopfert wird, muß es gekauft werden – zusammen mit Satan fährt ein anderer Teufel in Judas: „Darauf ging einer der Zwölf namens Judas Iskariot zu den Hohenpriestern und sagte: Was wollt ihr mir geben, wenn ich euch Jesus ausliefere? Und sie zahlten ihm dreißig Silberstücke." (Mt 26, 14f.) Das sei „der Preis, den er den Israeliten wert war" (Mt 27, 9). In der Gestalt von Judas kehren offenbar die von Jesus aus dem Heiligtum vertriebenen Händler in den Tempel zurück und üben mit ihren ureigenen Mitteln Rache an Jesus – mit Geld. Das späte *Johannes-Evangelium* zeigt dabei von Anfang an eine deutlicher ausgeprägte Fixierung auf das Tauschmittel: allein der Auftritt von Jesus im Tempel mit seiner Aktion gegen die Händler wird hier mit merkbarer Betonung als Austreibung des Geldes dargestellt und als wahre Action-Szene vor Augen geführt. Als Verwalter der Kasse der Jünger ist Judas in diesem Evangelium von vornherein mit Geld in Zusammenhang gebracht und damit verdächtig. Wenn er zu bedenken gibt, das Öl, mit dem Maria Magdalena die Füße von Jesus salbt, doch lieber zu verkaufen und das Geld an die Armen zu verteilen, wird der Zweck seines Ansinnens sogleich bestritten, und er selber durch das Mittel, das Geld, definiert: „Das sagte er aber nicht, weil er ein Herz für die Armen gehabt hätte, sondern weil er ein Dieb war; er hatte nämlich die Kasse und veruntreute die Einkünfte." (Joh 12, 4-6; siehe auch Joh 13, 29) In dem Moment, da der Verräter seine Tat bereut, vermag er sich im *Matthäus-Evangelium* vom Geld zu emanzipieren: der Vertreibung der Händler aus dem Tempel nacheifernd, kehrt Judas zu den Hohenpriestern zurück und wirft die Silberstücke in den Tempel – „dann ging er weg und erhängte sich." (Mt 27, 3-5; hier zögern selbst die Hohenpriester, das Geld anzunehmen und sagen: „Man darf das Geld nicht in den Tempelschatz tun; denn es klebt Blut daran." Mt 27, 6-8). Die Möglichkeit, das Geld abzuschütteln und seine Tat zu sühnen, erhält Judas in den anderen Evangelien nicht mehr.

Im Gegensatz zu den Göttern der antiken Welt und dem Gott des Judentums scheint der christliche Gott nicht mehr imstande, den Reichtum unmittelbar zu repräsentieren – zu abstrakt ist dieser Reichtum geworden, zu allgemein die Geldform, die er angenommen hat. So benötigt er als Vermittlung eine neue Form des Opfers: er adoptiert gleichsam das Opfertier, damit dieses Wesen als Gottes Sohn das Unmögliche möglich mache. Es genügt nicht, die Händler aus dem Tempel zu vertreiben und den Reichtum im allgemeinen abzuwerten: Gott selbst muß den Händlern zum Opfer fallen, um das Schicksal des konkreten Reichtums (der für das Bedürfnis geschaffenen Lebensmittel), der immerzu dem Geld geopfert wird (sobald etwa Zinsen zurückgezahlt werden müssen), glaubhaft zu verkörpern. Und darum bedarf es des unheiligen Schlächters, der die Abstraktheit des Geldes auf sich nehmen muß wie eine unsühnbare Schuld.

Der Zusammenhang zwischen der Vertreibung der Händler und der Kreuzigung des Austreibers blieb freilich hypothetisch – ebenso die Identifikation des Judentums mit dem Geld. Der Antisemitismus behielt gleichsam Möglichkeitsform. Das Neue Testament war im wesentlichen abgeschlossen, ehe die Krise des römischen Reichs begann, die Städte an Bedeutung verloren, der Handel nachließ und die Geldwirtschaft verebbte. Als aber an die Stelle des römischen Reichs das „heilige römische" – das „Sacrum Imperium" – trat, die Städte wieder an Bedeutung gewannen, der Handel zusehens florierte und die Geldwirtschaft überhaupt erst in Schwung kam, entstand im Christentum der merkwürdige Zwang, die Phantasmagorie einer jüdischen Racheaktion gegen Jesus Christus immerfort und immer konkreter sich auszumalen und vorzuspielen.

Der Zusammenhang des Geldes, mit dem das Opfer gekauft wird, und des Blutes, das man ihm sodann abzapft, entwickelte sich dabei zum Scharnier, mit dem der christliche Opferkult im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation funktional gemacht werden konnte: dieser phantasierte Zusammenhang bildet die Grundstruktur von Blutbeschuldigung, Ritualmordlegenden und Passionsspielen und lieferte die wichtigsten Motive für die Pogrome. Mit seiner Hilfe wurde auch die Metapher des ‚Aussaugens' praktikabel: die Aneignung des Reichtums in Form des Zinses kann mit der phantasierten Tötung von Christus bzw. von Christen gekoppelt werden. Die Juden – signalisiert die antisemitische Dramaturgie – ‚saugen' die Christen aus, sie ernähren sich von ihrem ‚Blut'. Blut wird zum heiligen Saft der Akkumulation, es fungiert als *christliches Pseudonym* für die Arbeit, die sich in Geld verwandelt.

Unter diesem Pseudonym konnten Christen sich mit Christus identifizieren – das Blut von Jesus verwandelte sich in ihr eigenes, und der Gottesdienst wurde zum Dienst an der ‚Rasse' – ihrer ‚Rasse', während die der anderen vom Teufel markiert wurde. Indem das Christentum die Juden zur Taufe zwang, trieb es diese Schlußfolgerung aus sich selbst hervor: Überall dort, wo Juden dem Druck nicht standhalten konnten und auch nicht bereit waren zu sterben – und sich also taufen ließen, wurde die christliche Blutmetapher als abendländischer Rassebegriff ausgeprägt. So zuerst im Spanien der

senkte Zinssatz übt von selbst einen Zwang aus, das Geld unmittelbar produktiv zu investieren (in Manufakturen, Verlage etc.), statt zu verleihen.

Wenn irgend eine Macht als bedrohlich empfunden werden mußte, so war es der Staat – der große Regulator, der nicht nur die Zinsrate in die Hand genommen hatte, sondern auch die Rechte der Zünfte beschnitt und Monopole errichtete; aber gerade er handelte dabei nicht willkürlich, sondern nach vernünftigen Prinzipien und konnte also beim Wort genommen werden. Im Unterschied zum Wucherkapital, dessen Macht obskur bleibt, verkörpert sich seine Herrschaft (soweit es sich um Monarchien handelte) in der stets sichtbaren barocken Gestalt des Souveräns, seines Hofes und seiner Armee. Das Feindbild des jüdischen Wucherers – als Inkarnation des zinstragenden Kapitals – scheint damit also seine Schuldigkeit getan zu haben. Seine Erfolgschancen sanken – pointiert gesprochen – mit der Rate des Zinses. Konnte es darum verschwinden?

5. Deutscher Volksstaat, jüdische Weltverschwörung

Die Verschwörung gegen den Rest der Menschheit – ein Rest, den zu verkörpern die Deutschen ausersehen werden –, das Streben nach der Herrschaft über die Erde oder nach der Vernichtung von Menschheit und Welt: das scheint der neue Inhalt zu sein, der dem Judentum im 19. Jahrhundert zugeschrieben wird. Dies geschieht auf der überkommenen Grundstruktur, die nun vielfach andere Namen erhält: der „wuchernde Jude", mit dem man stets die abstrakte Seite der Warenproduktion identifiziert hat, wird mit „raffendem Kapital" übersetzt und auf die expandierenden Börsen- und Aktiengeschäfte bezogen; der „christliche Handelsmann", dem immer zugute gehalten worden ist, daß er lediglich die Gebrauchsgüter vermittelt, kehrt wieder in der Bezeichnung des „schaffenden Kapitals". Diese aber enthält nicht allein die Imagination eines ausschließlich auf die Produktion von Gebrauchswerten abonnierten ‚Wirtschaftsführers': der Fetisch des ‚schaffenden Kapitals' schließt vielmehr die Lohnarbeit mit ein. So kann, wie Moishe Postone schreibt, „das industrielle Kapital als direkter Nachfolger ‚natürlicher' handwerklicher Arbeit auftreten und im Gegensatz zum ‚parasitären' Finanzkapital, als ‚organisch verwurzelt'. Seine Organisation scheint der Zunft verwandt zu sein".[32] Und darum wird es möglich, daß die romantisch ‚rückwärtsgewandte' Verherrlichung der ‚Natur', des Blutes, des Bodens, der konkreten Arbeit ohne weiteres mit der ‚fortschrittlichen' Idealisierung der modernen Technologie und des industriellen Kapitals zusammengeht. Diese Symbiose des ‚schaffenden Kapitals', die sich vom ‚raffenden' abgrenzt, zielt auf einen neuen Staatstypus. Es handelt sich um einen spezifisch deutschen Typus, insofern hier Luthers Arbeitsethos auf der Basis der Lohnarbeit modernisiert wird: der Staat beansprucht, im selben Maß Sachwalter des Kapitals wie der Arbeit zu sein – ja er möchte die Identität beider realisieren. Die antisemitische Projektion, die in den früheren Jahrhunderten auf die Frage von Reichtum und Armut im unmittelbaren Sinn, auf das Verhältnis von akkumuliertem Kapital und enteigneten Kleinproduzenten beschränkt blieb, droht jedenfalls nun auch das Staatsbewußtsein jener neuen großen Klasse zu prägen, die ihre Arbeitskraft verkaufen muß.

Zur Staatsräson hatte der Antisemitismus schon früher gehört – doch das Wesen des Staates änderte sich. Einstmals bestand staatliche Macht in unmittelbaren Formen der Herrschaft: Leibeigenschaft, Lehenswesen und noch der Hofadel bilden solche Herrschaftsstrukturen; mit der Durchsetzung kapitalistischer Warenproduktion zerfielen sie. Wie kann eine Bevölkerung, die in bloße Subjekte des Tausches zerfällt, einerlei ob sie nun ihre Arbeitskraft oder ihre Waren zu Markte tragen, wie kann eine solche Gesellschaft von vereinzelten Produzenten und Konsumenten weiterhin an einen Souverän gebunden werden? Das war das große Problem der Staatsbürokratie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Revolutionen zwischen 1789 und 1848 zeigten deutlich, wieviel Kohäsionskraft der Staat verloren hatte. Gleichwohl bedurfte der dem Absolutismus entwachsende Markt einer staatlichen Regulation, einer gewissen Regelung der Rahmenbedingungen, damit die Akkumulation des Kapitals vorangehen konnte. Mehr als alle Klassenkonfrontationen scheint dieses Dilemma das Erkennungszeichen der Epoche zu sein.

Einerlei ob sich die Träger des Staats als Revolutionäre oder als Konservative verstanden, indem sie diese Macht übernahmen, waren sie gezwungen, dem latenten inneren Zerfall von Souveränität entgegenzuwirken. Das Volk mußte staatstreu gemacht werden – auf welche Weise, mit welchen Mitteln auch immer. Große militärische Macht von Nachbarstaaten (Napoleon!) oder die türkische Bedrohung waren günstige Voraussetzungen, um diese Staatstreue als Nationalbewußtsein zu provozieren. Doch wirkungsvoller noch war die Vorstellung einer Bedrohung von allen Seiten, einer Weltverschwörung gegen das eigene Land, das eigene Volk – und am besten, wenn sie durch einen imaginären Feind im Inneren gelenkt wurde, den man lange schon mit der Macht des Geldes identifizierte. Der ‚Hofjude' wurde zum ‚Liberalitätsjuden' umgetauft, zum Vertreter des staatenlosen Reichtums, zum Anti-Staatsbürger schlechthin – „leibhaftiges Menetekel dessen, was der liberale Bürger ist, solange er nicht zum Staatsbürger wird, [...] abschreckendes Beispiel für die egoistische Existenz und anarchistische Isolation, die ihm blühen, sollte er sich aus der staatlich formierten und organisierten Gemeinschaft klassenmäßig exkommunizieren [...]."[33] Und jene Staaten, die in ihrer Heterogenität besonders bedroht waren vom Zerfall – Deutschland, die Habsburgermonarchie, aber auch das zaristische Rußland, dessen Geheimpolizei ja die *Protokolle der Weisen von Zion* fabrizierte – bedurften eines solchen Menetekels gewiß in besonderem Maße.[34] Die jahrhundertelange Kontinuität des Antisemitismus sollte gewiß nicht jene „ungeheuerliche Tatsache" verdecken, auf die Ulrich Enderwitz nachdrücklich aufmerksam macht: „daß es die politische Gewalt selbst, die Staatsmacht höchstpersönlich ist, die den Juden jetzt ihre Rolle vorschreibt, die also den Antisemitismus in seiner novellierten Form propagiert und übt." Aber sie ist es höchstpersönlich eher im wörtlichen Sinn: der Antisemitismus bewährt sich als *private* Weltanschauung jener, die in *staatlicher* Funktion gezwungenermaßen exekutieren, was die Kapitalisierung ihnen vorschreibt: die rechtliche Gleichstellung aller Subjekte des Marktes als Bürger des Staates. Im Antisemitismus kann dieses Staatspersonal seinen Vorbehalt gegenüber dieser Gleichstellung ausleben – ohne die Kapitalisierung in Frage stellen zu müssen. Er geht also weniger vom Staat an sich, als von dessen Personal aus: „die Junker, Staatspapierrentiers, höheren Verwaltungsbeamten, Gerichtsassesoren, Gymnasiallehrer und Universitätsprofessoren – sie sind es, die im 19. Jahrhundert die Juden aus allen Emanzipationsträumen her-

ausreißen und erneut ins Schußfeld einer gesellschaftspolitischen Feindbildprojektion rükken."[35]

Von den im engeren Sinne staatstragenden Zirkeln der höheren Beamtenschaft, des Offizierskorps und des akademischen Mittelstands ausgehend, verschiebt sich das Schwergewicht des Antisemitismus nach unten: auf Angestellten- und Lohnarbeiterschichten, kleinbürgerliche Kreise, untere Beamtenschaft und niedere Militärränge. Indem sie den aus der Sicht des Staates konzipierten Antisemitismus übernehmen, üben sie sich ein in die Rolle einer par excellence staatstragenden Schicht. „In eben dem Maß, wie der antisemitische Affekt auf breitere Volksschichten übergreift, legen diese ihre bisherige, von Indifferenz oder gar klassenspezifischer Ablehnung geprägte Distanz gegenüber dem starken Staat der Junker, Militärs und höheren Beamten ab und fangen an, sich selber in der Stellung einer den starken Staat tragenden Mehrheit zu gewahren. Sie entwickeln mithin Aspirationen darauf, die Junker, Militärs und höheren Beamten in ihrer Eigenschaft als gesellschaftliche Basis des starken Staats sei's zu ergänzen, sei's gar zu ersetzen."[36] Die Staatsbürger und Staatsführer vom alten preußischen oder habsburgischen Schlag standen diesem Prozeß einigermaßen konsterniert, um nicht zu sagen verdattert gegenüber; für sie galt noch das alte Militär als wichtigstes Band zwischen Volk und Staat; und gegenüber den Juden der Grundsatz einer staatlich gewährten Toleranz, also die bürgerliche Verbesserung der Juden zum Nutzen des wirtschaftlichen Wohlstandes. „Ich dulde keine Judenhetze in meinem Reiche", dekredierte Franz Joseph. „Die Juden sind tapfere und patriotische Männer und setzen ihr Leben mit Freuden ein für Kaiser und Vaterland."[37] Und doch mußte der Kaiser die Reden Schönerers und den Aufstieg Luegers dulden. Die christlichsoziale Bewegung wurde in hohem Grade staatserhaltend, ohne sie hätte Franz Joseph vermutlich kaum so lange regieren können. Denn Ideologen und Praktiker wie Stöcker, Schönerer, Lueger und unzählige antisemitische Publikationen und Vereine schufen den für die staatliche Integration nötigen Feind. In der Wissenschaft leisteten auf der linken Seite die sogenannten Kathedersozialisten, auf der rechten Konservative wie Treitschke ähnliche Dienste; im Kulturleben nahm Richard Wagner wie kein anderer die Aufgabe wahr; mit der Titulierung als „Staatsmusikant" hat Marx seine Bedeutung genauer getroffen, als es ihm selber wohl bewußt war. „Immer wieder zog es mich zu seinen Werken"[38], schrieb später Adolf Hitler, der Schüler von Lueger und Schönerer, über seine jugendliche Wagner-Begeisterung.

Die totale Realisierung des Antisemitismus war schließlich in Deutschland und Österreich die Antwort auf die große Krise des Kapitals: man praktizierte die deutsche Version des New Deal. An Stelle der zermürbten Kaufkraft der Massen trat der Staat selber als „Großkonsument" (Enderwitz)[39] auf und organisierte größtenteils auf Kreditbasis eine direkte und indirekte Arbeitsbeschaffung. Durch den überdimensionierten Staatskonsum erschien die Arbeit wie befreit vom Kapitalverhältnis (der Arbeitsdienst wurde dafür zum gefeierten, besungenen und abgefilmten Symbol), obwohl dieses Verhältnis prinzipiell nicht angetastet wurde – und jenen Schein überall zu verstärken, diente die Staats-Ästhetik: von den vielfältigen Aktivitäten der Nazi-Organisationen wie „Kraft durch Freude" bis zur Gleichsetzung des Arbeiters mit dem Soldaten. „Durch die Vorbereitung der allseitigen Vernichtung enthob der Nazismus die Arbeiter der Sorge um den Verkauf ihrer einzigen Ware, der Arbeitskraft." (Joachim Bruhn)[40] Wenn also dieser NS-Deal zunächst wesentlich erfolgreicher funktionierte als der New Deal in den USA – bereits Ende der dreißiger Jahre wurde die Vollbeschäftigung erreicht –, dann vor allem darum, weil der immer gefräßiger werdende NS-Staat von Anfang an nicht nur auf dem Gebiet der Infrastruktur konsumierte, sondern – worauf ja auch die berühmten Autobahnen hinausliefen – auf dem der Rüstung. Je größer die Schulden wurden, die er damit zwangsläufig, aber auf unübersichtliche und kaum zu durchschauende Weise machen mußte, desto intensiver wurde der innere und äußere Feind beschworen: Weltverschwörung des internationalen Finanzjudentums – so lautete die Übersetzung von inflationistischer Kreditierung und negativer Handelsbilanz, Haushaltsdefizit und Staatsschuld in den NS-Jargon. In anderen faschistischen Staaten wie Italien (ehe auch dort das Dritte Reich Einfluß gewann) oder Spanien war man übrigens nicht bereit, die Finanzierung des Staatskonsums und die Ästhetisierung der Politik mit gesetzlich fundiertem und massenhaft exekutiertem Antisemitismus zu begleichen. Im Dritten Reich jedoch wurde die Einstellung, die der antisemitische Kleinproduzent zum jüdischen Geldverleiher seit einem halben Jahrtausend kultiviert hatte, zum Staatsschicksal totalisiert – und das Pogrom zur „Endlösung". In seiner Reichstagsrede vom 30. 1. 1939 (die im »Völkischen Beobachter« erschien und als Sonderdruck verteilt wurde), erläuterte Hitler, wie demgemäß die Verschuldung des totalen Konsumenten abgetragen werden sollte: „Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."[41]

Der Nationalsozialismus war die größte antikapitalistische Bewegung, die jemals zur Rettung des Kapitals mobilisiert wurde; der Staat, den diese Bewegung hervorbrachte, stellt die Vollendung des Antisemitismus dar: die fetischistische Aufhebung des Kapitals auf der Grundlage des Kapitals. Die gewöhnliche kapitalistische Rationalität aber, die den Vernichtungslagern der Nazis von der Linken immer wieder unterstellt wird, eskamotiert den eigentlichen, ‚antikapitalistischen' Sinn, den das antisemitische Bewußtsein der Deutschen und Österreicher der Vernichtung des Judentums beigemessen hat. Er erschließt sich nur im Zusammenhang mit der Geschichte des Antisemitismus – wobei gerade dessen religiöser Ursprung besondere Bedeutung gewinnt. Wenn – wie Moishe Postone sagt – die Vernichtung der Juden in Auschwitz von den Tätern und Zuschauern als „Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten" verstanden wurde[42], dann ist es das Christentum gewesen, das diese Personifizierung eingeübt und die Grundlagen des eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich geschaffen hat. ■

Von Gerhard SCHEIT erscheint Ende Mai ein neues Buch im Hamburger Konkret-Verlag: „Mülltrennung – Beiträge zu Politik, Literatur und Musik".

Anmerkungen

1 Aristoteles: Politik. Übersetzt und hg. v. Olof Gigon. 5. Aufl. München 1984. S. 63. Erstes Buch 1258b.

2 Vgl. hierzu Perry Anderson: Von der Antike zum Feudalismus. Spuren der Übergangsgesellschaften. Übersetzt

von Angelika Schweikhart. Frankfurt am Main 1981. S.219-237.

3 Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. 5.Aufl. Frankfurt am Main 1978. S.153.

4 Sigmund Freud: Der Mann Moses und die monotheistische Religion. In: Studienausgabe. Frankfurt am Main 1982. Bd.IX. S.539.

5 Hyam Maccoby: The Sacred Executioner. London 1982. S.142.

6 Sigrud Anselm: Angst und Angstprojektion in der Phantasie vom jüdischen Ritualmord. In: Die Legende vom Ritualmord. Zur Geschichte der Blutbeschuldigung gegen Juden. Berlin 1993. S.257.

7 Karl-Erich Grözinger: Die „Gottesmörder". In: Antisemitismus.Vorurteile und Mythen. Hg. v. Julius H. Schoeps u. Joachim Schlör. München – Zürich 1995. S.58.

8 Vgl. hierzu Joshua Trachtenberg: The devil and the Jews. 2. Aufl. Cleveland, New York, Philadelphia 1961; Stefan Rohrbacher, Michael Schmidt: Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile. Reinbek 1991. S.151-194; Gustav Roskoff: Geschichte des Teufels. Eine kulturhistorische Satanologie von den Anfängen bis ins 18. Jahrhundert. Leipzig 1869. Reprint Stuttgart 1993. S.166.

9 Theodor Reik: Der eigene und der fremde Gott. Zur Psychoanalyse der religiösen Entwicklung. Frankfurt am Main 1972. S.100f. u. S.104.

10 Ebd. S.118.

11 Martin Luther: Von den Juden und ihren Lügen. In: Dr. Martin Luthers sämmtliche Werke. Bd.32. Erlangen 1842.

12 In der Einheitsübersetzung steht an dieser Stelle: „ihr laßt euch bestechen"; Martin Buber und Franz Rosenzweig übersetzen hingegen: „die ihr Zudeckungsgeld nehmt". (Die Schrift. Verdeutscht von Martin Buber und Franz Rosenzweig. Gerlingen 1997) Der hebräische Ausdruck ‚kopaer', um den es hier geht, ist ein Rechtsbegriff und „bezeichnet die materielle Gabe, durch die ein gütlicher Ausgleich zwischen einer geschädigten und einer Schaden verursachenden Partei zustande kommt. [...] Im Sakralrecht wird die nachexil., pro Kopf in Höhe von einem Halbschekel erhobene Jerusalemer Kultsteuer als kopaer bezeichnet." (Theol. Wörterbuch zum Alten Testament. Hg. v. G. Johannes Botterweck u.a. Stuttgart usw. Bd.IV. S.316f.)

13 Stephan Grigat: Kritik des Fetischismus. Die Marxsche Werttheorie als Grundlage emanzipativer Gesellschaftskritik. Diplomarbeit Univ. Wien 1997. S.88.

14 Jacques Le Goff: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter. Stuttgart 1988.

15 Jakob von Vitry: ad status 59. Zit. n. Jacques Le Goff: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter. Stuttgart 1988. S.59.

16 Thomas von Chobham: Summa confessorum. 11. Frage, 1. Kapitel. Hg. v. F. Broomfield. Löwen 1968. S.505. Zit. n. Jacques Le Goff: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter. Stuttgart 1988. S.40f.

17 Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1863-1867. Teil 2. Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA) Abt.II. Bd.4. Berlin, Amsterdam 1992. S.650. Vgl. Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 25. Berlin/DDR 1979. S.611. Marx stützte sich hierbei u.a. auf Karl Dietrich Hüllmann: Staedtewesen des Mittelalters. Bd.1-4. Bonn 1826-1827.

18 Marx, Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2, MEGA, Abt.II. Bd.4, S.648; MEW Bd. 25, S.609.

19 Ebd. S.651.

20 Marx, Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2, MEGA, Abt.II, Bd.4, S.663; MEW Bd.25, S.622.

21 Hans Tietze: Die Juden Wiens. Leipzig – Wien 1933. S.39.

22 Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. 9. Aufl. Tübingen 1988. S.190.

23 Ebd.S.192.

24 Benjamin Franklin: Advice to a young tradesman (1748). In: Works. Bd. II. S.87; zit. n. der Übersetzung von Max Weber, Die protestantische Ethik, S.31.

25 Gerhard Scheit: Hanswurst und der Staat. Eine kleine Geschichte der Komik von Mozart bis Thomas Bernhard. Wien 1995. S.130.

26 Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Der Handel. München 1990. S.422.

27 Marx, Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2, MEGA, Abt. II, Bd.4, S.654.

28 Braudel, Sozialgeschichte, Der Handel, S.422.

29 Vgl. hierzu Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1863-1867. Teil 2. /Engels Gesamtausgabe (MEGA) Abt. II. Bd.4.2. Berlin, Amsterdam 1992. S. 648; die vergleichbare Stelle in der Ausgabe von Engels: Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd.3. Hg.v. Friedrich Engels. Marx-Engels-Werke Bd. 25. Berlin/DDR 1979. S.609.

30 Vgl. hierzu Braudel, Sozialgeschichte, Der Handel, S.620.

31 Marx, Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2, MEGA, Abt. II. Bd.4.2, S.654.

32 Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In: »Kritik und Krise«. Nr.4/5 (1991). S.8.

33 Ulrich Enderwitz: Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung. Freiburg 1991. S.105.

34 In Ländern wie England und Nordamerika, in denen die Bürger nicht zuletzt durch eine kontinuierliche, allen gemeinsame Kolonial-Front gegen die „Wildnis" und ihre rassistisch stigmatisierten Einwohner zu Subjekten des Staates geformt wurden, spielte dieser moderne Antisemitismus eine eher untergeordnete Rolle. Man spricht von einem ‚gesunden Nationalbewußtsein' – und besonders, weil revolutionär ausgeprägt, glaubt man es bei den Franzosen zu finden. Doch sollte die Dreyfus-Affäre nicht vergessen werden, um die Latenz des antisemitischen Affekts richtig zu beurteilen. In Rußland, das ein der Habsburgermonarchie vergleichbares ‚nationales' Dilemma besaß, ist zum ersten Mal der moderne Antisemitismus praktisch geworden: der Staat selbst – gefährdet durch Nationalitätenkonflikte und revolutionäre Bewegungen – organisierte die Pogrome, um die Massen zu binden; er scheiterte wenig später auf spektakuläre Weise.

35 Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat. S.104.

36 Ebd. S.112.

37 Zit. n. Adolf Kessler: Die Juden in Österreich unter Kaiser Franz Joseph I. Diss. Wien 1932. S.125.

38 Adolf Hitler: Mein Kampf. 107.-111. Aufl. München 1934. S.15.

39 Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat, S.143.

40 Joachim Bruhn: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg 1994. S.68.

41 Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen. München 1962/63. Bd.2. S.1058.

42 Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. In: »Kritik und Krise«. Nr.4/5 (1991) S.9.

Wolfgang Benz (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6

Frankfurt/M. – New York, Campus, 1997, 366 Seiten, 277 Schilling, 39 DM

Das von Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung" hat sich zu einer der wichtigsten Publikationen im Bereich der wissenschaftlichen Erforschung von Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Nationalsozialismus entwickelt. Auch wenn sich die meisten Beiträge stark an den theoretischen Prämissen der Vorurteilsforschung orientieren und viele der Mitarbeiter des Zentrums für Antisemitismusforschung einem ausgeprägten Staatsfetischismus huldigen, lohnt sich die Lektüre immer wieder.

Anläßlich einer Konferenz des Zentrums für Antisemitismusforschung zum Thema „Juden und Judenfeindschaft in Litauen", die im Dezember 1996 stattfand, widmet der vorliegende sechste Band des „Jahrbuchs" dem Antisemitismus in dem baltischen Kleinstaat einen Schwerpunkt. Antje Kuchenbecker, Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung, gibt einen Überblick über die Beiträge der Konferenz. Der litauische Philosophieprofessor Leonidas Donskis beschreibt den Antisemitismus von der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart in einem Land, in dem in der NS-Zeit 95 Prozent der jüdischen Bevölkerung von den Deutschen unter massiver Mithilfe der litauischen Bevölkerung ermordet wurden. Der Schriftsteller Markas Zingeris stellt in einem stark autobiographisch geprägten Aufsatz Überlegungen zu einer „Jüdischen Identität in einer nichtjüdischen Umwelt nach dem Holocaust" an.

Außerhalb des Schwerpunkts analysiert Michaela Haibl anhand von im 19. Jahrhundert stark verbreiteten Witzblättern die Stereotypen vom „Ostjuden" und vom „jüdischen Bankier". Die von ihr untersuchten Karikaturen sind im Jahrbuch abgebildet. Auf die Untersuchung von Antisemitismus in populären Medien zielt auch ein Ausstellungsprojekt des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, das sich mit der Bilderwelt antisemitischer Postkarten vom Kaiserreich bis in die NS-Zeit beschäftigen wird, und über dessen inhaltliche und organisatorische Vorbereitung Fritz Backhaus berichtet. Er bezeichnet die Postkarten auf Grund ihrer weiten Verbreitung und der mit ihnen transportierten dumpfen Ressentiments als „eine Art reichsweiten ‚Stammtisch'" und weist darauf hin, daß die Beschäftigung mit solchen Erscheinungsformen des Antisemitismus es erlaubt, „zwei Fragen nachzugehen, die für den Erfolg des modernen Antisemitismus zweifellos von großer Bedeutung waren, die aber beide in der Forschung noch nicht ausreichend untersucht wurden: die Durchdringung des Alltags mit antisemitischen Vorstellungen seit der Wilhelminischen Zeit und die Entwicklung und Verbreitung antisemitischer Bildstereotypen in dieser Zeit." (S. 315)

Johannes Heil bietet in seinem Beitrag eine Darstellung der Diskussion um die Begriffe Antijudaismus, Judenfeindschaft, Antisemitismus, Proto-Antisemitismus, Früh-Antisemitismus, gentiler und anthropologischer Rassismus sowie genealogischer Rassismus. Er selbst plädiert dafür, Antijudaismus klar vom Antisemitismus zu trennen, beharrt dabei aber auch auf der Trennung von Antijudaismus, der als theologisches Konzept nicht auf die Vernichtung der Juden zielte, und zeitgleich auftretender tätlicher Judenfeindschaft und verweist weiters auf die Existenz von Übergangsformen zwischen Antijudaismus und Antisemitismus.

Klaus-Peter Friedrich beschäftigt sich mit antisemitischen Gewalttaten im Polen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Es wird geschätzt, daß in der Zeit von 1944 bis 1947 zwischen 1500 und 2000 jüdische Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie in Polen bei Überfällen, Anschlägen und Pogromen ermordet wurden. Friedrich untersucht exemplarisch das Pogrom von Kielce, einer Stadt, in der schon 1918 das erste antisemitische Pogrom im wiedererstandenen Polen stattgefunden hatte, und in der am 4. Juli 1946 42 Juden von einer Volksmenge ermordet wurden. Der Lehrbeauftragte und Lektor in Lublin und Chelm zeichnet detailliert die Geschehnisse jenes Tages nach und beschreibt die verschiedenen Interpretationen des Pogroms in der polnischen Geschichtsschreibung.

Ein besonders interessanter Beitrag stammt von Klaus Holz und Elfriede Müller. Anhand der Kontakte des ehemaligen Chefphilosophen der KPF Roger Garaudy, der sich „im Laufe der Jahre zu einem halben Dutzend Weltanschauungen (bekannte) und am Ende seiner Karriere bei den Geschichtsrevisionisten und Neonazis (landete)" (S. 150) mit dem Armenpriester Abbé Pierre, beliebtester Mann Frankreichs und Verteidiger von Garaudys jüngster antisemitischer Hetzschrift, untersuchen sie die Entwicklung des Revisionismus in Frankreich. Sie verweisen auf den unmittelbaren Zusammenhang von Nationalismus und Antisemitismus und machen einerseits darauf aufmerksam, daß der Revisionismus keineswegs, wie von der bürgerlichen Presse gerne behauptet wird, hauptsächlich eine Angelegenheit von Ex-Linken war und ist. Andererseits konstatieren sie in bezug auf den Antisemitismus durchaus eine Verbindung zwischen einigen Links- und Rechtsradikalen. Bei den Linken verweisen sie „auf die populistische Tradition des 19. Jahrhunderts, die das Kapital mit den Juden identifizierte, wie etwa bei Fourier oder Proudhon" – eine Tradition, die im „20. Jahrhundert von antiimperialistischen und antizionistischen Strömungen abgelöst (wird), die gegenwärtig von Pierre Guillaume, Serge Thion, Karam Khella, Roger Garaudy u. a. repräsentiert werden." (S. 155)

Rainer Erb bietet einen Überblick über antisemitische Straftäter der Jahre 1993 bis 1995. Lothar Mertens analysiert Gutachten und Stellungnahmen über Stipendiumsanwärter der Deutschen Forschungsgemeinschaft aus den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Anneke de Rudder untersucht die Reaktion der Deutschen auf den Nürnberger Prozeß. Robert Stockhammer schreibt über das Verhältnis von Okkultismus und Antisemitismus. Peter Widmann hat einen – ziemlich miesen – Beitrag über die unterschiedlichen Reaktionen auf den Brand in einem Ausländerheim in Lübeck verfaßt.

Martin W. Kloke, bekannt durch seine Studie über das Verhältnis der deutschen Linken zu Israel, hat sich mit der Wahrnehmung Israels durch christliche Fundamentalisten in der BRD beschäftigt. Anders als man es aus Österreich von katholischen Hardlinern gewohnt ist, findet sich bei den von ihm untersuchten protestantischen Fundamentalisten kaum ein religiös geprägter Antijudaismus. Kloke, dem man das Theologie-

studium spätestens dann anmerkt, wenn er im religiösen Fundamentalismus auch „positive Signale“ (S. 267) erblickt, konstatiert vielmehr die Existenz einer „Mischung aus christlichem Philosemitismus und rechtszionistischem Antiarabismus“ (S. 272), verliert dabei aber keineswegs aus den Augen, wie schnell solch eine Form von Philosemitismus in offenen Antisemitismus umschlagen kann und seit den 90er Jahren in der BRD bei vielen Gruppen auch bereits umgeschlagen ist.

Schon bisher war das „Jahrbuch“ eine der wenigen Publikationen, in dem man sich neben der Erforschung der Shoa auch intensiv der Untersuchung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma widmete. Im vorliegenden sechsten Band schreibt der Historiker Gilad Margalit über die Haltung der deutschen Gesellschaft gegenüber Sinti und Roma nach dem Zweiten Weltkrieg. Joachim S. Hohmann rezensiert zwei Werke zum nationalsozialistischen Völkermord an ihnen. Peter Widmann gibt einen Bericht von einer Konferenz über „Romani Studies and Work with Travellers.“

Die bereits in den vorangegangenen „Jahrbüchern“ begonnene Reihe mit Länderberichten zum Antisemitismus wird mit Laslo Sekeljs Aufsatz zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Jugoslawien fortgesetzt. Sekelj beschreibt die Entwicklung des Antisemitismus vom 1918 entstandenen jugoslawischen Königreich über die Zeit des Zweiten Weltkriegs und dem danach entstandenen sozialistischen Jugoslawien bis zur Gegenwart. Obwohl der Antisemitismus in jenen Teilen Ex-Jugoslawiens, die früher zur k. und k. Monarchie gehört hatten, traditionell stärker ausgeprägt war und ist als in anderen Gegenden Jugoslawiens, sieht Sekelj heute auch in Serbien und Montenegro ein antisemitisches Potential, das aber „noch immer politisch und sozial marginalisiert“ (S. 342) sei.

Den Abschluß des Bandes bildet ein von Wolfgang Benz kommentiertes Dokument der amerikanischen Militärregierung aus dem Jahr 1947 über den Antisemitismus im postfaschistischen Deutschland und über die Möglichkeiten seiner Bekämpfung, das mit seinem Abdruck im „Jahrbuch“ erstmals zur Veröffentlichung gelangt und die berechtigte Skepsis der Alliierten gegenüber der schnellen Mutation der Deutschen von fanatischen Nazis zu überzeugten Antifaschisten dokumentiert. ■

Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989

Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, Bd. 4, Frankfurt/M. – New York, Campus, 1997, 535 Seiten, 664 Schilling, 92 DM

Werner Bergmann, wissenschaftlicher Oberassistent am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, hat eine umfangreiche Studie über antisemitische Konflikte in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft vorgelegt. Ausgehend von einem theoretischen Einleitungskapitel über öffentliche Konflikte und politische Kultur, öffentliche Meinung und Massenmedien sowie Medienwirkungen in bezug auf Antisemitismus und Lernprozesse, bei dem er sich stark an dem Systemtheoretiker Luhmann orientiert, zeichnet Bergmann die Geschichte zentraler antisemitischer Vorfälle, die sich in der BRD und zum Teil auch auf internationaler Ebene zu Skandalen und Konflikten entwickelt haben, nach. Im Zentrum seines Interesses steht dabei eher die Rezeption der antisemitischen Vorfälle und die sich an sie anschließenden Konflikte in den deutschen Printmedien als diese Vorfälle und Konflikte selbst – auch wenn es dabei zu Überschneidungen kommt, sobald eine Zeitung als eigenständige Konfliktpartei auftritt.

Während einem die von Bergmann untersuchten Affären aus der Regierungszeit Helmut Kohls noch recht gut in Erinnerung sind, wie beispielsweise die Israel-Reise des deutschen Bundeskanzlers 1984 oder der Skandal um Kohls und Ronald Reagans Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS begraben sind, wird mit der Analyse von Ereignissen aus den 40er und 50er Jahren Material zu Geschehnissen vorgelegt, die heute im öffentlichen Bewußtsein kaum mehr präsent sind. Zu nennen wäre hier beispielsweise der Fall Harlan. Veit Harlan war der Regisseur des antisemitischen Propagandafilms „Jud Süß“ aus der NS-Zeit und bemühte sich nach 1945 um die Fortsetzung seiner Tätigkeit in der Filmbranche, was zu teils massiven Protesten, Gerichtsverfahren und – als diese nicht viel brachten – zu Boykottaufrufen gegen die neuen Harlan-Filme führte. Zu ergänzen wäre dabei, daß es Anfang der 90er Jahre erneut zu einer Diskussion über die Sinnhaftigkeit von öffentlichen Aufführungen des Films „Jud Süß“ kam, die hauptsächlich in der Linken geführt wurde, und die von Bergmann nicht erwähnt wird.

Von den bereits länger zurückliegenden und heute nur mehr wenig bekannten Affären und Skandalen sind auch – um nur einige zu nennen – die Fälle des Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei Wolfgang Hedler, des Friedrich Nieland oder des Studienrats Ludwig Zind erwähnenswert. Hedler machte sich Ende der 40er Jahre öffentlich darüber Gedanken, ob der Massenmord in den Gaskammern im Nationalsozialismus das richtige Mittel gewesen sei oder ob es nicht auch andere Wege gegeben hätte, sich der Juden „zu entledigen.“ Nieland verbreitete Ende der 50er Jahre eine antisemitische Broschüre. Zind drohte einem KZ-Überlebenden in einem Wirtshaus mit dem Tod und brüstete sich mit der Ermordung von Juden in der NS-Zeit. Diese Fälle geben zum einen einen Hinweis darauf, wie weit verbreitet ein eliminatorischer Antisemitismus auch noch in der deutschen Nachkriegsgesellschaft war. Zum anderen kann Bergmann zeigen, wie sehr die Wahrnehmung solcher Vorfälle von der öffentlichen Skandalisierung abhängt. Vermutlich war Nielands Broschüre nicht das einzige antisemitische Machwerk jener Zeit und ganz sicher waren die antisemitischen Äußerungen Zinds in einem Gasthaus kein Einzelfall. Daß aus diesen Vorfällen öffentliche Konflikte wurden, lag häufig an der laschen Reaktion der von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern geprägten bundesdeutschen Justiz, die für viele Zeitungen der Anlaß zu intensiver Berichterstattung über derartige Vorfälle war.

Bergmann setzt seine Darstellung von der antisemitischen Schmierwelle 1959/60 über die Auseinandersetzungen anläßlich von Störaktionen von linken Studenten und Studentinnen gegen den israelischen Botschafter Ende der 60er Jahre, die Kontroversen um die Aufführung des Fassbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ in den 70er und 80er Jahren, Skandale um antisemitische Aktivitäten von Bundeswehrangehörigen, die Debatten vor

und nach der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust", den Streit nach der Rede des deutschen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger zum 50. Jahrestag des Pogroms vom 9. November 1938, bis zu den Diskussionen über die richtige Einschätzung und den richtigen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Ende der 80er Jahre fort. Immer wieder greift er dabei – soweit vorhanden – auch auf empirische Daten zur Einstellung der bundesdeutschen Bevölkerung zum Nationalsozialismus, zu Juden, zu Israel und zum Antisemitismus zurück. Davon ausgehend konstatiert er einen „kollektiven Lernprozeß" in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, dessen Existenz er durch drei Sachverhalte als bewiesen ansieht: „1) einen quantitativ über Umfragedaten nachweisbaren Rückgang antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung; 2) qualitative Veränderungen der ‚Frames' hin zu einer Dominanz der Thematisierung und Anerkennung des Antisemitismus und seiner Folgen im Nationalsozialismus; und 3) programmatische Änderungen in zentralen gesellschaftlichen Institutionen." (S. 57)

Der These, daß es von 1945 bis 1989 einen Wandel im Bewußtsein der Mehrheit der BRD-Bürger und -bürgerinnen und damit auch im Verhalten von Institutionen gegeben hat, kann man kaum widersprechen. Die Frage ist nur, wie dieser Wandel bewertet wird und ob er nicht durch die Entwicklungen nach 1989 relativiert wird. Für Bergmann hat solch eine Relativierung nicht stattgefunden. Er beendet seine Studie bewußt mit dem Jahr 1989, um die „Geschlossenheit zu wahren". Auch wenn er in seiner Vorbemerkung schreibt, daß es „in der ersten Hälfte der 90er Jahre wahrlich nicht an öffentlichen Konflikten über Antisemitismus gefehlt hat", hält er explizit daran fest, „daß die Grundthese eines kollektiven Lernprozesses nicht durch neuere Entwicklungen widerlegt worden ist." (S. 9) Diesen kollektiven Lernprozeß sieht Bergmann ausschließlich positiv. Er verliert keine einzige kritische Bemerkung dazu, daß Lernen in bezug auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland vor allem darin besteht, daß heute sowohl Staatsführung als auch Staatsbürger und -bürgerinnen der BRD sich mehrheitlich klar zur Verantwortung bekennen, die ihnen aus dem Nationalsozialismus erwächst, um so endgültig aus seinem Schatten zu treten und neue Verantwortung, die sich in zunehmender imperialistischer Weltpolitik der BRD äußert, für sich einzuklagen und zu übernehmen. Der Autor liefert keinerlei Kritik an den staatspolitischen Berechnungen, die der neuen, scheinbar konsequent antifaschistischen Staatsmoral des wiedervereinigten Deutschland zugrunde liegen.

Die Zeitungen und Zeitschriften, die Bergmann für seine Studie, die als Habilitationsschrift angenommen wurde, durchgesehen hat, kommen bei ihm recht gut weg. Er behauptet einen allgemeinen „herrschaftskritischen Charakter der Öffentlichkeit" (S. 23), der in der BRD gerade bei den von ihm untersuchten „Prestigemedien" kaum vorhanden ist, da diese prinzipiell nur bestimmte Fraktionen des Staatspersonals und einzelne Entscheidungen von Politikern kritisieren, aber niemals Herrschaft als solche. Bergmann spricht von einer eindeutigen Ablehnung des Antisemitismus in den sogenannten „Prestigemedien", weist aber selber – zumindest bei konservativen Zeitungen wie der «Welt« oder der «FAZ« – wiederholt Rückgriffe auf antisemitische Stereotypen nach.

Seine Darstellungen sind mitunter ausgesprochen verharmlosend. Über die polizeiliche Vertreibung der Menschen, die im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen gegen die Bitburg-Visite von Reagan und Kohl im Jahre 1985 und den anschließenden Besuch der Gedenkstätte in Bergen-Belsen, die eine Gleichstellung von den Opfern des Nationalsozialismus mit den Tätern in Wehrmacht und Waffen-SS bedeutete, protestierten, schreibt er: „Die Besuche in Bitburg und Bergen-Belsen verliefen ohne Zwischenfälle, die jüdischen Protestierer waren ohne Gewaltanwendung weggeführt worden." (S. 415) Wo angesichts einer Polizeiaktion gegen jüdische Überlebende des Nationalsozialismus, deren Nachkommen und deren Unterstützer und Unterstützerinnen eine geharnischte Kritik der postfaschistischen Staatsgewalt der BRD hingehören würde, freut sich Bergmann darüber, daß die deutsche Polizei in ihrem Lernprozeß immerhin soweit fortgeschritten ist, daß sie Juden nicht mehr gleich den Kopf einschlägt.

Zu soviel Staats- und Demokratietreue passen dann auch die totalitarismustheoretischen Untertöne in seinen Ausführungen, wenn er die NS-Nachfolgeorganisationen Sozialistische Reichspartei und Deutsche Reichspartei mit der KPD in einem Atemzug erwähnt und gemeinsam unter das „antidemokratische Potential" (S. 138) der jungen BRD subsumiert, oder wenn er die Verfassungsschutzdiktion von der „extremen Linken" (502) übernimmt. Den Staatsschutzorganisationen scheint Bergmann ohnehin recht viel Glauben zu schenken, so daß er etwa ganz selbstverständlich vom „Selbstmord der RAF-Spitze" (S. 340) schreibt. Die Beschäftigung mit Antisemitismus droht bei ihm zur Demokratieverherrlichung und zur Verharmlosung der Zustände im wiedervereinigten Deutschland zu verkommen. ■

Borschtschagowski, Alexander: Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin

Aus dem Russ. von Alfred Frank. Berlin, Propyläen, 1997, 472 Seiten, 496 Schilling, 69 DM

Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel

Bonn: Bouvier Verlag 1997, 614 Seiten, 496 Schilling, 69 DM

Borschtschagowski, unter Stalin selbst als „Kosmopolit" verfolgt, stellt den Prozeß gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAFK) in das Zentrum seiner Arbeit. Für sein Buch hat er zahlreiche bis in die 90er Jahre unter Verschluß gehaltene Akten durchgesehen. Dabei hätte eine interessante Studie zur sowjetischen Judenverfolgung Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre herauskommen können. Was Borschtschagowski vorlegt ist aber keineswegs eine systematische Analyse, sondern eher eine halbliterarische Nacherzählung jener Ereignisse, die mit der Ermordung von Solomon Michoels, dem Leiter des JAFK, ihren Anfang nahmen. Den zentralen Fragen in bezug auf den stalinistischen Antisemitismus wird in dem Buch nicht ernsthaft nachgegangen. Anstatt substantieller Analyse liefert Borschtschagowski Plaudereien und Nebensächlichkeiten. Das liest sich dann beispielsweise so: „Schwergewichtig, in die Jahre gekommen, machte David Hofstein in den Vora-

bendstunden gern seine Spaziergänge auf der Leninstraße." (S. 70)

Daß Stalin und seine Geheimpolizisten hinterhältig, feige und grausam waren, sich unter den Opfern der staatlichen Verfolgung hingegen großartige Charaktere befanden, wußte man zwar schon vorher, nach der Lektüre des Buches weiß man es aber ganz sicher – es wird auf fast jeder der 470 Seiten wiederholt. Welche Konsequenzen aus dem Antisemitismus unter Stalin für die sowjetischen Juden noch hätten erwachsen können, bleibt jedoch auch nach diesem Buch unklar. Borschtschagowski selbst ist sich zwar sicher, daß „Stalin fest entschlossen zum Genozid" (S. 414) war, daß die Aktionen gegen das JAFK und die jüdischen Ärzte nur ein „Kettenglied in einer staatlich sanktionierten Vernichtungsaktion waren"(S. 423) und es einen großangelegten „Plan zur Vernichtung sämtlicher jüdischer Schriftsteller" (S. 420) gab; Beweise dafür kann er allerdings nicht liefern.

Auch seine Ausführungen zur Qualität des Antisemitismus in der Sowjetunion leiden an mangelnden Belegen. Seine Behauptung, die sowjetischen Staatssicherheitsorgane seien „von den gleichen ideologischen Prämissen" (S. 121) wie die nationalsozialistischen Rassentheoretiker ausgegangen, wie auch seine Meinung, Stalin sei „gewillt gewesen, den Scheitelpunkt seines Lebenswegs gemeinsam mit Hitler gegen das ‚verfaulte' Europa kämpfend zu erreichen" (S. 408), müssen nicht völlig falsch sein. So wie sie von Borschtschagowski in den Raum gestellt werden, fördern sie jedoch eher die bürgerlichen Totalitarismustheorien, anstatt etwas zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Antisemitismus beizutragen. Von einem Buch, das in einem Verlag erscheint, in dem ansonsten Auschwitz-Relativierer und Historiker mit kaum verhehlten Sympathien für die NS-Zeit wie Ernst Nolte und Rainer Zitelmann publizieren, sollte man sich allerdings nichts anderes erwarten.

Angelika Timm hingegen verwahrt sich vor jeder totalitarismustheoretischen Vereinnahmung, indem sie mehrfach in aller Deutlichkeit darauf hinweist, daß trotz aller Kritik an der DDR, ihrer Art des Umgangs mit dem Nationalsozialismus, ihrer zeitweiligen Instrumentalisierung des Antisemitismus und ihrem Verhältnis zum Zionismus und zu Israel zwischen dem ostdeutschen Staat und der NS-Diktatur kein „wie auch immer geartetes Gleichheitszeichen" (S. 12) gesetzt werden kann.

Die Dozentin am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität analysiert die SED-Politik von den Diskussionen in der unmittelbaren Nachkriegszeit über die makabere, letztlich aber durchgesetzte Unterscheidung in „Opfer des Faschismus" und „Kämpfer gegen den Faschismus", und über die in den einzelnen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone zunächst durchaus unterschiedlich beantwortete Frage, wie mit dem von den Nazis geraubtem ehemals jüdischem Eigentum verfahren werden soll, bis zu den vorsichtigen Annäherungsversuchen der ostdeutschen Staatsführung an internationale jüdische Organisationen und den Staat Israel kurz vor der Auflösung der DDR Ende der achtziger Jahre. Timm untersucht unter anderem die anfänglichen ostdeutschen Sympathien für Israel, die mit der kurzzeitigen Unterstützung der israelischen Staatsgründung durch die SU korrespondierten. Sie beschreibt das Verhalten der DDR während des Suezkrieges, im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß und während des Sechstage- und des Libanonkrieges. Dabei konstatiert sie einerseits Nuancen in der Nahostpolitik der DDR im Vergleich zur SU – etwa eine genauere Unterscheidung zwischen israelischer Bevölkerung und israelischem Staat und zwischen dem Staat Israel und den Juden – weist andererseits aber darauf hin, daß „Politik und Presse der DDR in ihrer antiisraelischen Diktion nicht selten auch sowjetische Veröffentlichungen (übertrafen)." (S. 220)

Von besonderem Interesse sind die Beschreibungen der Differenzen zwischen der SED und israelischen Kommunisten. Auch heute noch gehört es zum Standardrepertoire linker deutscher und österreichischer Antizionisten, darauf hinzuweisen, daß man schließlich nichts anderes sage als die jüdischen Genossen in Israel. Timm dokumentiert dagegen die eindeutige Zurückweisung der ostdeutschen Israel-Kritik durch die KP-Israels und deren Jugend- und Studentenorganisation in den 60er Jahren sowie auch in späterer Zeit.

Völlig zu recht beurteilt Timm die Politik der DDR insgesamt nicht als „antisemitisch im engeren Sinne" (S. 397). Der Umgang der DDR mit der Shoa, das Verhältnis des Staates zu den jüdischen Gemeinden im Land wie auch die proarabische und antiisraelische Politik verdiene zwar „harsche Kritik, jedoch nicht das Attribut ‚antisemitisch'" (S. 398). Eine Ausnahme diesbezüglich stellen jedoch die eindeutig gegen Juden gerichteten Repressionsmaßnahmen im Gefolge des Slansky-Prozesses in den fünfziger Jahren dar. Schon früher scheute sich die Gruppe um Ulbricht nicht, bei innerparteilichen Auseinandersetzungen auf antisemitische Argumentationen zurückzugreifen. Bereits 1950 kam es zu einer ersten Überprüfung von Parteimitgliedern, die sich während der NS-Zeit im westlichen Exil aufgehalten hatten. Sehr schnell richtete sich diese Untersuchung hauptsächlich gegen Juden. Die folgende Kampagne führte zu mehreren Verhaftungen, Prozessen und Verurteilungen, deren prominentestes Opfer Paul Merker war. Zahlreiche Juden verließen in dieser Zeit aus Angst vor Repressalien die DDR. Großangelegte antisemitische Schauprozesse, wie sie in vielen anderen realsozialistischen Staaten durchgeführt wurden, haben in der DDR zwar nicht stattgefunden, aber Angelika Timm kann Belege dafür anführen, daß solche Schauprozesse auch in der DDR vorgesehen waren. Dennoch hält Timm fest, daß es sich auch bei der antisemitischen Kampagne zu Beginn der fünfziger Jahre nicht wie in der NS-Zeit „um einen rassisch begründeten, sondern eher um einen taktisch-politischen Antisemitismus" (S. 125) gehandelt habe.

Man muß nicht alle Einschätzungen der Autorin teilen. Beispielsweise gewinnt man – auch wenn es nicht explizit ausgesprochen wird – den Eindruck, Timm führe die von ihr konstatierten antisemitischen Tendenzen nicht auf die fehlende Radikalität der DDR-Staatsführung, also nicht auf einen Mangel an Kommunismus, sondern auf einen Mangel an bürgerlicher Demokratie zurück. Dennoch gehört ihr Buch mit zum Besten, was in letzter Zeit zu dieser Thematik erschienen ist. Ihre Arbeit ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie eine kritische Auseinandersetzung mit den dunklen und problematischen Kapiteln linker Geschichte aussehen kann. An keiner Stelle verkommt ihre Analyse zur simplen Abrechnung oder prinzipiellen Diffamierung der Linken, wie man sie kennt,

wenn bürgerliche Wissenschaftler sich mit dem Verhältnis von Sozialismus und Antisemitismus auseinandersetzen. ■

Stephan Grigat

Lawrence Sutin: Eine Liebe im Schatten des Krieges

Piper, München-Zürich, 1996, 302 Seiten, gebunden, 295 Schilling, 39,80 DM

Ende der 20er Jahre besucht die aus wohlhabendem Haus stammende Rochelle die Grundschule im ostpolnischen Stolpce. Rochelle ist Jüdin. Vom ersten Schultag an wird sie beschimpft, Mitschüler werfen Steine nach ihr, manchmal wird sie verprügelt. An christlichen Feiertagen ziehen Prozessionen durch die Stadt und die Juden von Stolpce verstecken sich in ihren Häusern. Wenn sie sich am Fenster zeigen, fliegen Steine. Gerüchte über bevorstehende Pogrome machen die Runde. Rochelle wechselt an das Gymnasium. Warte nur, bis Hitler kommt, sagen die polnischen Mitschüler, dann wird er euch Juden einen Kopf kürzer machen. Kann sein, daß er uns umbringt, sagt Rochelle, aber dann wird es auch kein selbständiges Polen mehr geben. Das ist egal, höhnen die Mitschüler, wichtig ist nur, daß wir die Juden loswerden. Am 1. September 1939 beginnt die Invasion Polens, die Deutschen marschieren im Westen vor, die Sowjetarmee im Osten.

Zur selben Zeit macht Jack, Sohn einer jüdischen Zahnärztin dieselben Erfahrungen mit dem polnischen Antisemitismus. Er schließt sich der linkszionistischen Jugendbewegung Haschomer Hazair an und träumt von der Ausreise nach Palästina. Zwar flackert der Antisemitismus auch unter der Sowjetherrschaft immer wieder auf, die kommunistische Ideologie, die – zumindest dem Anspruch nach – nur Staatsbürger und keine Angehörigen von Ethnien oder Religionen kannte, wirkt jedoch als Schutzschild gegen offene Feindseligkeiten. Insofern ergeht es den Juden in Ostpolen besser als im germanisierten Westpolen. Dafür tut sich unter den Kommunisten eine andere Bedrohung auf: Wer als Bourgeois gilt, wird nach Sibirien verbannt. Auf diese Weise rettet die Sowjetunion tatsächliche oder vermeintliche Angehörige der Bourgeoisie vor dem Holocaust.

Jack besucht das Gymnasium in Stolpce. Auf einem Jugendball steigt er Rochelle auf die Zehen. Rochelle geniert sich für den tolpatschigen Galan, er verliebt sich in das unnahbare Mädchen.

Im Juni 1941 sind plötzlich die Deutschen da, die Sowjetsoldaten werden überrannt, tausende von ihnen finden sich hinter der Front zu Überlebensgruppen zusammen, sie bilden den Kern künftiger Partisaneneinheiten, die wenigsten allerdings stehen unter militärischer Führung, ähneln mehr marodierenden Haufen als einer entschlossenen Guerilla. Zwei Wochen nach der Wehrmacht erscheint die SS, unter freudiger Mithilfe der polnischen Polizei treibt sie die Juden in Ghettos und holt sie von dort zu Massentötungen. Anfangs werden die Juden, unter ihnen Rochelles Vater, zu Tode gesteinigt, bald aber geht die SS zu Erschießungen über. Dorf um Dorf, Stadt um Stadt, Landstrich um Landstrich werden „judenrein". Rochelle haust mit ihrer Mutter und zwei Schwestern im Ghetto, tagsüber verrichtet sie in einem Sägewerk Zwangsarbeit. Das Morden ist auch dort allgegenwärtig. Für die wenigen noch Lebenden gibt es keinen Ort, der Sicherheit verheißt. Die Alternativen erschöpfen sich in verschiedenen Arten zu sterben: Von einem Aufseher erschlagen, ins Massengrab gestoßen oder auf der Flucht erschossen zu werden. Rochelle wählt die letzte Möglichkeit; mit einer Freundin flüchtet sie halbnackt und barfuß in die Wälder. Wochenlang schlafen sie – es ist Spätsommer – unter freiem Himmel, ernähren sich von Beeren und von Pilzen, die sie mangels Kenntnis ausnahmlos alle verzehren. Sie sind auf der Suche nach russischen Partisanen, wissend, daß auch die Russen jüdische Flüchtlinge töten. Bestenfalls erwartet die Mädchen sexuelle Ausbeutung. Von einer Gruppe flüchten die Mädchen zur anderen, schließlich landen sie bei ehemaligen Fallschirmspringern, denen der Ruf fanatischer Judenhasser voran eilt. Die Russen zwingen die Mädchen, Wodka zu trinken, sie würden dann vergewaltigt und nachher erschossen, im Suff sterbe es sich leichter. Wieder gelingt den beiden die Flucht, in ihrer Verzweiflung wollen sie nach einem Jahr in den Wäldern ins Ghetto, zu den Massenerschießungen, zurück. Sie marschieren auf offener Straße, eine Einladung an den Tod. Ein Bauer gewährt ihnen für eine Nacht Quartier und erzählt von einer Gruppe jüdischer Partisanen in einem Waldstück hinter seinem Hof.

Die Gruppe haust in einem Bunker, ihr Anführer ist Jack, sein Vater betreut den Ofen. Jack war auf ebenso abenteuerliche Weise geflüchtet wie Rochelle. Der Kommandeur seines Ghettos, Oswald Rufeisen, war Jude! In Westpolen an der deutschen Grenze aufgewachsen, floh er nach dem Einmarsch der Deutschen ins sowjetisch besetzte Ostpolen. Dank seiner perfekten Deutschkennnisse gelang es Rufeisen durch eine Reihe von Zufällen und glücklichen Umständen, in die deutsche Militärpolizei aufgenommen zu werden. Sein Plan war, den Ausbruch eines kleineren Ghettos zu veranlassen, die unter seiner Führung stehenden deutschen Suchtruppen durch die Geflüchteten, denen er vorher Waffen zukommen ließ, zu erschießen und sich nachher mit den Geflüchteten den Partisanen anzuschließen. Rufeisen hält Wort, wird aber von einem Ghettoinsassen verraten und enttarnt. Jack und eine kleinere Gruppe fliehen sofort in die Wälder, wo sie sich in Bunkern unter schwierigsten Bedingungen, inmitten feindlich gesinnter polnischer Bauern, durch den Winter bringen. Doch auch Rufeisen gelingt die Flucht, er kämpft bis zum Kriegsende mit den Partisanen und schlägt sich danach bis Palästina durch, wo er zum Priester und Karmelitermönch konvertiert und sich als Pater Daniel für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Christen und Juden in Israel einsetzt.

Jack erweist sich als umsichtiges Oberhaupt der Gruppe, nächtliche Überfälle auf die umliegenden Bauernhöfe zur Proviantbeschaffung betreibt er mit sportlichem Ehrgeiz. In den Nächten stiehlt er sich zu einem der wenigen befreundeten Bauern. In der Stube schläft er im Beisein der Eltern, die Jack gern als Schwiegersohn sähen, mit den drei Töchtern. Dennoch träumt er weiter von Rochelle, die ganze Zeit über hält er einen Platz für sie im Bunker frei. Seine Genossen wundern sich über Jacks Marotte, bis Rochelle eines Tages verdreckt und verlaust vor ihnen steht. Die Gruppe nimmt die beiden auf, Jack ist im siebenten Himmel und bestürmt Rochelle mit seiner Liebe. Rochelle aber will nur überleben, sie ist abgestumpft, für Liebe ist in ihrem Herz kein Platz. Verbittert kämpft

Jack um ihre Zuneigung, doch Rochelle entzieht sich, flüchtet sogar aus dem Bunker und schließt sich einer Gruppe von Frauen und Halbwüchsigen an, die in einem benachbarten Erdloch hausen. Für Jack bricht eine Welt zusammen, bei Überfällen setzt er leichtfertig sein Leben aufs Spiel. Rochelles Platz im Bunker bleibt aber frei. Nach Wochen stattet Jack dem Nachbarbunker einen Besuch ab und verwickelt Rochelle in einen abendlichen Schwatz. Die *Kamingespräche* werden Rochelle zur willkommenen Abwechslung. Mitten im Krieg flirten zwei junge Menschen, beäugt von den übrigen Bunkerbewohnern, in einem feuchten Erdloch. Rochelle findet Jack sympathisch, bald gesellt sich zur Sympathie Zuneigung, und als zu Silvester 1943 ein Halbwüchsiger Ansprüche auf Rochelle anmeldet, entführt Jack Rochelle mit Waffengewalt. Seither betrachten sich die beiden als verheiratet.

Kurz darauf wird die schwangere Fluchtgefährtin Rochelles bei einem Angriff russischer Marodeure getötet. Schwanger zu werden, war für die Partisanenfrauen ein Verhängnis. Neugeborene hatten in den feuchtkalten, ungezieferverseuchten Erdbunkern keine Überlebenschance, die Mütter legten die Kinder in den Schnee. Wenn bei der Geburt Komplikationen auftraten, war auch die Mutter totgeweiht. Im März 1943 wird der Bunker von den Deutschen entdeckt, Jacks Gruppe flüchtet mitten im polnischen Winter in die Wälder, wochenlang leben sie wie die Tiere, immer auf der Suche nach etwas Eßbarem und den sowjetischen Partisanen, die sich mittlerweile einer straffen Militärstruktur unterwarfen und in einem unzugänglichen Sumpfgelände ein großes Lager mit Holzhütten bewohnen. In den großen Partisaneneinheiten versuchen die führenden Offiziere, die offizielle sowjetische Diskriminierungspolitik gegenüber den Juden aufrechtzuerhalten, doch gibt es immer einzelne Russen, die die überlebenden Juden am liebsten hinschlachten würden. Im Nalibocka-Wald leben mehrere jüdische und ein Dutzend russischer Partisanengruppen, sogenannte *atrads*, insgesamt um die zwanzigtausend Menschen. Die jüdischen *atrads* unterscheiden sich von den russischen dadurch, daß sie auch Frauen, Kinder und alte Menschen aufnehmen. Außerdem wahren die Leiter der jüdischen Einheiten den sowjetischen Militärbehörden gegenüber eine gewisse Selbständigkeit. Jack, Rochelle und Julius, Jacks Vater, schließen sich der jüdischen *Zorin-Gruppe* an. Die Einheit umfaßt dreihundert Personen, die Hälfte davon Frauen und Kinder. Zorin, ein überzeugter Kommunist, beteiligt sich regelmäßig mit russischen Einheiten an gemeinsamen Aktionen – Überfälle auf deutsche Nachschubkolonnen, Gleissprengungen und Hinterhalte, achtet aber darauf, daß seine Kämpfer nicht in Himmelfahrtskommandos verheizt werden. Jack kämpft bei vielen Angriffen mit, dann aber entwickelt sich bei ihm eine den ganzen Körper überziehende Furunkulose, die ihn nach Monaten der Schmerzen und des ewig fließenden Eiters trotz der aufopferungsvollen Pflege von Rochelle an Selbstmord denken läßt. Endlich findet sich ein Heilmittel – Teer, das aus verschwelter Birkenrinde gewonnen wird. Im August 1943 stürmen zwei deutsche Divisionen den Nalibocka-Wald. Der Angriff scheitert, dennoch verlieren die Partisanen ihre Infrastruktur. Die Verluste der Deutschen sind zwanzigmal so hoch wie die der Partisanen.

Erst mit der Befreiung Ostpolens durch die Sowjetarmee ein Jahr später ist das Schlimmste überstanden. Jack dilettiert als Zahnarzt und trägt so einen kleinen Teil der Racheschuld an polnischen Kollaborateuren ab. Noch Jahre nach dem Kriegsende kommt es in vielen polnischen Städten zu Pogromen gegen überlebende Juden. Es hat den Anschein, als wollten die Polen nachholen, was die Deutschen versäumten. Rochelle ist hochschwanger. Als das Kind am Vorabend eines angekündigten Pogroms zur Welt kommt, läßt Rochelle es ans offene Fenster legen. Wenige Stunden später ist es tot. Jack und Rochelles einziger Gedanke: Nach Palästina! Auf abenteuerlichen Wegen schlagen sie sich in die amerikanische Zone durch und finden Aufnahme in einem Münchner Flüchtlingsheim, einer ehemaligen SS-Kaserne. Von KZ-Überlebenden, unter ihnen Opfer von Mengeles Medizinfolter, erfahren sie das ganze Ausmaß des Holocausts. Palästina zu erreichen, erweist sich als unmöglich. Im August 1949 bürgt ein in St. Paul/Minnesota lebender entfernter Verwandter für sie, die Tür zu den USA steht offen. Zuvor werden sie aber einem peinlichen Verhör unterzogen; Kommunisten dürfen nicht in die USA einreisen und beide kämpften ja in einer kommunistischen Partisaneneinheit. Erst ein verständnisvoller Geheimdienstoffizier rettet die Situation. Am 12. September 1949 endet die acht Jahre währende Flucht von Jack und Rochelle im New Yorker Hafen.

Lawrence Sutin, der Sohn von Jack und Rochelle, ein Schriftsteller, verfaßte das Buch nach ausführlichen Gesprächen mit seinen Eltern. Es ist in einer knappen, dem Erzählgegenstand dienlichen dokumentarischen Prosa aus der Sicht Jacks und Rochelles geschrieben. Der schwülstige deutsche Titel (das amerikanische Original lautet: Jack and Rochelle. A Holocaust Story of Love and Resistance) soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei dem Buch um einen präzise gearbeiteten, großartigen Text handelt, der Primo Levis autobiographischem Roman „Wann, wenn nicht jetzt?“ – auch er handelt vom Überlebenskampf jüdischer Partisanen in Ostpolen, an die Seite gestellt werden kann.

Im Nachwort geht Lawrence Sutin auf die immer wieder gestellte Frage ein, unter welchen Umständen Überleben im Holocaust möglich war. Es sei eine *besonders widerwärtige Form des Forschens,* schreibt Sutin, *wenn man die vermeintlich tieferen Gründe dafür herauszufinden sucht, weshalb einige wenige überlebten, während so viele andere ermordet wurden.* Widerwärtig deshalb, weil solches Forschen unterstellt, es sei im Schicksal jener, die überlebten, und jener, die starben, *eine „Nazi-Gerechtigkeit“ des „Survival of the Fittest“, des Überlebens des Bestangepaßten* am Werk gewesen. Die Realität aber war systematisch geplanter Massenmord, der *alle* Juden in Europa – einschließlich der Überlebenden – zu seinen Opfern machte. ■

George Arthur Goldschmidt: Die Aussetzung

Ammann Verlag, 1996, 250 Seiten, gebunden, 266 Schilling, 36 DM

Der Ich-Erzähler, ein fünfzehnjähriger jüdischer Knabe, wird von seinen Eltern in einem savoyischen Internat vor den Deutschen in Sicherheit gebracht. Als die Wehrmacht in die Berge vorstößt und SS-Einheiten Studentenheime und Internate nach versteckten jüdischen Kindern durchkämmen, schickt die Anstaltslei-

terin den Knaben zu einem Bergbauern, der mit dem Maquis sympathisiert. So hört der Knabe die verschlüsselten Botschaften Radio Londons an die Résistance. Lautet der Code „Emile fährt Rad“ oder „Morgen wird Milch verschüttet“, so malt er sich dazu Geschichten aus, sie handeln alle von der Angst, entdeckt zu werden, wobei die Psyche des Knaben die objektive Bedrohung in eine subjektive Schuld verwandelt – der Knabe ist Bettnässer und lebt in der ständigen Furcht, deshalb und wegen seiner erwachenden Sexualität gemaßregelt zu werden. Weil die Menschen seiner Umgebung hilfsbereit aber lieblos sind, gewinnen einzelne Gesten und seltene Berührungen ungeheures Gewicht, sie sind gleichzeitig Ahnung einer Welt jenseits von Schuld, Angst und Bedrohung, aber auch erdrückende Last, weil sie auf die Unerträglichkeit der Gegenwart verweisen. Die fein gearbeitete psychologische Studie eines Jugendlichen auf der Flucht in die Innenwelt geriet sprachlich allerdings salopp: Da wird *zuzementiert* und *eingehandschuht*, Motoren *wummern*, Bauern *zweiteilen* Holz und Menschen *schniefen* vor sich hin. Und über allem wacht die penibel geschilderte savoyische Bergwelt. ■

Helma Cardauns:
Espenlaub und Lorbeerblatt. Ein Leben in Frieden und Krieg. 1937-1960

Horlemann-Verlag, Unkel/Rhein und Bad Honnef, 311 Seiten, gebunden, 277 Schilling, 38 DM

Während der Holocaust Europa überzieht, ereignet sich in Köln eine deutsche Liebe. Ein schwärmerischer Kunsthistoriker heiratet eine gebildete junge Frau, Helmine. Helmines Mutter Paula mißfällt der Schwiegersohn, bald lebt sie mit dem Paar in offenem Streit. Hitler überrennt ein Land nach dem anderen, Helmine schenkt ihrem Armin, der im Krieg zum Manne reift, ein Kind nach dem anderen. Die Spitznamen der ersten lauten Snulf und Wischel. Kriegswitwe Paula ist praktisch veranlagt, auch ist sie nie um ein Bibelzitat verlegen, eine gute Deutsche, keine Nazisse. Hitler findet sie schrill. Ihre Lieblingsfarbe ist resedagrün, das Wohnzimmer prangt im Renaissancestil, was immer das auch sei. Im Alter erkrankt sie an der Psyche, auf Drängen ihres Schwiegersohnes wird sie entmündigt und stirbt in einer Heilanstalt.

Der Erzählstandpunkt wechselt zwischen Helmine und Paula, die Sprache ist eigenwillig: Da *stehen Leben in gleicher Schulterhöhe*, Satzbauten sind *kniffelig* und die Feldpost *riecht nach Krieg*.

Der Holocaust erscheint, eine Pflichtübung bloß, in wenigen Sätzen. Wenn der Feindsender davon spricht, glaubt Paula, die gute Deutsche, an Greuelpropaganda. Zwar verschwinden ein Bekannter, eine behinderte Frau. Doch Hamburg und Rostock sind schutzlos *Terrorangriffen* ausgesetzt und nach dem Krieg *gewährt ein blinder Gott den Deutschen nicht mehr Kalorien als den Gefangenen im KZ*. . ■

Arnold Paucker: Standhalten und widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur

Klartext Verlag, Essen, 1995, 70 Seiten, brosch., 131 Schilling, 18 DM

Gegen die einseitige Darstellung der Juden als wehr- und willenlose Schlachtopfer wendet sich ein 40seitiger Essay des langjährigen Direktors des Londoner Leo Baeck-Instituts zur Erforschung der Geschichte der deutschen Juden. Paucker weist nach, daß der jüdische Widerstand nicht auf Deutschland beschränkt blieb, er reichte vom Kampf deutscher und österreichischer Juden in den internationalen Brigaden der Spanischen Republik über die Beteiligung an der französischen Résistance und am italienischen Widerstand bis zu den jüdischen Partisanen im Osten und den österreichischen Bataillonen in Titos Armee. Der Frage „jüdischer Widerstand“ oder „Widerstand von Juden“ widmet der Text wenig Beachtung, die Grenzen waren, das zeigt Paucker anhand einiger Beispiele aus Nazideutschland, fließend. Von großem Interesse sind die Passagen über die Beziehung konservativer Juden zu Mitgliedern des „Kreisauer Kreises“, einer lockeren Verbindung von Nazi-Gegnern in Heer und Beamtenschaft, aus deren Reihen auch manche Hitler-Attentäter des Juli 1944 stammten. Nach der Beseitigung Hitlers dachten die Putschisten mitnichten daran, die Bürgerrechte der Juden wiederherzustellen.

In der antikapitalistischen Propaganda der Kommunisten erkennt Paucker eine eindeutige antijüdische Färbung, auch im Antizionismus schwangen antisemitische Ressentiments mit. 1935 änderte sich aber die Haltung der KPD und während des Novemberpogroms war die Solidarität der Kommunisten mit den Juden vorbildlich. Wo immer die jüdische Jugend in den Widerstand ging, tat sie dies in enger Kooperation mit oder in der KPD, erkannten sie doch in den Kommunisten die ernsthaftesten, entschlossensten und am besten organisierten Gegner des NS-Regimes. Die während des Hitler-Stalin Pakts eintretende Widerstandspause stiftete aus diesem Grund in den jüdischen Zellen schwere Verwirrung; nur eine jüdische Mädchengruppe um Eva Mamlok organisierte weiterhin den Widerstand, trug Antikriegspropaganda in die Berliner Fabriken. Ein einziges Mädchen der Mamlok-Gruppe überlebte, alle anderen starben in den Vernichtungslagern. Der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion löste in den jüdischen Kadern Erleichterung aus; die Fronten waren wieder klar, die Untätigkeit zu Ende.

Zentrale Bedeutung für den jüdischen Widerstand erlangten die Überlebenden der 7.000 jüdischen Spanienkämpfer, kampferprobte Interbrigadisten nahmen in vielen überfallenen Staaten zentrale Positionen im militärischen Widerstand ein. Ein eigenes Kapitel widmet Paucker dem Widerstand österreichischer Juden von Spanien über Frankreich, den Tito-Bataillonen bis hin zur gemeinsamen Erstürmung von SS-Kasernen durch sowjetische Einheiten und jüdische Untergrundkämpfer in der Schlacht um Wien.

Mindestens 20.000 deutsche und 15.000 österreichische Juden kämpften in den Reihen der Alliierten gegen Hitlerdeutschland, die meisten von ihnen waren Freiwillige. Sie dienten nicht nur in den antifaschistischen Hauptarmeen, sondern auch in den Einheiten Australiens und Südafrikas. Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden, sagt Adorno, und so verhält es sich auch mit dem Gerücht über die feigen, wehrlosen Juden. Es ist nichts als ein Gerücht – von den Tätern in die Welt gesetzt, um die Opfer noch im Tod zu verhöhnen. . ■

Erwin Riess

Sheherazade (er)zählt hier nicht mehr

Von der Praxis weiblicher Lebens-Geschichten im Irritationsfeld postmoderner Devitalisierung

Elisabeth PERCHINIG

Man ist zynisch zu den Mädchen,
überheblich zu den Weibern, aber
froindlich zu den Damen: Amen.
Aus einem Kabarettsong
von Georg Kreisler

Alltagsmenschen begegnen dem binären Code möglicherweise weniger dort, wo sich „die Macht" mit Offensichtlichkeit aufhält, sondern durchaus in sozialen Feldern, in denen einigermaßen Ohnmächtige zur Integration in die bestehende Kultur verlockt werden durch die sorgfältig gepflegte Kontinuität der sich allmählich mindernden symbiotischen Beziehung: in gewöhnlichen Kinderstuben eben.

Zum Beispiel dann, wenn das Kleinkind erfolgreich durch die Türöffnung ins benachbarte Zimmer kriecht und damit der Unterscheidung von wegbereitender (Tür)Öffnung versus das Köpfchen gefährdender Nicht-Öffnung, auch Wand genannt, seinen Respekt zollt, sich also zur praktisch wirksamen Relation von Eins und Null auch höchst lebensförderlich verhält – sprachloserweise ohne allerdings jemals EssentialistIn gewesen zu sein. Die differenztheoretisch auf der Hand liegende Erklärung, die jeweilige (soziale) Mutter solcher Tüchtigen sei als Sozialisationsinstanz sowieso Agentin des Patriarchen-Vaters und seiner das Weltverhältnis des Individuums sichernden Identitätslogik, ist für Phänomene dieser Art denn doch ein bißchen dürftig.

Krabbelkind und Wahrheitswert

Plausibler scheint da wohl die Erklärung, die das Binäre als eingelassen in die Art und Weise erkennt, wie wir sinnlich-konkret mit der gegenständlichen Welt umgehen – einer Welt, die im Prinzip beiden Geschlechtern als wirkliche, als Fall von Wirkungen, nie anders erscheint als in der Beschränkung des hypothetisch Möglichen. Warum soll der Umstand, daß sich im situativ Wirklichen nicht alle möglichen Seinsqualitäten auf einmal abbilden – daß es da so etwas wie Latenz gibt – nicht auch in jedem mit Logik befaßten Intellekt als Ordnungstendenz zur differenzfeministisch vielgehaßten „Eindeutigkeit" durchschlagen? Einem empirischen Blick auf das Menschliche, dem gelegentlich ja auch vertraut werden könnte, zeigt sich die philosophische Spaltungstendenz, die das Geistige als isoliert „höheres", quasi-transzendente Freiräume schaffendes Prinzip favorisiert, jedenfalls nicht.

Ein feministischer Diskurs, der vom „Phallogozentrismus" als dem intellektuellen Organisationsprinzip des Patriarchats spricht, kann unter diesen angenommenen Voraussetzungen auch polemisch gelesen werden als Praxis des doch gerade nicht Beabsichtigten, als klammheimliche Anbetung des mit soviel Recht Abgewiesenen: als redundante Bemühung also um die in ihrer strammen Didaktik weit überschätzte „Phallizität" des bürgerlich-männlich Elitären, um das (eigenfraulich?) „Männliche" als Faszinosum des vermeintlich geistig Über-Menschlichen.

Gesetzt den Fall, das Binäre bzw. ein – individualgenetisch – vor allem Ideologischen *vital* funktionierender „Logozentrismus" organisiere sich mindestens ebensogut um die im Konkreten wurzelnden, dem – empirisch meist weiblichen – Mütterlichen zugeschriebenen Beziehungsfähigkeiten, die die kindliche Entwicklung initiieren, wie um den „Phallus" und das „Gesetz des Vaters": Was ist dann etwa vom Vorwurf Derridas zu halten, eine am sogenannten Realitätsprinzip orientierte Frauenbewegung ohne „Stil" verlange zusammen mit der wissenschaftlichen Objektivität die „Kastration – auch der Frau"? Ist überhaupt im männlichen wie weiblichen Denk- bzw. Lebenszusammenhang die „Kastration" dort der eigentliche Skandal, wo doch nichts anderes beschnitten wird als das Größenphantasma, strukturlos und jenseits aller Genese lebendig existieren zu können?

Die postmodern gängige Rede von der Nichtpräsenz des Wahrheitsmoments dreht die Richtung des Zeitvektors, der für das gewöhnliche lebensgeschichtliche Empfinden von der Geburt zum Tode weist, gewissermaßen um: Die Fähigkeit, um sich herum eine unbestreitbar „fertige" Welt wahrzunehmen – für den Säugling die eigentliche Basis für jede Entwicklung hin zu künftiger Mündigkeit! – erscheint darin als anti-emanzipatorische Krankheit zum Tode; die an Optionen flexiblere Gegenwart und Zukunft erwachsener, sich geschlechtlich identifizierender Personen aber werden so mißtrauisch auf mögliche Totalisierungen hin abgeklopft, als drohe darin allen Ernstes eine zweifelhafte Wiedergeburt mitten im Leben, deren symbiotischem Schrecken nur die „Dissemination" von Wirklichkeitselementen trotzen könne.

Der Anfang des individuellen Lebens als zunächst ganz immobile Anbindung an Zeitläufe, Umstände, menschliche Gesellschaft, kurz das Lebendigsein als situative Bestimmtheit, als *Gestalt*werdung unterliegt da dem Tabu – fort mit dem „Ursprung"! – während in der peinlichen Besorgtheit um totale Autonomie jenseits der „Totalitäten" solipsistisch die notwendigen Abhängigkeiten der menschlichen Existenz geleugnet werden und erst recht die menschliche Vergänglichkeit bis zur Endgültigkeit des physischen Todes. Da sei der Derrida'sche „Aufschub" als Nicht-Unterscheidung vor!

Zwar mag es schon stimmen, daß der Tod den Lebenden nie ganz „wirklich" zuteil wird – wo er ist, da „sind" wir nicht mehr, und das „Subjekt der Erkenntnis" überzeugt nicht recht als empirische Leiche. Allerdings wird man schwerlich einen Lebensaugenblick finden, in dem sich die Erregbarkeit der endlichen Menschheit, sei es zu Lust oder Unlust, *nicht* als evidente Präsenz zeigt, in der die Spannung des eben nicht „aufschiebbaren" Unterschieds von beanspruchter Subjektivität und der Zäsur des Objektiviertwerdens nur allzu deutlich ist – vorausgesetzt jedenfalls, daß man sich das Fühlen im Denken, das dann auch „Sinn macht", nicht einfach abgewöhnen kann.

In all dem aber zeigt sich die Psychodynamik des *männlichen* Traumas, in dem Entwicklung zur Mündigkeit

nach patriarchalem Muster den Triumph über die „Mutter", die distanzsüchtige Entbindung insbesondere des Sohnes aus der auch überwältigend erlebten symbiotischen Erfahrung bedeutet. Maskiert und rationalisiert der postmoderne Ansturm auf den „Skandal" *philosophisch* definierter Identität hier den patriarchalmännlichen Frust mit der *psychologisch* und historisch faßbaren?

Dann wäre der mythische Initiator dieser Diskurse – und liegen sie auch in empirisch weiblicher Rede und Schrift vor – sozusagen der männlich autonome Held und Weltenschöpfer, der selbst in seinem (post)modernen Scheitern noch glaubt, Wahrnehmungs-Raum, Lebens-Zeit und Kausalität zur beliebig manipulativen Verfügung zu haben. Differenztheoretisch orientierte Feministinnen vollziehen so das scheinbar Evidente eines Befreiungsdiskurses – der jedoch mit einer historisch herausgebildeten männlichen (und männerleibnahen) Emotionalität heimlich verzahnt ist. Es scheint, als werde da geschwisterlich VerSöhnung gefeiert: Im Zeichen der modernen Gebärtechnologie erscheint ja beiden Geschlechtern die Möglichkeit einer „Kastration der Frau" um ihre Gebär-Potenz, diese aber regt Philosophinnen mit Stil nicht mehr auf. Weibliche Brüder also, in einem brüderlichen Szenario?

Froindlich zu den Damen

Aus der Adoleszenzforschung ist es bekannt, daß es Mädchen eher schwerfällt, bezüglich ihrer Kulturfähigkeiten Größenphantasien zu entwickeln, die späteren realistischeren Ambitionen den ersten Antrieb geben könnten; erst recht, eine Vorstellung ihrer Sexualität in diese einzubeziehen. Weibliche Illusionen tendieren, extrem deutlich im Fall der Magersucht, zum asketischen Ideal. Obwohl das Phallische eben nicht gleichzusetzen ist mit dem vermeintlichen Wunsch nach einem realen Penis, scheint an den Illusionen von Macht und Größe doch eine Art Bildqualität der genitalen Männlichkeit hängenzubleiben, die dem positiven Bezug auf die weibliche Leiblichkeit im Weg steht. Besonders verwunderlich ist das nicht: Die doch spürbaren Unannehmlichkeiten der weiblichen Biologie zusammengenommen mit gesellschaftlicher Diskriminierung, schlimmstenfalls sexueller Gewalt werden ja lebensgeschichtlich bedeutsam empfunden, nicht bloß als kognitive Informationen gespeichert. Kulturelle Interpretationen des Biologischen und insbesondere Traumatisierungen existieren im langsam verarbeitenden Gefühlsgedächtnis erfahrungsgemäß nicht so unverbindlich, daß sie jederzeit in einem psychischen „Feld von Differenzen" beliebig spielerisch ins möglichst Harmlose umdeutbar – quasi „umfühlbar" – wären. Insofern die Kultur Mädchen da keine Hilfestellung leistet, *kann* auch „Mannsein" zur mehr oder weniger heimlichen „Wahl" werden – die unter diesen Voraussetzungen aber nicht so ganz eine ist.

Anders gesagt: Der entschiedene, gut motivierte Widerstand gegen die Zumutungen der Weiblichkeit setzt – unter derzeitigen Umständen manchmal auch recht extreme – Gefühlslagen voraus; genau das hieße aber günstigenfalls, im Fall der Selbstliebe: eine energische *Konstitution* des weiblich leibhaft Subjektiven, unter anderem im Sinn einer leidenschaftlich weltbezogenen, gerade auch dem Manifesten der Erscheinungen in der Selbst- und Objektwahrnehmung gerecht werdenden Intellektualität – statt der abwehrmechanischen Freuden der Nichtrepräsentanz.

Insofern letztendlich gerade auch das Emotionale freilich vermittelt ins Politische führt, ohne damit unbedingt in eine zweifelhafte Politik der Gefühle einmünden zu müssen, könnte politische Praxis auch aus guten vitalen Gründen etwas zu tun haben mit dem Verhaftetsein in binären Codierungen – das übliche differenzfeministische Staunen über die merkwürdige Unbiegsamkeit ebendieser Praxis und über scheinbar gottähnlich wirksame Männlichkeit bleibt hilflos, wird dies nicht anerkannt. Die im pragmatisch Politischen teilweise berechtigten Bedenken gegen das Identische, das Ausschließungen produzieren könnte, verkehren sich auf individualpsychologischer Ebene ins selbstschädigende Befremden über die Dynamik eigenen und anderen Lebens, dessen subjektiver Zeitfluß – durchaus linear in Hinblick auf das Ende persönlichen Lebens – Vergangenheit „ausschließt" zugunsten des (auch politisch) Neuen. Der Widerspenstigen Lähmung: Sheherazade darf ums Leben nicht selbst-verständlich erzählen, wie sie leibt und lebt – will sie nicht riskieren, auch dem zuhörenden Patriarchen zu gefallen statt bloß sich selber und den gestrengen Schwestern (allenfalls noch den homosexuellen „Schwestern"). Pech?

Oder wird bisher nicht zusammengedacht, was doch zusammengehören muß: das Rationale und die Sinnlichkeit, die Gefühlslagen der politisch sein sollenden Theorie und eine Theorie der Gefühle, die ja nicht auf Privates reduzierbar sind.

„Konzentration auf aktives Zweck-Mittel-Tun und Konzentration auf die Gesamtheit des Wahrnehmbaren sind zwei Bewußtseinszustände, die sich in ihren extremen Formen gegenseitig ausschließen: die größtmögliche Rezeptivität ist notwendig verbunden mit Passivität, während die Konzentration auf aktives Tun Erfahrungsfähigkeit, die Menge des Wahrnehmbaren notwendig einschränkt. (...) Der aktive Modus schränkt den Horizont des Erfahrbaren ein auf jene funktionellen Aspekte des Objekts, mit denen getan wird, und auf die Mediumwahrnehmung des Werkzeugs, mit dem getan wird. Wobei diese Mediumwahrnehmung wiederum eingeschränkt ist auf die Informationen, die für das funktionelle Tun wichtig sind. (...) Durch diese Einschränkung und Ausrichtung der Erfahrungsfähigkeit ist der aktive Modus, das funktionelle Handeln die ideale Ergänzung jener psychischen Konzentrationsleistung, die allein die Funktionswahrnehmung des anderen zulassen will."[1] Feministische Philosophie, die sich – ihres ebenso verschämten wie qualitativ recht ungeklärten Machtinteresses wegen? – gründlich im „aktiven Modus" tummelt, unterliegt insofern dieser leeren und in bezug auf Mitmenschliches latent sadomasochistisch wirkenden Funktionalität. Die pedantische Obsorge um das freie Flottieren der Zeichen, auf daß ja nicht Unterdrückung werde, drückt unter dieser Voraussetzung nichts anderes mehr aus als das Prinzip der gerechten Nicht-Einmischung in seiner sublimiertesten Entschuldigungs-Gewalt, die da implizit behauptet: „Niemand" steht irgendwo in der Hierarchie, die ihr/ihm steht.

MacherInnen

Aber es gehe, so Unseld, um die Relation von Macht und Machenkönnen. Historisch war das Tun lange Zeit an die Einfühlung in den Gegenstand gebunden, diese das einzige Mittel zur Kenntnis des anderen. Macht war eher eine des Verstehens und der Verständigung, Herrschaft hingegen wurde als simpler Zwang über Menschen ausgeübt, sie bedeutete bezogen auf die Person des Herrschers nicht dessen Geschicklichkeit im Machen. Die Entwicklung der Technik bedeutete dagegen die Möglichkeit, Materie unmittel-

bar zwingen zu können: Machen als Manipulation löst die psychischen Fähigkeiten der anpassenden Einfühlung in das andere, das als solches respektiert wird, ab.

„Für unsere Kinder, die in einer Kultur aufwachsen, in der die animistische Welterfahrung zu den negierten und tabuisierten Fähigkeiten des Menschen gehört, sind Steine keine Wesen mehr, die ‚lebendig genug' sind. Was wiederum umgekehrt daran erinnert, daß jede menschliche Fähigkeit nur dann zu einer real wirksamen wird, wenn sie mittels kultureller Resonanz entwickelt wird. Der spontane kindliche Animismus, mit dem wir es zu tun haben, hat diese Resonanz nicht. Und da er, je früher desto besser, überwunden werden soll, ist er als Fähigkeit zur Erfahrung nur äußerst rudimentär entwickelt. Nicht nur kindlich, sondern auch nur primitiv in jenem genuinen Sinn des Wortes, als in ihm keine Spur von kultureller Entwicklung zu finden ist. (...) seine Stärke als Täter gewinnt das Subjekt nur, wenn es jene Panik überwinden lernt, die der Vollzug der objektiven Ordnung im identifizierenden Modus der Wahrnehmung auslöst."[2]

Foto: Aurelija Čepulinskaitė, Series The Lost House, 1994.

In die Kultur initiiert werden hieße, wie Unseld weiter ausführt, daß infolge der Auslöschung des Modus der einfühlenden Identifizierung jede Affinität zu den, nunmehr latent bedrohlich wirkenden Dingen der Welt unterschwellig vom Verlangen geprägt ist, sich der eigenen Kontrolle über diese Dinge zu versichern. Es stellt sich dann die einzige Alternative von Täter und Opfer.

Die starre Fixierung der Subjekt-Objekt-Grenze in der Logik der patriarchalen „Täter" entspricht der Abwehr dagegen, sich selbst als Objekt unter anderen Objekten erleben zu müssen. Und in der Tat haben vor allem Frauen in ihrer kollektiven Geschichte nicht zuletzt erlebt, was letzteres Erleben in der Rolle der Betroffenen bedeutet. Es ist sehr begreiflich, daß insofern keine Wiederholung gewünscht wird. Daß es dann aber auf postmodern gegen jede für „wahr" genommene Spannung von Subjekt-Objekt geht, macht auch der besonderen Qualität von Selbst-Wahrnehmung, will heißen, der leidenschaftlichen Erkenntnis, in der der sich einfühlsam identifizierende Modus mitschwingt, mit den Garaus. Autonomie wird so zur Kontrollkompetenz unter Verzicht auf die Fähigkeiten der Einfühlung (auch in sich selbst), und dies obendrein in einer mit Endzeitpathos entwerteten Situation.

„Wenn alle Menschen die identifizierende Wahrnehmung des anderen so restlos verlernt hätten, wie sie sie verlernen müssen, um den Sinn ihres Lebens in der objektiven Kontrolle ihrer selbst zu finden, wenn alle Menschen ehrlich und tatsächlich im anderen nur noch jene ‚black box' der Behavioristen, jenes bloße Objekt sähen, dann wüchsen unsere Kinder nicht mehr zu jenen Subjekten heran, die dann mittels der Tabuisierung des Animismus den Sinn ihres Lebens in der objektiven Kontrolle ihrer selbst finden können. Dann kommen sie erst gar nicht dahin, soviel Subjektivität zu entwickeln, daß sie Objekte machen können. (...) Damit aber ist die Sinngebung der objektiven Ordnung der Welt in der mißlichen Lage, daß sie das, was sie um ihrer Konstituierung willen abschaffen muß – den Animismus – real nicht abschaffen kann. Und nicht nur nicht abschaffen kann, sondern auf die Perpetuierung seiner Existenz ebenso angewiesen ist wie auf die Perpetuierung seiner Abschaffung. (...) Und was wäre besser geeignet, die Residuen der animistischen Weltordnung zu vertreten als ‚das Weib'?"[3] – das sich traditionellerweise einfühlsam mit den Kindern befaßt.

Es gibt „Vera"!

Die Psychologin Carol Gilligan[4] nahm diese „Residuen" zum Anlaß, im Kontext des genetischen Strukturalismus nach Piaget nach den Möglichkeiten lebensgeschichtlich weiblicher Entwicklung zu fragen, die, gemessen am psychologischen Paradigma kindlichen Fortschritts als radikalem Ablösungsprozeß vom symbiotisch-magischen Weltbild, eine besondere Resistenz oder Gegenläufigkeit zu diesem aufweisen. Das mag in individualpsychologischer Einschränkung problematisch sein, insofern damit Mädchen vor allem in Hinblick auf traditionell Weibliches ins Blickfeld geraten und ihre rational angepaßten Sozialisationschancen ebenso unterschätzt werden wie auch die Deformationen der archaischeren Sensibilität zu Bedingungen der Unterordnung.

Bemerkenswert an Gilligans Überlegung ist aber der Hinweis darauf, daß es beim feministischen Nachdenken über das rationale Denken in Zusammenhang mit der Weiblichkeit auch um dessen als bewußt faßbare individuelle *Genese* geht, nicht bloß um die bewußt kollektive, die womöglich in trügerischer Statik bloß als Kultureigentum fragwürdiger patriarchaler Denk*strukturen* in den feministisch-philosophischen Blick gerät.

Wenn die Möglichkeit, an den Großen Erzählungen immerhin ungefähr teilzuhaben, als nichtkontingente zusammenhängt mit der eigenen kleinen Erzählung in lebenszeitlich keineswegs willkürlicher Abfolge, wenn auf das zunächst magische, in der Latenzphase dann gewissermaßen „nicht-li-

berale“ Denken der Kinder die Adoleszenz mit ihren Möglichkeiten formaler Denkoperationen als „metaphysisches Alter“ folgt, wie Piaget sie nannte – dann ist die Herkunft der Art Intelligenz, die sozusagen im Abstrakten die Türöffnung schön von der Wand unterscheidet, nicht einfach durch die Herrschaftsmechanismen des Denkens zu erklären, wie sie in den männlich geprägten Systemphilosophien zum Ausdruck kommen.

Daß es tendenziell eine Differenz gibt in der kognitiven Entwicklung von Frauen und Männern, wird damit ja nicht bestritten. Die besondere Rigorosität, mit der Jugendliche ihre Fähigkeit formal zu denken einsetzen können, entdeckte Piaget an jungen Männern; Gilligans Ergebnisse schreiben jungen Frauen ein „weicheres“, mehr kontextbezogenes als formales Denken zu; was ja nicht schon bedeutet, daß Frauen nicht auch durchaus rational urteilen können oder gar, daß sie nur als quasi „Kulturfremde“ binäre Codes überhaupt in Anspruch nehmen würden.

Was aber feministische Praxis sein kann, hat mit der Frage zu tun, wie sich das Ineinander von instrumentellrationalem Vermögen und den gegenläufig archaischeren Fähigkeiten der Einfühlung bei Frauen als ein Subjekt-Sein auswirkt, das für sie historisch später und prekärer möglich wurde.

Weibliche Freiheit steht derzeit im Kontext des zivilisatorischen Mankos an Expressivität im öffentlichen Raum: Zivilisation als Verhalten, das Menschen Geselligkeit ermöglicht und sie gleichzeitig voreinander schützt,weicht der „Tyrannei der Intimität“[5]. Identifizierende Wahrnehmung, die Möglichkeit eines fließenderen Zusammenhangs von Selbst und Anderem, verkommt zur öffentlich dramatischen Dar- und Bloßstellung von Gefühlen, weil Konventionen, Ritualen, der expressiven Geste mißtraut wird. Der Glaube an die menschliche Natur, so Sennett, ist sozusagen dem Glauben an menschliche Naturen gewichen, die Vorstellung des natürlichen Charakters der der Persönlichkeit.

„In einer aus atomisierten gesellschaftlichen Räumen bestehenden Gesellschaft leben die Menschen in der ständigen Furcht, voneinander abgeschnitten zu werden. Das Material, das diese Kultur den Menschen zur Verfügung stellt, um sich auf andere Menschen zu ‚beziehen‘, besteht aus instabilen Symbolen für Gefühlsregungen und Absichten. Da diese Symbole ihrem Wesen nach problematisch sind, müssen die Menschen, die sich ihrer bedienen, sie gleichzeitig ständig auf ihre Tragfähigkeit prüfen. Wie weit kann man mit ihnen gehen? Ein wie starkes Gemeinschaftsgefühl kann man entwickeln? Die Menschen gelangen dahin, wirkliches Gefühl mit im Grunde extremen Gefühlslagen gleichzusetzen. (...) Die dramatische Gefühlsäußerung wird für die anderen und für einen selbst zu einem Signal, daß man wirklich ‚da‘ ist.“[6]

Soziale Situationen werden damit als Spiegel des Selbst erlebt; die Auslöschung der Grenze zwischen dem Selbst und dem Anderen geschehe aber gerade nicht in Formen einfühlsamen Verstehens, sondern gewissermaßen als Einverleibung des Anderen. Der „Narziß“ will nicht Erfahrungen sammeln, sondern sich in allem erleben, was ihm begegnet. Letztlich wird die Realität, die niemals sein Selbst umfassen kann, von ihm abgewertet und mit Argwohn betrachtet, Menschen und Dinge sind dieser im Grunde asketischen Mentalität nie gut genug: Der Narzißmus, schlußfolgert der Autor, sei die protestantische Ethik von heute.

„Erwachsene, die heute im Einklang mit den gesellschaftlichen Normen handeln wollen, müssen sich narzißtisch verhalten. Denn diese Wirklichkeit ist so beschaffen, daß Ordnung und Stabilität und Belohnung nur in dem Maße zustandekommen, wie (...) sich diese Menschen davon abbringen lassen, solche Situationen als etwas zu verstehen, das eine nichtpersonale Bedeutung besitzt.“[7]

Was bedeutet das in Hinblick auf Frauen, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses immer mehr für häusliche Intimität und deren intime Bedeutungen zuständig wurden? Bleibt ihnen wirklich nichts anderes übrig, als als Vereinzelte gewissermaßen doppelt so tief im angepaßten masochistisch-narzißtischen Selbst zu versinken, und in diesem Verzicht auf ein selbst-distanziertes Weltverhältnis „Ordnung, Stabilität und Belohnung“ zu kassieren (oder das, was für Frauen davon abfällt)?

Gibt es Frauen? lautet *auch deshalb* folgerichtig die Frage einer postmodern feministischen Theorie, die das Aufgeklärte der Zivilisation nicht mag und den archaisch-mythischen Rest auch nicht; im Sennettschen Sinn beides also narzißtisch distanzlos „gefressen“ hat. Gibt es also Hoffnung für die Fragmente des implodierten weiblichen Ich, sich zu einem kontinuierlichen weiblichen Lebenslauf zu materialisieren, dessen Bedürftigkeiten kommunikativ vermittelbar wären?

Dieser Kontroverse, ob Weibliches im „Diskurs“ territorialisierbar oder abwesend sei, entgleitet sowieso von vornherein die Fragende, der Antworten noch eine *emotionale* Differenz der Möglichkeiten des Lebensgefühls „bedeuten“. Nuancen der Feinfühligkeit beziehungsweise der Solidarität unter lebendig Kommunizierenden haben schwerlich eine Chance, wenn frau dem Konkreten wie dem Leibhaftigen mißtraut.

Wie gut, daß es „Vera“ gibt, die disseminierte, frei flottierende Beichtkinder ihrer eigenen Emotionen zusammenkehrt und auf die Schaufel der Showgesetzlichkeiten nimmt. Unter deren bloßgestellten Geständnissen versteckt sich irgendwo auf dem Bildschirm das gute Leben, verzerrt zur Kenntlichkeit. ■

Elisabeth PERCHINIG ist Psychologin.

Anmerkungen

1 Unseld, 1992, S. 165/166.
2 Ebd., S. 173/174.
3 Ebd., S. 184/185.
4 Gilligan 1982, 1994.
5 Sennett 1993.
6 Ebd., S. 390.
7 Ebd., S. 411.

Literatur

Hannelore Bublitz (Hg.), Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz, Frankfurt am Main/New York 1998.

Lyn M. Brown / Carol Gilligan, Die verlorene Stimme. Wendepunkte in der Entwicklung von Mädchen und Frauen, Frankfurt am Main/New York 1994.

Carol Gilligan, Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München 1984.

Bertram Kienzle (Hg.), Zustand und Ereignis, Frankfurt am Main 1994.

Richard Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt am Main 1993.

Godela Unseld, Maschinenintelligenz oder Menschenphantasie? Ein Plädoyer für den Ausstieg aus unserer technisch-wissenschaftlichen Kultur, Frankfurt am Main 1992.

Der kardinale Sünden-Bock

Ein Versuch, unter anderem die „Causa Groer" zu verstehen

Stefan BRONIOWSKI

Worum es in der „Causa Groer", die in Wahrheit wohl eine „Causa Kirche" ist, also tatsächlich geht, versteht man demnach erst, wenn man zuerst das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft insgesamt in den Blick nimmt, um erst dann zu Hans Hermann Groer, seinem verkorksten Liebesleben und den Folgen zurückzukehren.

Was zum Teufel ist da los? Zu Beginn des Jahres 1998 kommt die römisch-katholische Kirche Österreichs wochenlang nicht aus den Schlagzeilen. Alle Welt hat plötzlich eine Meinung zur „Causa Groer". Während der Kardinal und Alt-Erzbischof zu den gegen ihn gerichteten Vorwürfen schweigt, werden nahezu jeder Klostergärtner und jede Pfarrersköchin vor Kamera und Mikrofon gebeten, um sich zur „Krise der Kirche" zu äußern. Immer neue Schlagzeilen enthalten immer weniger Informationen. Regelmäßig ziert Bischof Kurt Krenns Konterfei die Titelseiten der Boulevardpresse. Die Demoskopie-Institute lassen niemanden über ihre neuesten Erkenntnisse im Unklaren. Groer schweigt eisern weiter. In offiziellen und offiziösen kirchlichen Verlautbarungen ist immer wieder vom „Schaden für die Glaubwürdigkeit der Kirche" und von der „Achtung für die Opfer" die Rede, aber auch vom notwendigen „Dialog", von „verantwortlichem Umgang", einem „Aufbruch aus der Krise" und anderen Schadensbegrenzungsvokabeln mehr.

Spätestens aber, als drei von Groers ehemaligen Amtskollegen und sein Nachfolger sich zusammentun und öffentlich verkünden, sie seien zu der „moralischen Gewißheit" gelangt, daß die Anschuldigungen gegen ihren mutmaßlich warmen Mitbruder zuträfen, spätestens jetzt also drängt sich der Verdacht auf, daß hier das falsche Schwein geschlachtet wird.

Eben noch war ja eine andere schwule Sau durchs mediale Dorf getrieben worden. Aber während des Publikumslieblings Alfons Haiders nicht ganz freiwilliges und wenig überraschendes *Coming-out*[1] durchwegs freudige Reaktionen hervorrief, zeitigt das halbherzige *Outing*[2] des ehemaligen Oberhirten von Wien durch seine lieben Kollegen keinerlei Sympathieeffekte. Und das ist wohl auch der Zweck der Übung. Statt nämlich den Themenkomplex „Kirche und Sexualität" wirklich anzugehen, scheint man sich innerkirchlich darauf geeinigt zu haben, lieber den schwulen Bock in die Wüste zu schicken. Ein Opfer, das von der Öffentlichkeit dankbar angenommen wird. Einer ist schuld, das versteht man, das hört man gern.

Dieses Sündenbock-Modell ist gewiß ein geschickter medialer Trick, mit dem jedoch nichts, aber schon gar nichts zur Lösung anstehender Probleme beigetragen wird. Worum es in der „Causa Groer", die in Wahrheit wohl eine „Causa Kirche" ist, also tatsächlich geht, versteht man demnach erst, wenn man zuerst das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft insgesamt in den Blick nimmt, um erst dann zu Hans Hermann Groer, seinem verkorksten Liebesleben und den Folgen zurückzukehren.

Katholizismus für jedermann

Die satte Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher ist römisch-katholisch. Dennoch könnte es auf den ersten Blick verwundern, daß die Medienmacher überhaupt der Meinung waren, irgendetwas, das mit „Kirche" zu tun hat, werde irgendjemanden interessieren. Und noch mehr könnte es verwundern, daß ihnen Einschaltquoten und Auflagen recht geben. Denn die Mehrheit der Mehrheit besteht aus Karteileichen.

Der österreichische Durchschnittskatholik, die österreichische Durchschnittskatholikin bekam zumeist als NeugeboreneR von seinen/ihren Erziehungsberechtigten ein „Bekenntnis" aufs Auge gedrückt, wurde später jahrelang mehr oder minder lustlos durch den Religionsunterricht geschleppt, ließ die Erstkommunion und vielleicht noch die Firmung geschenkehalber über sich ergehen und schlitterte dann, als er/sie zum ersten Mal zur Kirchensteuer-Kasse gebeten wurde, am prompten Austritt nur knapp vorbei. Eigentlich brauchen der österreichische Durchschnittskatholik und die österreichische Durchschnittskatholikin die Kirche nur für Hochzeiten und Todesfälle, als rituelle Dekoration sozusagen. Religiöse Inhalte hingegen interessieren nicht – wohl schon deshalb nicht, weil sie kaum bekannt sind, denn die Unkenntnis in Glaubensdingen ist enorm.

Dazu kommt ein entschiedener Unwille, sich an die Verhaltensvorschriften der eigenen Religionsgemeinschaft zu halten. Wo schon die einfacheren Regeln (nicht lügen, nicht stehlen, sonntags die Messe besuchen usw.) als Zumutung gelten, haben die etwas komplizierteren (etwa das Eherecht) erst recht keine Chance. Kurzum, alle Umfragen bestätigen es: Die Mehrheit der österreichischen römisch-katholischen Christinnen und Christen beteuert glaubwürdig, die Lehre der Kirche habe keinen Einfluß auf ihre Lebensgestaltung. Stattdessen zieht man sich vielfach auf die religiöse Minimalposition zurück („Irgendwas Höheres wird's schon geben"), sieht allenfalls im Urlaub aus touristischen und zu Weihnachten aus nostalgischen Gründen eine Kirche von innen und deckt den vielleicht noch vorhandenen spirituellen Bedarf auf dem reichhaltigen „Esoterik-Markt". Lieber glaubt man an den regelmäßigen Besuch von Außerirdischen als an die Unfehlbarkeit des Papstes.

Kirchliches Unbehagen in der Moderne

Wenn man die österreichischen Katholikinnen und Katholiken fragt, was sie an ihrer Religionsgemeinschaft stört, lautet die Antwort meist, die Kirche sei nicht zeitgemäß. Gut beobachtet, möchte man erwidern, aber das ist sie seit spätestens fünfhundert Jahren nicht, seit die Reformation die westliche Christenheit in AnhängerInnen der zahlreichen Prostestantismen und An-

hängerInnen des römischen Zentralkatholizismus spaltete.

Sehr vereinfacht gesagt, verhielt es sich damals ja so: Die ökonomischen und sozialen Veränderungen im Zeitalter des Frühkapitalismus konnten auch für das abendländische Christentum nicht ohne Folgen bleiben. Gefragt war nach wie vor ein metaphysisches Trostpflaster für die Ausgebeuteten und Entrechteten, eine legitimierende Ideologie für die Ausbeuter und Entrechter. Während aber die alte Kirche sich selbst als eigenständige Macht verstand, wußten sich die „Reformatoren" von Anfang an bei den Fürsten anzubiedern und setzten nicht zuletzt auf die aufsteigende Klasse des Bürgertums. Ein neuer Typus des Christenmenschen wurde entworfen, einer, der brav zwischen religiösen Privatangelegenheiten und öffentlichem Wirken, zwischen Gebetbuch und Kassabuch unterschied. Die neue, dem bürgerlichen Staat und dem kapitalistischen Wirtschaften freundlich gesonnene Fassung des Christentums war überaus anpassungsfähig und fiel deshalb kaum je störend auf, nicht einmal, als in diesem Jahrhundert aus der Mangel- die Überflußgesellschaft wurde.

Die römisch-katholische Kirche hingegen fühlte sich seit Beginn der Neuzeit nicht mehr so recht wohl in ihrer Zeit. Insbesondere die Moderne bereitet ihr Unbehagen. Immer wieder wird sie darauf gestoßen, daß sie sich außerhalb des Konsenses der westlichen Industriegesellschaften befindet. Dabei spießt es sich keineswegs an einzelnen theologischen Aussagen über Gott und die Welt – viel absurdere Dogmatiken als die katholische finden auch und gerade in diesen auf- und abgeklärten Zeiten ihre Gläubigen (etwa die Mormonen oder Scientology) -, sondern das Problem ist, grob formuliert, die grundsätzliche Abweichung des im wesentlichen für sie immer noch gültigen asketischen Welt- und Menschenbildes der katholischen Kirche von der konsumorientierten Laissez-faire-Ideologie des postindustriellen Kapitalismus. Was freilich einst hochangesehene Askese war, also der Versuch, den Geist über die Bedürftigkeit des Körpers triumphieren zu lassen, erscheint heute oft bloß noch als sexualmoralische Verklemmung.

Die kirchliche Lehre ist nicht zeitgemäß? Theologisch gesehen geht es gar nicht anders. Ausgehend von der Grundannahme, über die gültige Interpretation der Selbstbekundungen des allmächtigen Schöpfergottes zu verfügen, kann der Katholizismus sich eben nicht ganz darauf beschränken, sich als eine Mischung aus unverbindlichem Welterklärungsvorschlag, nostalgischem Freizeitangebot und marktorientiertem Wirtschaftskonzern zu verstehen. Wer sich im Besitz ewiger Wahrheiten glaubt, muß an seine Schäfchen ein paar Anforderungen stellen, die dann unter Umständen mit dem Zeitgeist unvereinbar sind.

Längst allerdings hat hierzulande die katholische Kirche nicht mehr die Machtmittel, im Einzelfall ihre Vorstellungen von dem, was man zu tun oder zu lassen hat, auch durchzusetzen. Zu sehr sind beispielsweise vor- und außerehelicher Sex, der Gebrauch empfängnisverhütender Mittel, die Vornahme von Abtreibungen oder Ehescheidung und Wiederheirat im Selbstverständnis der ZeitgenossInnen verankert, als daß die kirchlich vorgeschriebene Sexualmoral hier noch breitenwirksam reüssieren könnte. Für viele besteht der Skandal nun gerade darin, daß die Kirche nicht nach dem „Duden-Prinzip" verfährt – demgemäß man einen „Fehler", wenn er häufig und von vielen gemacht wurde, irgendwann zur „Regel" erklärte -, daß die Kirche also auch angesichts der weitgehenden Undurchsetzbarkeit ihrer Forderungen dennoch nicht bereit ist, sie aufzugeben und durch einen Kuschelkurs Marktanteile zurückzuerobern.

Vegetarismus mit viel Fleisch

Ungefähr das aber scheint es zu sein, was einige katholische AktivistInnen von ihrem Verein erwartet. Auch hierzulande gibt es gar nicht so wenige, die allen Ernstes die Kirche (in Österreich und am liebsten in der ganzen Welt) reformieren wollen. Sie fordern eine demokratische, antipatriarchale, liberale Kirche: die liebe Kirche vom lieben Gott. Die Position dieser „fortschrittlichen KatholikInnen" markiert einen im Grunde unüberbrückbaren Zwiespalt, nämlich den zwischen der Zugehörigkeit zu einer jahrhundertealten Institution und der Verpflichtetheit gegenüber dem Zeitgeist. Nur zu oft werden Spiritualität und Sentimentalität, Religion und Folklore miteinander verwechselt. Das soziale, ökologische, pazifistische usw. Engagement vieler „Progressiver" in Ehren – aber ihre Forderungen zur innerkirchlichen Reform verraten Naivität und eine beachtliche theologische und kirchengeschichtliche Unbildung.

Man kann selbstverständlich auch – um irgendeinen Vergleich zu wählen – den Vegetarismus dadurch erneuern wollen, daß man den Verzehr von Fleisch-und Wurstwaren unbedingt gestattet sehen will. Ob man das dann noch sinnvoll Vegetarismus nennen kann, ist eine andere Frage.

Einen durch mehr demokratische Mitbestimmung, verheiratete Pfarrer und weniger rigide Dogmatik „refomierten" Katholizismus nennt man jedenfalls seit einem halben Jahrtausend Protestantismus (siehe oben). Vielleicht hätten all die Möchtegern-RebellInnen von „Wir sind Kirche" einfach im Religionsunterricht besser aufpassen sollen.

Oder haben es die ProtestantInnen (ohne Zölibat, mit Pastorinnen usw.) wirklich besser? Sie werden eher selten mit unabänderlichen Glaubensinhalten belästigt, schon gar nicht mit Handlungsanweisungen, auf deren Nichtbefolgung Höllenfeuer steht. Moderne evangelische TheologInnen lassen über alles mit sich reden. Schließlich wußte man schon vor fünfhundert Jahren, daß nicht die Werke, sondern nur der Glaube zählt (und den kann man so oder so verstehen). Boshaft formuliert: Egal, was du tust, Hauptsache, du bist ein guter Mensch.

So viel marktwirtschaftstauglichen Liberalismus gibt es freilich ohnehin nur in den evangelischen Religionsgemeinschaften europäischer Prägung. Die bereitwillige Anpassung an die soziokulturellen Bedingungen der Neuzeit hat im Endeffekt nämlich keineswegs alle Erscheinungsformen des Protestantismus dagegen gefeit, die Neigung der modernen Zivilisation zur religiösen Indifferenz mit vehementer Unduldsamkeit bekämpfen zu wollen. Ein Blick über den Atlantik zeigt, daß reaktionäres Christentum keine katholische Spezialität ist, denn Fundamentalismus ist ein Begriff, der ursprünglich nicht auf die bösen Islamisten, sondern auf nordamerikanische Christen gemünzt war.

Der andere Effekt der Reformation

Bekanntlich gelten die USA sowieso als „God's Own Country"[3], wird auf Dollarscheine „In God We Trust"[4] gedruckt und beendet jeder Präsident unabhängig von seinen persönlichen religiösen Überzeugungen jede seiner Ansprachen mit dem frommen Wunsch „God bless America"[5]. Irgendeine Form von Glaubenszugehörigkeit (ob mit Vereinsmitgliedschaft oder ohne)

gehört allenthalben irgendwie zum guten Ton. Atheismus gilt sozusagen als schlechtes Benehmen, als etwas, das man sich in der Öffentlichkeit einfach nicht erlauben kann. Das verleiht dem religiösen Leben der Mehrheitsbevölkerung einen penetranten Hauch von Unverbindlichkeit. Hauptsache, man glaubt irgendwas. Und vor allem dürfen Glaubenssachen im Zweifelsfall keine Behinderung der freien Selbstentfaltung – sprich: Konsum und Karriere – darstellen.

Umso besser daher, wenn der Markt der religiösen Angebote groß ist. Seit jeher hat die Abwesenheit einer Staatskirche das muntere Wuchern religiöser Vereinigungen gefördert. Es gibt nichts, was es nicht gibt. Je aberwitziger, desto respektierter (beispielsweise die Amischen, die neumodische Dinge wie Elektrizität oder gar Knöpfe von sich weisen). Am erfolgreichsten ist freilich, wer sich die technologischen Möglichkeiten der Gegenwart voll zu nutze macht. Nirgendwo auf der Welt sind Fernsehprediger so häufig, so beliebt, so reich und so mächtig. Was sie zu sagen haben, ist fast immer dasselbe: Lebt nach Gottes Wort und alles wird gut. Im Zweifelsfall bringt eine Spende auf das Konto des Reverend XY den Seelenfrieden. Je dürftiger die Theologie, desto höher die Einnahmen. Die Sinnstiftung erfolgt innerweltlich. Im Grunde geht es um die Verbrämung eines zutiefst konservativen Weltbildes mit Bibelsprüchen. Im Zentrum steht, wen wundert's, wieder einmal die Sexualmoral: Kein Sex außerhalb der Ehe, keine Abtreibungen, keine Perversitäten. Nachdem die Kommunisten als Feindbild nichts mehr hergeben und die Liberalen bloß als lasche Wichtigtuer gelten, sind die Schwulen endgültig zum Feind Nr. 1 der honorigen Fanatiker geworden.

Man sage nun nicht: Was soll's, die paar Spinner. Denn in einem Land wie den USA, in dem es nach einem bekannten Witzwort nur zwei politische Richtungen gibt, nämlich rechts und rechtsextrem, sind die Umtriebe von Organisationen wie „Moral Majority" oder „Christian Coalition" keineswegs ungefährlich. Kein Politiker kann sich ausdrücklich gegen sie stellen, wenn er gewählt werden will, denn sie verteidigen nach weit verbreiteter Auffassung die wahren Werte Amerikas. Das führt zu einem Klima, in dem unter anderem Bücher aus öffentlichen Bibliotheken entfernt werden, weil sie die Evolutionstheorie erklären; in dem im gottgefälligen Kampf gegen die Tötung Ungeborener auch schon mal gegen Geborene von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wird; in dem in denjenigen Bundesstaaten, in denen Homosexualität nicht sowieso strafrechtlich verboten ist, regelmäßig Volksabstimmungen darüber stattfinden, ob man derartige Schweinereien nicht wieder abstellen müsse. Und so weiter und so fort.

Die Dunkelmänner sind weltweit auf dem Vormarsch. Sie profitieren von der Schwäche der etablierten Religionsgemeinschaften in den Industrienationen, die den Sinn- und Unterhaltungsbedarf – der in Krisenzeiten noch zunimmt – nicht befriedigen. Was liegt näher, als wie in anderen Bereichen auch die Angebotspalette nach amerikanischem Vorbild zu erweitern. Heute sind es noch obskure Sekten, die vom Rand her auf den Markt drängen. Morgen vielleicht schon ein charismatischer Prediger, der über seinen eigenen Fernsehsender seine reaktionären Botschaften vertreibt. Alles, was der katholischen Kirche bisher zu derlei Herausforderungen eingefallen ist, ist eine Stärkung der eigenen rechtskonservativen Elemente.

Durch und durch konservativ

Und diese Stärkung hat längst auch in Österreich gegriffen. Die von Papst Johannes Paul II. ernannten österreichischen Bischöfe der letzten Jahre werden ausnahmslos dem konservativen bis reaktionären Lager zugerechnet. Nicht bei allen fällt das auf, weil eine gewisse Trennung der öffentlichen Funktionen greift: guter Bulle, böser Bulle oder Kasperl und das Krokodil So gibt Kurt Krenn den allgemeinen Buhmann ab, Christoph Schönborn hingegen repräsentiert die Mäßigung, beide sind auf ihre Weise populär. Der schwarze Zampano aus Sankt Pölten sogar noch mehr als der eher farblose Aristokrat aus Wien. (Daß Krenn sich im Fernsehen als Pavarotti-Imitator zeigte, könnte Schönborn wohl nur durch einen Auftritt als Tina-Turner-Imitator kompensieren. Aber er ist ja der Seriöse.)

Derweil wirken andere eher im Stillen. Bischof Küng aus Feldkirch etwa, der bekanntlich dem Opus Dei angehört, jener ultrarechten Beinahesekte, die schon dem Caudillo Franco gute Dienste leistete und auch seither durch internationale Verbreitung nichts an Macht verloren hat. Die Absurdität der (zum Teil versuchsweise geheimgehaltenen) Lehren und Praktiken von Opus Dei, dem Engelwerk und anderen obskuren Organisationen sollte nicht dazu verführen, sie nicht ernst zu nehmen. Sie sind der besonders markante Ausdruck einer innerkatholischen Rechtswende als Reaktion insbesondere auf das Zweite Vatikanische Konzil. Dessen Erneuerungsbemühungen blieben weitgehend im Ansatz stecken. Aus dem von Johannes XXIII. verkündeten *aggiornamento*[6] wurde eine bloß oberflächliche „Modernisierung", von der vor allem eine Technokratisierung übrig blieb. Der gegenwärtige Papst nützt die Kommunikations- und Transportmittel seiner Zeit intensiver als seine Vorgänger und sichert sich so eine relativ starke mediale Präsenz. Nur ist auch hier das „medium" bereits die „message", denn außer unverbindlichen, sanktionslosen Floskeln zu Menschenwürde, Hunger, Unbildung und Armut hat er nichts zu bieten.

Was in Lateinamerika, Afrika und Asien als „Theologie der Befreiung" formuliert wurde, blieb für die Gesamtkirche (außerhalb der folklorebedürftigen und solidaritätssüchtigen progressiven Zirkel) ohne Wirkung. Dabei ist leicht einsichtig, daß eine bloß regionale „Befreiungstheologie" zwar den einen oder anderen konkreten Erfolg erzielen kann, das grundsätzliche Verhältnis des Katholizismus zum Kapitalismus, das von wohlwollend-mahnender Duldung bis zu aggressiver Zustimmung reicht, davon aber unberührt bleibt. Unverbindliche Aufrufe zur Nächstenliebe und zur Einhaltung der Menschenrechte mögen das Gewissen derjenigen erleichtern, die sie verkünden, erleichtern aber nicht die Situation derjenigen, die unter den Bedingungen von Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Folter, mangelnden Bildungschancen usw. leben müssen. Angesichts solcher sehr realer Herausforderungen auch an die Theologie und die kirchliche Praxis sind Fragen wie „Wie zeitgemäß ist der Zölibat?" und „Soll man Frauen zu Priesterinnen weihen?" – na, sagen wir mal: weniger interessant.

Wer ist der Klerikalste im ganzen Land?

Zurück nach Österreich. Auch hier ist, wie gesagt, die Kirchenführung tendenziell konservativ bis reaktionär. Nur sollte man nicht, wie es die Minderheit der progressiven KatholikInnen tut, daraus eine Differenz der Hirten zur Herde konstruieren. Denn zum einen ist, wie ebenfalls schon gesagt, die Mehrheit der TaufscheinkatholikInnen an kirchenpolitischen Fragen schlicht

desinteressiert – was ja auch eine Form des Konservatismus ist. Zum anderen existiert neben der Minderheit der selbsternannten Rebellen auch noch eine unvergleichlich größere und wirkungsmächtigere Minderheit von braven Kirchgängern.

Daß dem so ist, sollte in einem Land mit 41 Prozent nichtstädtischer Bevölkerung nicht verwundern. Ohne jemanden beleidigen zu wollen: Urbanität begünstigt bekanntlich eher religiöse Bindungslosigkeit, während ländliche Gebiete traditionell traditionsverhafteter und damit tendenziell politisch und religiös konservativer sind.

Allerdings ist obligatorisches Katholischsein samt demonstrativem Kirchgang keineswegs gleichzusetzen mit lebendiger religiöser Praxis. Daß in Österreich die Kirchentreue eher gesellschaftlich als spirituell motiviert ist, hat historische Gründe. Die Gegenreformation machte aus der evangelischen Mehrheit eine verschwindende Minderheit (die erst Jahrhunderte später durch Zuzug und Konversion wieder wuchs) und erhob den römischen Katholizismus neuerlich zur alleinigen Staatsreligion. Und da außerhalb des Staates, also außerhalb der Untertänigkeit gegenüber dem Monarchen, seinen Bürokraten oder dem Grundherrn, kein Heil war, stand, wer nicht katholisch war, außerhalb des sozialen Konsenses. Die Habsburger und ihre Feudalaristokraten hatten es geschafft, den Katholizismus zu einer aufgesetzt-verlogenen Pflichtveranstaltung zu machen, die ebenso klebrig-aufdringlich wie geistig-moralisch tot war. Die Verbrüderung von kirchlicher Hierarchie und politisch-wirtschaftlichen Machthabern kompromittierte den herrschenden Katholizismus in der Wahrnehmung aller, die für gesellschaftliche Veränderungen eintraten, so daß die ArbeiterInnenbewegung zur ersten sozialen Kraft wurde, die im wesentlichen außerhalb des klerikalen Einflusses stand. (Umso nachdrücklicher versuchte man später, der „gottlosen" Sozialdemokratie Organisationen der christlichen Arbeiterschaft entgegenzusetzen.)

Noch für die Epigonen der Monarchie, die christlich-sozialen Austrofaschisten, bildeten Konservatismus und Klerikalismus gemeinsam das ideologische Fundament ihres Regimes. Ihr Erbe aber hat nicht nur die ÖVP personell, organisatorisch und ideologisch angetreten, sondern ausgerechnet die Freiheitlichen – die aufgrund ihrer deutschnationalen Traditionen lange Zeit eher antiklerikal waren – haben erkannt, daß ein Rechtspopulismus, der die Ressentiments der Bevölkerungsmehrheit in WählerInnenstimmen ummünzen möchte, an der Kirche nicht vorbeikommt. Zwar geht es selbst einigen Haiderianern zu weit, wenn der bisherige Laizismus zu einem „wehrhaften Christentum" umgemodelt werden soll. Weil dahinter aber nichts als Fremdenfeindlichkeit nach dem Motto „Erst nehmen uns die Ausländer unsere Arbeitsplätze weg, jetzt wollen sie auch noch unsere Eckplätze im Himmel" steckt, wird sich der pro-rechtskatholische Schmusekurs wohl durchsetzen. Als Verteidiger des christlichen Abendlands vor den fremdgläubigen Orientalen können die Freiheitlichen nicht nur ihre primitive Xenophobie kulturalistisch verbrämen, sie eröffnen sich auch die Möglichkeit, der ÖVP die letzten treuen WählerInnen abspenstig zu machen. Schuschniggs gegen Hitlerdeutschland gerichtete Parole von 1938 „Für ein deutsches, soziales und christliches Österreich!" hat ironischerweise ausgerechnet Jörg Haider beerbt, der nicht nur das Kunststück schaffte, das deutschnationale Minderheitsklientel und die austropatriotische Mehrheit gleichermaßen zu bedienen, sondern sich durch das Eintreten für die „fleißigen und ehrlichen" kleinen Leute auch noch einen sozialen Anstrich à la Lueger gab. Daß irgendwann die Vereinnahmung des Austrokatholizismus dazukäme, war nur eine Frage der Zeit. Und geeigneter Ansprechpartner wie Bischof Krenn.

Kupferstich aus: Ars Erotica – Die erotischen Buchillustrationen im Frankreich des 18. Jahrhunderts.

Die ÖVP hat nur dann eine Chance, ihren bisherigen Alleinvertretungsanspruch in Sachen parlamentarischer Klerikalismus wenigstens in eine Mehrheitsbeteiligung hinüberzuretten, wenn die organisatorischen Netze halten, die beispielsweise die „Badei" (Partei in der Aussprache Alois Mocks) mit dem CV, dem Kolpingwerk, dem Raiffeisenverband usw. verknüpfen. Die Meinungsführerschaft bei der kirchenmoralisch inspirierten Verhinderung noch der selbstverständlichen Modernisierungen (etwa der Abschaffung der Reste der antihomosexuellen Gesetzgebung) jedenfalls droht die ÖVP an die Freiheitlichen zu verlieren. Deren neuerwecktes Christentum ist nämlich durch keinerlei echte Überzeugungen beinträchtigt und dient ausschließlich der geschickten medialen Präsentation zwecks Stimmenfang. Die Christdemokraten hingegen machen noch zu häufig den Fehler, den reaktionären Quatsch, den sie von sich geben, auch noch zu glauben.

Kirche, Sex and Crime

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen. Einer in Wirklichkeit religiös indifferenten, formell aber nach wie vor römisch-katholischen Mehrheit stehen in Österreich zwei Minderheiten gegenüber: die KatholikInnen aus Gewohnheit und Konservatismus und die KatholikInnen aus Überzeugung und Reformwillen. Alle drei Gruppen sind gleichermaßen unfähig, auf die Herausforderungen, die die Gegenwart an das Christentum heranträgt, angemessen zu reagieren. Letztlich sind alle drei nur verschiedene Weisen, auf den Widerspruch zwischen kirchlicher Lehre und Zeitgeist zu reagieren: durch Beharrung, Anpassung oder Gleichgültigkeit.

Dies kommt den Interessen einer Kirchenführung entgegen, die Veränderungen entweder nicht herbeiführen will oder kann, der deshalb der Konservatismus der einen ebenso recht ist wie die Ignoranz der anderen, vor allem aber die Indifferenz der Mehrheit. Die Pfarrer und Bischöfe haben sich längst daran gewöhnt, auf verlorenem Posten zu stehen. Kaum noch jemand nimmt das von ihnen verkündete Evangelium mehr besonders ernst oder läßt sich irgendwelche Vorschriften machen, die darauf hinausliefen, mit dem konsumistischen Konformismus zu brechen.

Daher ist es, um endlich auf die „Causa Groer" zurückzukommen, sehr unwahrscheinlich, daß das mediale Interesse, das diese bewirkt, auf ein Interesse an Kirche und religiöser Lebenspraxis zurückzuführen ist. Es geht um *Sex*, mehr noch: um *Sex and Crime*, Themen, die bekanntlich immer am be-

sten ziehen. Umso besser, wenn sie mit dem bizarren Flair des Klerikalen umgeben sind.

Bemerkenswerterweise hat sich ja auch die kirchliche Morallehre in der öffentlichen Wahrnehmung aufs Sexualmoralische reduzieren lassen. Unter „sündigen" versteht der Volksmund allenfalls noch die Aufnahme eines Übermaßes an Kalorien, obwohl man eh schon genug Gewicht auf die Waage bringt – vor allem aber ist „Sünde" etwas, was mit Sex zu tun hat. Verursacht wird das durch einen Gegensatz zwischen katholischer Auffassung und Zeitgeist, wie er fundamentaler nicht sein könnte. Während zeitgenössische moralische Problematisierungen zwischen den verschiedenen Weisen praktizierter Sexualität abwägen und Werte wie Partnerschaftlichkeit, Reife, Luststeigerung usw. favorisieren, kennt die kirchliche Lehre überhaupt nur eine einzige erlaubte Sexualpraktik: den in Zeugungsabsicht vollzogenen Koitus von heterosexuellen Eheleuten. Alles andere ist moralisch falsch.

Selbstverständlich kann ein solcher Rigorismus keinesfalls durchgesetzt werden, am wenigsten in den hedonistischen westlichen Konsumgesellschaften. Andererseits stehen dem Katholizismus keinerlei offizielle Mittel zur Verfügung, einmal als allgemeingültig ausgegebene Auffassungen kurzerhand zurückzuziehen oder auch nur im Sinne zeitgebundener Vorstellungen zu modifizieren. Alles was bleibt, ist die „Doppelmoral", also eine Praxis, die es erlaubt, auch das Offensichtlichste zu übersehen.

Das führt zu paradoxen Situationen. Zum Beispiel war es einerseits stets die christliche Kirche, die „Homosexualität" verdammte und „Homosexuelle" verbrennen ließ. Andererseits war jahrhundertelang der kirchlich vorgeschriebene Zölibat die einzige zulässige Lebensform, die es erlaubte, der Zwangsheterosexualität zu entkommen, waren die Klöster die einzigen Orte, an denen Männer und Frauen jeweils unter sich bleiben konnten – und in denen deshalb immer wieder eine zwar stets gefährdete, aber dennoch sehr lebendige „homosexuelle Subkultur" existieren konnte. Auch wenn es darüber begreiflicherweise kein statistisches Material gibt, ist anzunehmen, daß auch heute der Anteil homosexueller Männer unter den katholischen Priestern deutlich höher ist als in der Gesamtbevölkerung. Nicht ganz unverständlich, denn wenn einer nicht mit Frauen darf, braucht er sich nicht fragen zu lassen, warum er nicht mit Frauen will.[7] Die Abschaffung des Zölibats – so befreiend sie vielen erscheinen mag – bedeutet demnach unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, die nun einmal antihomosexuell sind, ein Stück heterosexistische Repression.

Zuletzt: Die „Causa Groer"

Während die von ihr gestützte Antihomosexualität der katholischen Kirche also traditionell zuarbeitet, weil sie sie mit Mitarbeitern versorgt, die sich – oft ohne es zu wissen – vor genau dieser Antihomosexualität dorthin flüchten, wo sie am wenigsten greifen kann, kann die Kirche andererseits offiziell nichts unternehmen, um diesen Zustand zu bewahren. Im Gegenteil. Sobald ein Fall von gleichgeschlechtlicher Praxis publik wird, werden personelle Konsequenzen gezogen. Allenfalls das Publikwerden versucht man so lange wie irgend möglich zu verhindern.

Erstaunlicherweise hat man da bei den Homos Probleme, die man bei den Heteros nicht hat. Katholische Priester leben mehr oder minder offen in heterosexuellen Lebensgemeinschaften – allein in Österreich leben rund 60.000 „Pfarrerkinder", für die die Kirche Alimente zahlt, damit der Papa sich nur ja nicht laisieren[8] läßt – danach kräht kein Hahn, darüber schreibt niemand, sendet niemand, das stürzt die Kirche in keine „Krise der Glaubwürdigkeit". Auch ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der heterosexuellen Priester für die Versuchung zum Mißbrauch von Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnissen weniger anfällig ist als die Minderheit der homosexuellen. Dennoch stehen nur letztere im Dauerverdacht, machen nur letztere Schlagzeilen.

Umso besser also, daß in Hans Hermann Groer von einer Allianz aus Episkopat und Massenmedien nicht nur jemand gefunden wurde, dem man nicht bloß sexuelle Verfehlungen vorwerfen kann, sondern sogar – pfui, pfui, pfui – homosexuelle. Die Freude über diesen idealen Sündenbock führt zur Hysterie. „Keine falsche Barmherzigkeit" verkündet das bekannteste Groer-„Opfer", Josef Hartmann, das Motto der Treibjagd. Und die vier ranghöchsten katholischen Hierarchen führen den hübschen Begriff der „moralischen Gewißheit" ins Rechtssystem ein. Ja, wenn alle meinen, daß er schuldig ist, dann muß doch was dran sein. Früher, in den Inquisitionsprozessen, gab es schließlich auch keine Unschuldsvermutung. (Zum Glück für Groer sind in Österreich Scheiterhaufen feuerpolizeilicherseits nicht mehr gern gesehen.)

Dabei gäbe es eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Sache – ganz ohne Abtprimasse und Päpste – zu bereinigen: Man zeigt Groer an. Wird er verurteilt, ist er schuldig. Wird er nicht verurteilt (oder erhebt die Staatsanwaltschaft wegen der Dürftigkeit der Beweislage keine Anklage), hat er als unschuldig zu gelten. Punkt. Alles andere ist pfäffisches Herumgerede, das sich dadurch als Ablenkungsmanöver entlarvt. Man redet solange von „Verantwortung" und „Schuld", bis niemand mehr weiß, worum es überhaupt geht. Aber eines ist sicher: Es geht nicht um Hans Hermann Groer. Es geht um das Versagen der römisch-katholischen Kirche. ■

Stefan BRONIOWSKI studiert u.a. Philosophie und die Systematischen Theologien beider großen christlichen Konfessionen.

Anmerkungen

1 Dieser Ausdruck bezeichnet die öffentliche oder halböffentliche Bekanntgabe einer homosexuellen Person, sie sei eben dieses. Nicht zu verwechseln mit Outing.

2 Bekanntgabe der Homosexualität einer anderen Person. Nicht zu verwechseln mit Coming-out. „Sich outen" ist also Unsinn. Freilich hat das ihnen lange unbekannte Wort den heterosexuellen JournalistInnen so gut gefallen, daß man sich (!) inzwischen sogar als Zigarrenraucher (!) oder anderes „outen" kann.

3 Gottes eigenes Land.

4 Wir vertrauen auf Gott.

5 Gott segne Amerika.

6 Vielleicht am besten zu übersetzen mit „Annäherung an das Heute".

7 Während umgekehrt – auch wenn es auch hier selbstverständlich keine Statistik gibt – davon ausgegangen werden darf, daß der Anteil Homosexueller unter den evangelischen Pastoren deutlich geringer ist als in der Gesamtbevölkerung: Homosexuelle haben keinen Vorteil vom Pastorendasein, Pastoren sind im Gegenteil verstärkten moralischen Ansprüchen ausgesetzt, die für die meisten Gemeinden Homosexualität nach wie vor ausschließen.

8 Laisieren: vom Priester- wieder in den Laienstand zurückversetzen.

Selbstausschaltung der Politiker im OECD-Bereich?

Ein Schutzabkommen für Investition ausschließlich für die Multis

Lutz HOLZINGER

Wenn man zum erstenmal davon hört, traut man seinen Ohren nicht: Auf der Ebene der OECD, der Organisation der 29 reichsten Staaten der Welt, wird bereits geraume Zeit über ein multilaterales Abkommen über Investitionen (Multilateral Agreement on Investment", abgekürzt: MAI) beraten. Diese Vereinbarung sieht eine totale Gleichbehandlung der trans- oder multinationalen Konzerne zunächst in jedem OECD-Land vor, in dem sie sich zu Investitionen entschließen. Zunächst wären davon zwar „nur" die Länder betroffen, die der OECD angehören. Da der Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO, Renato Ruggiero, aber das geplante Abkommen als „Verfassung für die Weltwirtschaft" bezeichnet, kann man davon ausgehen, daß der Vertragstext, sobald er ratifiziert ist, von allen Staaten der Dritten Welt ohne jeden Einfluß auf seine Gestaltung unterzeichnet werden müßte, sofern sie weiter an Investitionen von Multis interessiert sind.

Daß diese kurze Zusammenfassung dessen, was der geplante MAI-Vertrag bedeutet, nicht aus der Luft gegriffen ist, bestätigt ein – zumindest in unseren Augen – unverdächtiger Zeuge: Der ÖGB-Pressedienst hat am 11. März 1998 folgende umfangreiche Aussendung veröffentlicht. Sie wird hier im vollen Wortlaut wiedergegeben, weil die Konsequenzen, die das Abkommen nach sich zieht, für Außenstehende dermaßen unglaublich sind, daß man ihre Darstellung ohne Möglichkeit, sich auf eine seriöse Quelle berufen zu können, zunächst für erstunken und erlogen halten muß. Hier die Aussendung:

„Heftige Kritik am geplanten Investitionsschutz-Abkommen der OECD übten der Vorsitzende des ÖGB-EU-Ausschusses und Europaabgeordnete Harald Ettl und der ÖGB-Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) der EU, Ernst Tüchler. Die beiden ÖGB-Vertreter: Der vorliegende Entwurf ist in wesentlichen Punkten nichts andres als die Einschränkung der wichtigsten Arbeitnehmerrechte durch die Hintertür.

Das von der WTO der OECD übertragene *Mulitlateral Agreement on Investment (MAI)* soll vorerst in den OECD-Ländern internationale Investoren schützen. Die Kritik von Ettl und Tüchler richtet sich nicht grundsätzlich gegen dieses Abkommen, sondern dagegen, daß damit auch die Rechte österreichischer ArbeitnehmerInnen durch die Hintertür verletzt werden."

Konkret werden in der Aussendung folgende Kritikpunkte angeführt:

Beschäftigungserfordernisse: Hier soll das Gastland gegenüber dem Investor verpflichtet werden, keine Beschäftigungsauflagen an den Investor zu erteilen, sofern gültige Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen aus dem Land, in dem die Arbeitnehmer vorher unabhängig von ihrer Nationalität beschäftigt waren, vorliegen. Tüchler: Das ist die Umkehrung der derzeitigen österreichischen Rechtslage. Besonders brisant sei dieser Punkt auch deswegen, so Tüchler, da sich dieser Punkt im Abkommen nicht nur auf das sogenannte Schlüsselpersonal (Manager), sondern auch auf Personal mit speziellen Fähigkeiten wie beispielsweise Maurer beziehe. Der ÖGB-Experte: Das ist ein sehr dehnbarer Begriff. Ettl bezeichnete diesen Punkt als stille Vorwegnahme der EU-Osterweiterung für einige Länder. So ist etwa Ungarn Mitglied der OECD.

Sozialversicherungsbereich: Nach dem vorliegenden Entwurf fällt der Bereich der sozialen Sicherheit vollständig unter dieses Abkommen. Ettl und Tüchler: Sollte das Abkommen von Österreich in der vorliegenden Fassung unterzeichnet werden, könnte in Zukunft jeder private Anbieter von sozialen Versicherungsleistungen gerichtlich staatliche Zuschüsse einklagen oder Österreich müßte die staatlichen Zuschüsse an die bestehenden Sozialversicherungen streichen. Der ÖGB fordert daher, daß der Bereich der sozialen Sicherheit aus dem Abkommen gestrichen wird.

Streitbeilegungsverfahren: Nach dem geplanten Abkommen soll in Zukunft ein eigener Gerichtshof geschaffen werden, bei dem ein Investor etwaige Verluste und entgangene Gewinne durch Verletzung von Verträgen einklagen kann. Bisher mußten Investoren an die eigene Regierung herantreten und diese versuchte, die Streitangelegenheit mit der Regierung des Landes, in dem die Investition getätigt wurde, zu regeln. Bei dem neu zu schaffenden Gerichtshof dürften, so der Entwurf, zwar Arbeitgeber klagen, ArbeitnehmerInnen werde dieses Recht aber nicht zugestanden. Ettl und Tüchler: Das widerspricht jedem demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzip. Unternehmer dürfen klagen; den ArbeitnehmerInnen wird dieses Recht selbst bei schwersten Verletzungen des Arbeitsrechts nicht eingeräumt. Das wäre ein internationaler Rückfall ins Herrscherprinzip des 19. Jahrhunderts.

„Preperatory Group": Im Rahmen dieses Abkommens soll eine eigene Geschäftsführung geschaffen werden. Tüchler: Dieses Gremium soll Rechte wie die nationalen Parlamente ohne jede demokratische Legitimation bekommen.

Nicht zu akzeptieren seien laut Ettl ferner die im Abkommen vorgesehenen „stand still"- und „roll-back"-Klauseln. Diese sehen vor, daß sich die Vertragsparteien verpflichten, alle nationalen Gesetze und Regeln, aber auch alle EU-Richtlinien die Verordnungen,

die dem Abkommen widersprechen, aufzuheben und auf alle Zukunft keine Gesetze und Bestimmungen zu erlassen, die dem Abkommen entgegenstehen. Ettl: Das wäre eine Ausschaltung der nationalen Parlamente sowie der EU-Gesetzgebung.

Im Abkommen findet sich auch eine Bestimmung, welche es Unternehmen ermöglicht zu klagen, wenn ihnen etwa durch Streik Gewinne entgehen. Ettl: Das wäre das Aus für jede gewerkschaftliche Aktion. Kritik übt der Europaabgeordnete auch daran, daß im Abkommen die Besteuerung von Gewinnen völlig ausgeklammert werde, während die EU sich gleichzeitig um eine Harmonisierung der Unternehmerbesteuerung bemüht, um der Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben. Ettl: „Da wäre jede Steuerharmonisierung für die Katz'. Die multinationalen Konzerne könnten weiterhin quasi legal Steuern hinterziehen."

Ettl fordert daher, daß der Vertragsentwurf auf alle seine Auswirkungen überprüft und eine eigene Klausel zur Regelung der internationalen Kapitalströme aufgenommen werde. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise in Asien. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung solle es eine sogenannte Regionalklausel geben, welche besagt, daß das Abkommen die Bestimmungen der EU nicht aufhebt und die künftigen Bestimmungen nicht beschränkt. Sichergestellt werden sollte auch, daß bestehende Umwelt- und Sozialstandards bewahrt und weiterentwickelt werden können. Das Abkommen müsse auch das Klagerecht der ArbeitnehmerInnen verankern. Ettl: „Generell darf das Abkommen erst nach einer breiten öffentlichen Diskussion und nach der Befassung aller nationalen Parlamente und des EU-Parlaments abgeschlossen werden."

So weit die beiden Sprecher des ÖGB zur MAI-Problematik. Ihnen liegen zwar unter Verzicht auf jeden Hauch von Internationalismus lediglich die Interessen der österreichischen Werktätigen am Herzen, dennoch legen sie den Finger auf einige wunde Punkte des geplanten Abkommens. Man kann sich vorstellen, welche Konsequenzen der Vertrag für Länder der Dritten Welt hätte, sobald er auch ihnen aufgezwungen würde: Sie müßten sich ohne Widerrede dem Diktat der transnationalen Konzerne beugen. Dementsprechend deutlich fiel die Sprache des Netzwerkes von Gruppen und Kräften in Österreich aus, die aktiven Widerstand gegen diesen Anschlag auf eine von den Multis unabhängige Wirtschaftspolitik leisten.

Treffen in Innsbruck

Das jüngste Treffen von Initiativen und Einzelpersonen, die auf diesem Feld konkrete politische Arbeit leisten, fand am 20. und 21. März in Innsbruck statt. Als Organisator der Beratung fungierte die Gruppe MAI-frei-Innsbruck, die sich auf Initiative der Politikwissenschaftlerin Claudia von Werlhof gebildet hat. Die Teilnehmer (Gruppen wie Individuen) kamen neben den bestehenden MAI-Gruppen vor allem aus dem Kreis des zivilen Netzwerks von Dritte Welt-, Frauen- und Umweltinitiativen. Anwesend waren auch Vertreter aus dem Bereich der Kirchen, der Grünen Bildungswerkstätten und des Parlamentsklubs der Grünen sowie der KPÖ. Aktiv in die Beratungen brachten sich ferner Tiroler Spitzengewerkschafter und ein Tiroler Landtagsabgeordneter der Grünen ein.

Die von den weltweit aktiven Gegnern des MAI – die in Ländern wie Kanada und Holland besonders stark sind und erfolgreich agieren – zusammengetragenen Basisinformationen über das Abkommen lesen sich in einem Papier, das von Gruppen zirkuliert wird, die in dieser Frage aktiv sind, wie folgt:

„Seit mehr als zwei Jahren wird im Verein der reichsten Industrieländer (OECD) ein Vertrag ausgehandelt, dessen

- Ziel der Schutz und die Liberalisierung ausländischer Investitionen ist.
- Mulitnationale Unternehmen werden dabei teilweise Nationalstaaten gleichgestellt und
- sie erhalten das Recht, Staaten auf die Einhaltung der MAI-Bestimmungen zu klagen, Schadenersatz zu verlangen, und die Staaten zu verpflichten, dem Urteil des MAI-Schiedsgerichts Folge zu leisten.
- Das MAI stellt nach Ansicht seiner KrititikerInnen eine neoliberale Verschärfung der NAFTA-Bestimmungen (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko) dar und ist der Versuch ihrer Ausdehnung auf den gesamten Globus.
- Kritisiert wird auch, daß die Verhandlungen bislang fernab jeder Öffentlichkeit erfolgten und daß die Machtverschiebung zugunsten multinationaler Unternehmen und ihrer Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt nicht diskutiert werden. Die Gewerkschaften wurden erst nach eineinhalb Jahren durch Dritte auf dieses Vertragswerk aufmerksam gemacht.
- Das MAI soll im April/Mai 1998 unterzeichnet und anschließend von den nationalen Parlamenten (auch dem österreichischen) abgesegnet werden. Ob dieser Fahrplan hält, ist aber fraglich.
- Die unterzeichneten Staaten verpflichten sich für mindestens 20 Jahre, die Bestimmungen des MAI zum Schutz internationaler Investoren einzuhalten. Dies bedeutet, daß staatliche Wirtschaftspolitik unabhängig von politischen Veränderungen (demokratischen Wahlen) für einen sehr langen Zeitraum auf das neoliberale Experiment mit allen seinen katastrophalen Konsequenzen für Mensch und Natur verpflichtet wird."

Zur Erläuterung der Auswirkungen des Vertragswerks heißt es in dem Papier weiter:

„Laut OECD ist das MAI der erste Versuch in einem internationalen Abkommen, multinationale Verpflichtungen zu schaffen, welche den Schutz von Investitionen, die Liberalisierung von Investitionstätigkeit und verpflichtende Streitbeilegungsmechanismen kombinieren. Es zielt auf die Eliminierung von Rahmenbedingungen, welche internationale Investitionsflüsse stören könnten. Den internationalen Investoren sollen zumindest nationale Behandlung (Gleichstellung mit inländischen Unternehmen) und ein Meistbegünstigungsstatus (gleiches Recht für alle ausländischen Investoren) gewährt werden. Da Investitionen vom MAI extrem weit definiert werden (u.a. auch geistiges Eigentum, Patentrechte auf Leben – Gene? –, Grund und Boden, indirekte Investitionen wie Beteiligungen), wird nahezu die gesamte Ökonomie eines Landes von den MAI-Bestimmungen erfaßt."

Meistbegünstigung für Multis

Daß die Geheimverhandlungen auf der OECD-Ebene überhaupt bekannt wurden, ist nicht den nationalen Delegierten bei den Verhandlungen zu verdanken. Bei ihnen handelt es sich übrigens durchwegs um Spitzenbeamte aus den Handelsministerien der OECD-Staaten. Die Aufdeckung dieses schlecht verhüllten Anschlags auf die

wirtschaftliche Souveränität der Staatengemeinschaft ist vielmehr der intelligenten Nutzung des Internet durch oppositionelle Gruppen zu verdanken. In der Praxis von engagierten Arbeitsgruppen erweist sich dieses Medium als Alternative zur Manipulation der internationalen Nachrichten- und Medienkartelle, das international orientiert ist und weltumspannend funktioniert. Dasselbe in – sagen wir – Holland, Österreich oder Kanada zugängliche Informationsmaterial über das MAI – ist auch für interessierte Gruppen in Senegal, Honduras oder Argentinien zugänglich.

Für den Gesamtprozeß der OECD-Bemühungen um das MAI sind mehrere Faktoren bezeichnend:

Es liegt auf der Hand, daß die Hinterabsicht der Multis das Abkommen bestimmen soll, in jedem Land ihrer Wahl eine Art Meistbegünstigungsklausel zu bekommen. Motto: Was wir nicht bekommen, darf auch niemand anderer kriegen. Das unterstreichen die beiden eingangs zitierten ÖGB-Funktionäre mit dem Hinweis, daß die Sozialversicherung unter MAI-Bedingungen keine staatlichen Zuschüsse mehr bekommen dürfte, weil ansonsten jeder beliebige Versicherungskonzern diese Funktion beanspruchen und ebenfalls staatliche Mittel verlangen könnte. Unter den Tisch fiele dadurch die Möglichkeit, im Rahmen von Nationalstaaten oder Weltregionen Schutzzölle zum Aufbau bestimmter Wirtschaftszweige einzuheben oder Sonderunterstützungen für förderungswürdige Betriebe oder Branchen zu gewähren. Die politische Sphäre würde jeder Handhabe beraubt, um den Lauf der wirtschaftlichen Ereignisse auch nur im geringsten zu beeinflussen. Denn das Abkommen sieht natürlich auch den völlig freizügigen Gewinntransfer für Multis vor.

Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger, von keinem dirigistischen Wässerchen getrübter Liberalismus ganz nach dem Geschmack der transnationalen Konzerne wäre, die so schon einen wesentlich größeren Einfluß auf die Weltwirtschaft haben, als ihr gut tut. Zu fragen ist freilich, welcher Teufel hingegen die Politiker aller beteiligten Länder reitet, daß sie es Spitzenbeamten ihres Einflußbereichs gestatten, daran mitzuwirken, daß ihnen sämtliche wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten entzogen werden. Diese Bereitschaft liegt allerdings im allgemein erkennbaren Trend der Verabschiedung der Politiker aus der Politik, wenn man darunter den Willen versteht, konkrete Politik zu machen und Entscheidungen auch tatsächlich zu treffen. Das Phänomen, Entscheidungen aufzuschieben und nach Möglichkeit auf eine höhere Ebene zu delegieren, ist nicht auf Österreich beschränkt, sondern erweist sich unter dem Blickwinkel der MAI-Verhandlungen als Zug der Lemminge.

Erleichtert wird den Verantwortlichen diese Selbstausschaltung der Politik offenbar durch die Tatsache, daß das Abkommen diametral gegen die öffentliche Wirtschaft im allgemeinen und jeden Verstaatlichungsschritt im besonderen gerichtet ist. Damit werden zwei negative Effekte verstärkt: Erstens steigt der Druck zur weiteren Entstaatlichung auch solcher Sphären, die wie das Bildungswesen in Zentraleuropa seit jeher eine öffentliche Angelegenheit waren. Zweitens werden künftig – partikulare oder umfassende – Versuche von vornherein massiv erschwert, die Wirtschaft auf eine andere Basis des Eigentums zu stellen als das heute alleinseligmachende Privateigentum. Wie die Dinge liegen, gerät mitunter auch Sand ins Räderwerk der Interessen der Multis. Ausgerechnet am Wochenende, an dem die österreichischen MAI-AktivistInnen in Innsbruck tagten, erschien in der »Neuen Zürcher Zeitung« unter dem Titel „Festgefahrene Fronten bei den MAI-Gesprächen – Rücktritt des Verhandlungspräsidenten“ eine Meldung, in der es unter anderem hieß: „Wie sich in dieser Woche bei den hinter dicht verschlossenen Türen geführten Verhandlungen neuerlich zeigte, stehen einem baldigen Gesprächserfolg weiterhin große sachliche Widerstände und grundlegende Meinungsverschiedenheiten im Weg – nicht zuletzt die amerikanischen Helms-Burton- und d'Amato-Gesetze, welche nicht nur von europäischer Seite vehement abgelehnt werden. Es gilt somit als sicher, daß das angestrebte Ziel, das Vertragswerk noch bis Ende April unter Dach und Fach zu bringen, nicht erreicht werden wird. (...) In Anbetracht der ins Stocken geratenen Gespräche soll, wie am Freitag in Paris zu vernehmen war, der bisherige Verhandlungspräsident, der Niederländer Frans Engering, das Handtuch geworfen haben.“ (Ausgabe vom 20. und 21. März 1998) Dieser Schritt wird von dem Blatt unter anderem darauf zurückgeführt, daß den MAI-Verhandlungen „auch in den Niederlanden politischer Widerstand erwächst“. ■

„Zoma“-Markt in Antananarivo auf Madagaskar, Schaufeln zum Umgraben der Reisfelder. Foto: Christian Vaisse.

Lutz HOLZINGER ist Germanist und Journalist.

Blindlinks*

Randglossen eines späten Abkömmlings

Franz SCHANDL

1968 war 1978. Zumindest für mich.
Es war das Jahr, in dem
ich maturierte.
In Waidhofen an der Thaya
erschien seit Herbst 1977 die Schülerzeitung »Auseinandersetzung« und
ich war einer ihrer eifrigsten
Aktivisten gewesen.

Das Blatt, in seinen Anfängen ein offenes und kritisches Forum für alles, was links von MKV und UHS stand, umfaßte in seinen besten Tagen bis zu 30 Sympathisanten, nicht nur Schüler, sondern auch Studenten, Lehrlinge und Präsenzdiener. Auch die Themen waren ursprünglich breitgefächert, noch nicht stromlinienförmig auf die alte Arbeiterbewegung hin zugeschnitten. Mein allererster publizierter Artikel, eine Attacke gegen die lokale MKV-Verbindung *Rugia*, begann mit dem fulminanten Satz: „Während es in den letzten Jahren mit dieser Verbindung schon abwärts zu schlittern drohte, zeigt sich im letzten Jahr neuerlich ein Aufwärtstrend." So hat der Kampf begonnen, nicht nur der mit der Sprache.

Von Nummer zu Nummer wurde das Spektrum der Zeitung allerdings enger, die Terminologie rabiater, die Aussagen rigoroser. Die von anderen und mir forcierte Bolschewisierung der Schülerzeitung trieb uns alsbald in die Isolation. In der Phase des Niedergangs setzte ich gar ein Bekenntnis zu den ersten vier Weltkongressen der KOMINTERN durch. Die meisten (mich nicht ganz ausgeschlossen) wußten zwar kaum, was die III. Internationale gewesen war, noch welche Bedeutung die ersten Kongresse hatten. Darum ging's auch nicht, wir glaubten dadurch aber das Flottieren der eigenen Mitarbeiter unterdrücken, ja sie durch diese rigiden Beschlüsse bei der Stange halten zu können. Mit Marx und Engels, Lenin und Trotzki im Gepäck (aber unausgepackt!) meinten wir jedenfalls für unsere Vorhaben bestens gerüstet zu sein. Das war ein Trugschluß, aber er trug ein Stück des Weges.

Nicht konservative Repression – die hat es selbstverständlich auch gegeben, sie betraf stets mehr die Mitläufer als die zentralen Aktivisten – brachte uns zum Schweigen, sondern wir uns selbst. Was vielversprechend begann, wurde von uns selbst erledigt. In der allerletzten Nummer 10 sprach ich noch einmal eine dummdreiste Drohung aus. In dem Gedicht „Es kommunistet" heißt es: „Und wer gegen uns ist / soll sich fürchten!" So steht es da, schwarz auf weiß. Und ich wundere mich nicht, dies einstens geschrieben zu haben, ich wundere mich aber sehr, daß keiner meiner damaligen politischen Freunde den Mut gefunden hat, mir zu sagen, was davon zu halten ist.

Siegesgewiß

Was die von mir akzeptierten Autoritäten mir vorlegten, das akzeptierte ich, was ich jenen vorgab, die mich als Autorität zu akzeptieren hatten, das hatten auch jene zu akzeptieren. Die Welt war einfach, und die Revolution stand bevor. Wir waren ausgesprochen siegesgewiß. Woher wir diese Gewißheit genommen haben, ist mir bis heute ein Rätsel geblieben.

Wie die Achtundsechziger durchliefen auch wir die unterschiedlichen Phasen vom antiautoritären Aufbegehren hin zum autoritätsfixierten Kader. Es ging nur noch schneller, was freilich den Vorteil hatte, nicht ein Jahrzehnt in einer K-Gruppe verbringen zu müssen. Ich wurde Trotzkist und Mitglied in der *Sozialistischen Aktion (SOAK)*, einer aus dem ehemaligen *Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM)* hervorgegangenen Studentengruppierung. Ich bin dort wahrscheinlich der jüngste und schlimmste Kader gewesen, doch da ich der allerletzte Neuzugang war, freute man sich dort meines Beitritts. Schon im Dezember 1980 löste man mir aber den Verein auf. Das hat mich getroffen, aber nicht aus der Bahn geworfen.

Fad ist mir jedenfalls nicht geworden. Ständig gab es etwas zu tun. Es waren Zeiten permanenter Betriebsamkeit. Da eine Resolution, dort eine Eingabe, heute eine Demo, morgen eine Podiumsdiskussion, übermorgen eine Sitzung, freitags ein Fraktionstreffen, am Wochenende Schulung. Stets waren wir unterwegs, immer waren wir beschäftigt. Die Reflexion hielt sich bei diesem Tempo in Grenzen.

Wurde man mit SPÖ und KPÖ nicht glücklich, begeisterten auch Trotzki und Mao nicht mehr, dann fand man in Lukacs oder Gramsci ein neues Leitbild. Zog der *Klassenkampf* nicht mehr so recht, dann hatte die *Hegemonie* herzuhalten. Immer mußte man Fan sein. Irgendwo wußte man stets, wo es lang ging, obwohl schon lange nichts mehr ging. Es ist anzunehmen, daß nach dem Auftakt von 1968 in den siebziger und achtziger Jahren zigtausende Menschen durch die radikale, systemoppositionelle Linke geschleust wurden. Ihre Bedürfnisse und unmittelbaren Anliegen konnten dort jedoch nicht wirksam zusammengefaßt werden.

Sensible oder gar kritische Einwände wurden nicht selten niedergebügelt, differenzierte Ansichten und Vorgangsweisen als Opportunismus gebrandmarkt. Die *Linie*, oft noch in der Steigerungsform der *Klassenlinie*, die durfte bei Strafe der Denunziation nicht verletzt werden. Und da jene immerfort irgendwie verletzt wurde, verletzten wir uns alle gleich mit. Spinnefeind standen wir uns oftmals gegenüber. Die ärgsten Feinde waren so nicht die Klassenfeinde, sondern jene, die uns eigentlich am nächsten gestanden sind. Das waren nämlich schon Abweichler. Andauernd wurde da jemand des Verrates überführt. Natürlich kamen einige Brüche in einer Geschwindigkeit, mit der niemand rechnete. Die Formel des Renegaten war aber trotzalledem immer eine beschränkte. Wer Verrat sagt, weiß meist keinen Rat mehr, begreift

---

* Dieser Beitrag stammt aus dem Buch „Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe", hg. von Bärbel Danneberg u.a., Wien, 1998.

Die Zwischentitel stammen von der »Weg und Ziel«-Redaktion.

nicht, sondern attackiert blind. Blindlinks. An den Folgeerscheinungen dieser K2L (Kampf zweier Linien)-Mentalität leidet die österreichische Linke noch heute.

Faschingsdienstag der Linken

Großmäuligkeit und Unbelesenheit korrespondierten in einem erschreckenden Maße. Je ignoranter, desto präpotenter. Die Goschertsten waren oft die Dümmsten. Der Horuck-Revolutionarismus feierte sich ab. Es war der lange Faschingsdienstag der Linken, der kein Ende finden wollte, obwohl er längst vorbei gewesen war. Schon damals, zu Beginn der Achtziger.

Erst im Zuge intensiverer Studien wurde mir klar, daß allzuoft über etwas gesprochen wurde, von dem man eigentlich wenig bis keine Ahnung hatte. Von den Klassikern war zwar immer die Rede, doch über die Paraphrasierung einiger Stehsätze ist man kaum hinausgekommen. Marx trat so im Gewand einiger kleiner politischer Schriften, meistens in Form des dünnen „Kommunistischen Manifests" auf. Das „Kapital" mußte zwar als Zitatenschätzchen herhalten, ansonsten aber stand es kaum in Gebrauch. Das wäre zuviel der Mühe gewesen. Marx war der, „den man nicht liest, weil man ihn ja eigentlich immer schon gelesen haben müßte," sollte Günther Anders einmal treffend bemerken.

Die Abwendung hatte so oft den gleichen Grund wie die Hinwendung. Der Marxismus, das war eine Mode der Achtundsechziger, ein besonderes Erkennungszeichen, ein Jargon, an dem man Zusammengehörigkeit merken sollte. Er war austauschbar, auch wenn wir das dazumals nicht wahrhaben wollten, dazumals, als in den linken Seminaren auf der Uni selbst junge ÖVPler auf Marxismus machten. Im Nachhinein wird man das Gefühl nicht los, als hätten nicht allzu viele ihre damalige Existenz allzu ernstgenommen. Für viel zu viele blieb das Aufbegehren so eine Episode, ein buntes Versatzstück ihres Lebens.

Die Geschichte vom Roten Willi, der vom Roten Börsenkrach zum Schwarzen Börsenhai umgestiegen ist, die braucht man nicht erfinden, die ist echt. Nicht wenige Biographien verliefen in ähnlich absonderlicher Weise. In keinem Roman wären jene zu bändigen, zu aufgesetzt und abstrus erschiene die Wahrheit. Jeder Autor würde sich einer schwülstigen Phantasie verdächtig machen.

Die meisten haben sich aber dann klammheimlich davongeschlichen – die noch sympathischere Variante, andere machten den Kotau vor der Macht. Nur

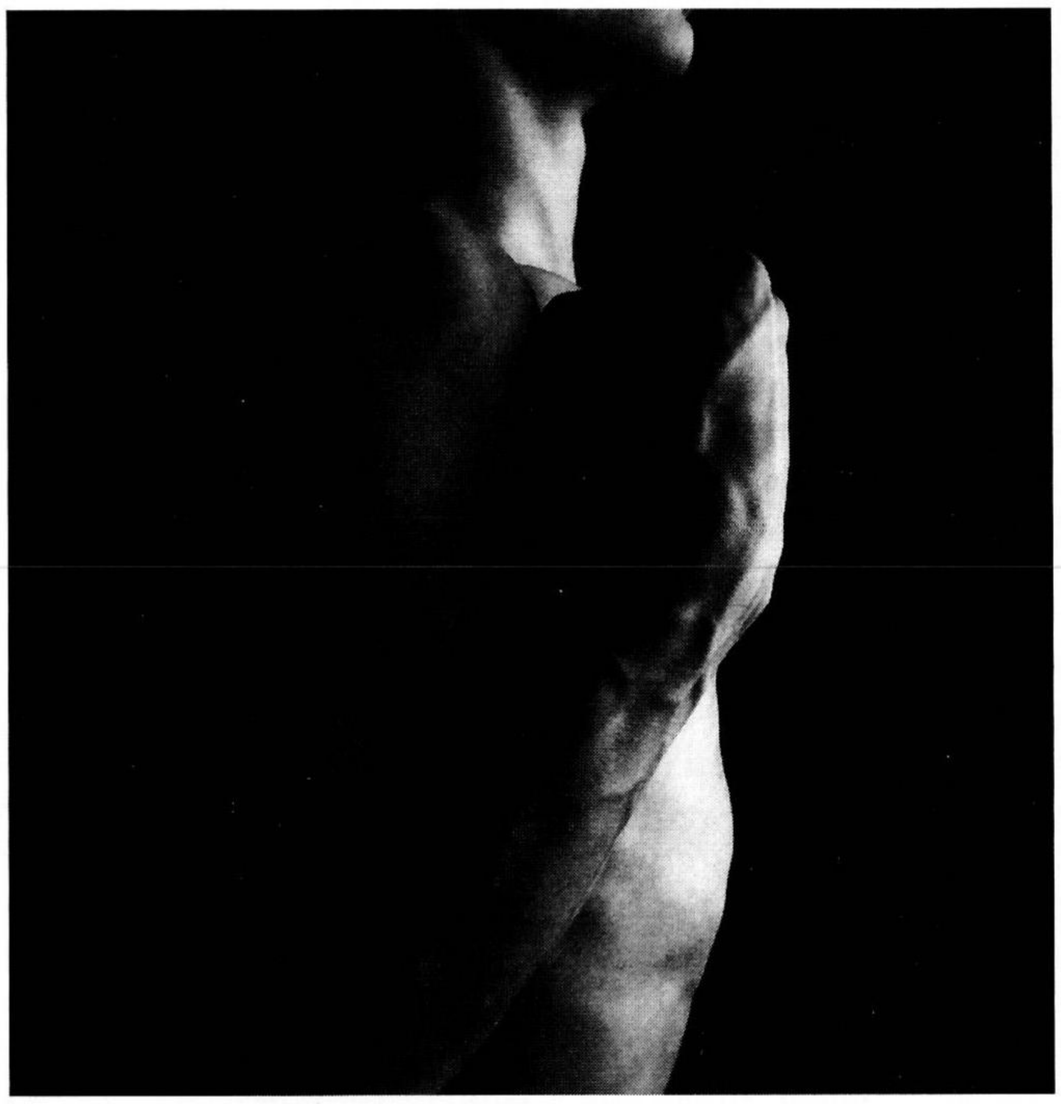


Foto: Herlinde Koelbl, aus: Männer. 1984.

ganz wenige wollten aufarbeiten und weiterentwickeln, was da als Emanzipation angesagt war. Zur letzten Gruppe zähle in aller Unbescheidenheit auch ich mich.

Bücher als Kiloware

Wenn du jemanden erkennen willst, dann schau dir seine Bücher an. Die linken Bücherwände glichen sich noch vor einem knappen Jahrzehnt in ihrer Zusammenstellung bis in kleine Details. Fast meint man, die seien nicht ausgesucht, sondern als Kiloware geliefert worden. Sie sind *donaulandartig* angelegt.

Die Programme auch der großen Verlagshäuser waren in den siebziger Jahren noch voll mit radikaler Literatur, die sich dazumals blendend verkaufte. Über die Qualität läßt sich wenig streiten, sie war in den allermeisten Fällen erbärmlich gewesen. Das Bedürfnis orientierte sich nicht an originellen Inhalten, sondern an der aktuellen Mode linker Platitüden. Die überzähligen Taschenbücher von Suhrkamp und Rowohlt, Fischer und (sogar) Ullstein sind heute um 19.- oder 29.- Schilling diversen Ramschkisten zu entnehmen. Inzwischen sind die Verlagsprogramme von solchen Anwandlungen weitgehend frei. Riecht etwas nach Marxismus, sind die Chancen erdenklich gering, daß es publiziert werden kann. Zumindest in den großen Verlagen.

An den Bücherwänden hat sich nun zwar die Füllung, nicht aber die Struktur geändert, sie sind nach wie vor standardisiert geblieben, wenngleich die Standards andere geworden sind. Gerade das sollte aber zur Vorsicht mahnen: „Was gestern selbstverständlich gewesen ist, ist heute völlig unverständlich geworden", meint ja auch: Was heute selbstverständlich ist, wird morgen gänzlich unverständlich sein. Es ist nicht allzu schwer, Hans-Peter Martin oder Viviane Forrester schon jetzt die Verramschung, die Papiertonne oder das Vergessenwerden zu prophezeien. Was hiermit geschieht.

Geschäftigkeit und Geschäftstüchtigkeit

Linke Geschäftigkeit erwies sich oftmals als Vorstufe bürgerlicher Geschäftstüchtigkeit. Vornehmlich in den K-Gruppen, aber auch in vielen Basisinitiativen wurden wirklich multiple Persönlichkeiten herangebildet. Mehr als der Schule verdanken viele der Schulung. Jahrelang lernten und lehrten die Genossinnen und Genossen schreiben und lesen, reden und blödeln, organisieren und agitieren, intrigieren und taktieren, plakatieren und kandidieren. So armselig der Inhalt auch gewesen sein mag, so reichhaltig gestalteten sie sich doch der Form nach. Hilflos das Kopfwerk, haltlos das Mundwerk, schrankenlos das Handwerk.

Kontakte, Kontakte, Kontakte. Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation. Jahre bevor Flexibilisierung angesagt war, kreierte die Linke schon ihre Flexi-Individuen. Mit auch ein Grund, warum nicht wenige in diversen Berufen vorzüglich reüssieren konnten. Zumindest in den Zeiten, bevor die Jobs insgesamt rar geworden

sind. Das Engagement hatte sich gelohnt – nur ganz anders als ursprünglich vermutet. Viele taten den Sprung und landeten im ORF, den Zeitungen oder in der Grünpartei, ohne daß diese Institutionen auch nur im entferntesten daran denken, einen Groschen Ausbildungsabgabe an die Hinterbliebenen abzuführen. Gar niemand propagiert hier die ansonsten so nützliche Marktwirtschaft.

Schließlich ging es aber auch ums Leben. Die Zeiten, wo die zweite Jean und das dritte Hemd schon als Luxus gegolten haben, waren vorbei. Fast könnte man meinen: spurlos vorbeigegangen. Wer einem bürgerlichen Beruf nachgeht, geht dem Beruf bürgerlich nach. Der Umstieg ist vielen nicht allzuschwer gefallen. Aber auch nicht alle haben alle Brücken abgebrochen. Einige zahlen immer noch größere Abstandshonorare an ihre Organisationen, denen sie einst verbunden gewesen sind, andere, so hörten wir, haben vergessen, ihren Dauerauftrag einzustellen.

Objektiv waren die linken Organisationen hervorragende Ausbildungsstätten für bürgerliche Berufe der verschiedensten Art – vom Börsenmakler bis zum Geschäftsführer, vom Universitätsprofessor bis zum Leitartikler. Die meisten wurden freilich Journalisten. Kein Blatt, keine Sendung ist frei von ihnen. Einige kennt man, noch mehr erkennt man, auch wenn sie einen nicht mehr kennen und nicht mehr zu erkennen sind.

Widerwillig bei den Grünen

Ich landete schließlich bei den Grünen. Obwohl ich 1982 nur widerwillig von Freunden in die Alternative Liste gezwungen wurde, war ich ein Jahr darauf führender Funktionär der niederösterreichischen Landesorganisation, zwei Jahre später schon zum Mitglied im Bundeskoordinationsausschuß aufgestiegen, 1986 sogar zum Verhandlungsleiter der ALÖ in den grünen Einigungsgesprächen avanciert. Dort bin ich dann mit Günther Nenning und Wolfgang Pelikan tage- und nächtelang in einem kleinen Redaktionskomitee zusammengesessen, um irgendeinen Einigungsvertrag auszuhandeln. Die Grünen einigten sich dann auf dieser windschiefen Grundlage, wir, die Grundleger legten uns allerdings selbst und rutschten dort bei den nächsten Gelegenheiten raus.

Der mit allen Gewerkschaftswassern gewaschene und Dichandgeldern ausgestattete Nenning wußte, wie er mir ankonnte, wenngleich ich mich tapfer wehrte. Ich mach den Victor Adler und du den Otto Bauer, sagte er manchmal sinngemäß zu mir. Auch wenn ich mit den Sozialdemokraten wenig am Hut hatte, nicht einmal mit den alten Austromarxisten, es schmeichelte. Schon sah ich mich in der Rolle eines grünen Parteiführers.

In stimmungsvoller Bewußtlosigkeit hatte ich fast „Karriere“ gemacht, auch wenn diese außer Geltung in einem kleinen Geltungsbereich nichts einbrachte, schon gar nicht finanziell. Ich nahm jedenfalls meine Eminenz wahr und zelebrierte sie. Noch heute erschrecke ich manchmal vor meinen damaligen politischen Fähigkeiten, denke ich an die Geilheit des Sitzungskrieges, das Kribbeln des Abstimmungserfolges, die Lust an der Geschäftsordnung. Das Erschrecken kennt so zwei Seiten. Erschrecken wollte ich zum Beispiel die Medien, indem ich sie mit Mißachtung strafte, was dort aber überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde. Motto: Ich bin sehr berühmt, nur die Journaille weiß nichts davon.

Am 4. Oktober 1986 erlaubten wir uns aber etwas, was man sich eigentlich nicht erlauben durfte. Die Wiener Sammlungsbewegung der Grünalternativen wählte nicht Freda Meissner-Blau, sondern – und das mit deutlichem Vorsprung – Andrea Komlosy zu ihrer Spitzenkandidatin. Daraufhin entlud sich über uns das ganze antikommunistische Gewitter der Journaille, kein Untergriff wurde ausgelassen als es um die Eliminierung der „linken Fransen“ (Originalton Meissner-Blau) ging. Schließlich gelang es den neugrünen Machthabern um Meissner-Blau, Pilz und Strobl, uns mithilfe medialer Unterstützung aus den Grünen rauszuboxen.

Mit Schaudern denke ich noch daran, als die Journalisten bei Andrea Komlosy einfielen, und wir alle nicht wußten, was mir mit denen tun und wie wir uns verhalten sollten. So geschah mit uns, was wir nicht wollten. Obzwar wir die ganze Hilflosigkeit unseres Treibens merkten, wußten wir kein Mittel dagegen. Wir stellten uns so blöde an, daß es blöder gar nicht mehr ging. Innert kürzester Frist war der gesamte linke Flügel der Wahlbewegung in der Öffentlichkeit zu einer kleinen Facette im Kampf »Kurier« gegen »Krone« um die Grünen degradiert. Verdächtigten uns die einen, daß wir Strommasten sprengen, so schnupperte Jeanné, von Nenning einparfümiert, an unserer Spitzenkandidatin und befand: So riecht keine Kommunistin! Stimmen brachte das keine, die Stimmung ruinierte es nachhaltig. Die von uns betriebene Separatkandidatur in Wien endete mit einem Fiasko.

Damals war das eine Niederlage, heute betrachte ich es als Glück. Was mir da nicht alles erspart geblieben ist. So wurde ich gesäubert, um mit mir ins Reine zu kommen. Was folgte, war der konsequente Schritt Richtung Aufarbeitung und Reflexion. Das zeitigte eine umfangreiche Dissertation über die politische Theorie bei Wladimir Iljitsch Lenin und (gemeinsam mit Gerhard Schattauer) ein voluminöses Forschungs- und Buchprojekt über die Grünen.

Nebenbei war ich übrigens noch Gemeinderat der Alternativen Liste in Heidenreichstein geworden. So kam 1985 1968 auch in die Gemeindestube. Dort bin ich dann innerhalb von zehn Jahren langsam, aber beständig vom Exoten zum Honoratioren transformiert worden, man befleißigte sich, die „Rotzpippn“ ernst zu nehmen, ja berief sich des öfteren sogar auf mich. Und wie oft wurde mir gesagt, daß ich eigentlich recht hätte, aber. Es statuierte sich an mir ein Exempel. Aber nicht bis zur bitteren Neige, sonst würde ich vielleicht gar als Stadtamtsdirektor im Waldviertel sitzen.

Die Grünen – Konkursmasse der Achtundsechziger

Ja, die Grünen. Sie, das vermeintliche Projekt eines neuen Aufbruchs, sind nichts anderes als die Konkursmasse der Achtundsechziger. In den Anfängen lebte dort sogar der alte Konflikt zwischen Trotzkisten und Maoisten (ähnlich wie in Deutschland zwischen dem KB-Nord und dem KBW) wieder auf, auch wenn erstere nicht erstere und letztere nicht letztere geblieben waren. Bezichtigten die anderen die einen des Sozialdemokratismus, so die einen die anderen des Antikommunismus. Man kam, sah, und schon konnte man sich nicht leiden, wußte man doch genau, woher die anderen abstammten.

Achtundsechzig kam bei den Grünen aber nicht als Fortsetzung oder gar Potenzierung zu sich, sondern als regressive Reduktion. Es ist zu einem Abbruchunternehmen geworden, zweifellos. Die Grünen haben 1968 ausgewalzt, indem sie in aller Betroffenheit und Biederkeit alles plattgemacht ha-

ben. Sie haben die Motivation weitergeschleppt, gleichzeitig aber den radikalen Impetus amputiert. Daß die professorale Langeweile dort jetzt gar den Vorsitz erobert hat, verdeutlicht das einmal mehr. Die Gesellschaftskritik der Grünen verkam alsbald zur Affirmation bürgerlicher Werte. So gesehen sind die Grünen der allerletzte Abklatsch, nicht nur von 1968, sondern auch von 1848.

In den ersten Jahren der Amalgamierung war das für uns noch nicht sichtbar gewesen, wobei natürlich auch die Frage zu stellen ist, ob das nicht eine späte Ausrede darstellt. Möglich. Andererseits möchte ich diese Erfahrungen auch nicht missen, weder die Freundschaften, die dadurch entstanden sind, noch die notwendigen Enttäuschungen. Selbst wenn diese von Haus aus Täuschungen gewesen sind.

Keine bedeutenden theoretischen Schriften

So oft ich auch nachdenke, mir fällt keine einzige wirklich bedeutende theoretische Schrift eines österreichischen Achtundsechzigers ein. Geistig ist da nicht viel auszumachen – auch meine Bücherwand drängt mir nichts auf, einen österreichischen Krahl hat es nicht gegeben. Das allermeiste Schrift- und Gedankengut hat sich über die Aktualität kaum erheben können, allzuschnell ist es Makulatur geworden. Vor allem Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre landete das meiste davon im Papiercontainer. Nostalgische Sammler wie ich auch heute noch einer bin, können diese Reste oft billig erstehen. Zur Zeit suche ich gerade Stalins gesammelte Werke.

Wenn man bestimmte Produkte, eigene nicht ausgeschlossen, nach Jahren zur Hand nimmt, ist man ziemlich befremdet, manchmal sogar äußerst peinlich berührt. Es ärgern selten die Anliegen, wohl aber die propagandistischen Postulate. Die Sprache der martialischen Drohgebärden sollte Mut machen, wo doch Überlegung gefordert gewesen wäre.

Heute firmiert 1968 oftmals als kameradschaftsbundartige Erinnerung. Das Jahr ist so betrachtet zum Mythos geworden, zu einer falschen Wahrheit, in der alte und junge Kämpfer es sich bequem einrichten. Vieles erinnert an Veteranentreffen, wo man besseren Zeiten nachtrauert. Das mag man den Individuen individuell durchgehen lassen, die Retrospektive taugt als gesellschaftliche Perspektive aber nirgendwo, sie ist kontraproduktiv.

Die Achtundsechziger haben keinen Grund zur Selbsthuldigung. Sie sind vieles schuldig geblieben. Vor allem die systematische Reflexion des eigenen Handelns. Man sollte sie nicht leichtfertig mit der Kriegs- und Aufbaugeneration vergleichen, puncto Verdrängung des Geschehenen gibt es hier aber eine fatale Parallele, die nicht unerwähnt bleiben sollte. Auch die Achtundsechziger haben nach einem ähnlich gestrickten obligaten wie selektiven Muster ihre Geschichte zu weinseligen Gschichterln heruntergebracht.

Mehr als die Tollheiten der Bewegungszeiten ist den Achtundsechzigern und ihren Epigonen vorzuwerfen, daß sie sich zu keiner kollektiven Aufarbeitung durchringen konnten. So standen Abkehr und Anpassung auf der Tagesordnung, nicht Reflexion und Selbstkritik. So entzogen sich viele der Verantwortung, obwohl gerade die nötig gewesen wäre. In den oft wüsten Abrechnungen war man selbstredend nicht einmal zu dumm, das eigene Verhalten den geistigen Vätern oder irgendwelchen Rädelsführern anzukreiden. Die Frage, ob Lindner oder Mao, Hoffmann-Ostenhof oder Trotzki, Muhri oder Lenin gescheitert sind, die stellt sich nicht. Höchstens man behauptet gleich dem unsäglichen Lyotard in unerträglicher Koketterie, Marx habe einen verlassen.

Abschied von den falschen Reminiszenzen

1968 kommt nicht wieder, ebensowenig wie 1917, 1848 oder 1789. Wenn ich auf Plakaten „Zurück zu Lenin!“ lese, dann ist das ungefähr so, wie wenn jemand in der Physik zurück zu Newton oder in der Architektur zurück zur Gotik möchte. Was aber nichts gegen Lenin, Newton oder die Gotik sagt. Im Gegenteil: man kann bei Lenin einiges lernen, vor allem dessen Vermögen, sich in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich, also richtig zu verhalten, wenig Rücksicht auf gestrige Ansichten oder gar Voreingenommenheiten zu nehmen. Nicht jedoch kann man dessen Politik neu auflegen, ohne sich vollends zu blamieren.

Lächerlich hingegen erscheint überhaupt nicht – obwohl es noch um einiges lächerlicher ist – noch weiter zurückzuwollen, zurück in den Urschoß von Demokratie und Freiheit, Menschenrecht und Marktwirtschaft, zurück also nach 1848. Nachdem die Paradigmen von 1917 ausgedient haben – und sie haben zurecht ausgedient! – stehen freilich nicht jene von 1848 auf der Tagesordnung, auch wenn alle Demokraten von rechts bis linksradikal die Demokratie als der Weisheit letzten Schluß bejubeln. Das ist wahrlich die Flucht von gestern nach vorgestern. Dieser neuerliche Kleiderwechsel ist noch absurder als der vorhergegangene.

1968 war eben auch so eine „weltgeschichtliche Totenbeschwörung“ (Karl Marx), ein „historisches Kostümfest“ (Robert Kurz), wo die Verkleideten sich aufführten, als seien sie lebendige Reinkarnationen ihrer Vorbilder. Zu mehr als Gespenstern vergangener Zeiten sollten sie es allerdings nicht bringen.

Trotzdem, man soll nicht nur schimpfen, vor allem wenn man bedenkt, wieviele und welche Kretins heute über die Achtundsechziger herfallen, mit deren Niederlage auch gleich das Aufbegehren überhaupt zu entsorgen trachten. Nicht selten sind die größten Eiferer noch dazu ehemalige Mitkämpfer oder Mitläufer, oftmals sogar einstige Protagonisten. Widerwärtige Figuren gibt es zuhauf. Namen nennen wir diesmal keine, sie werden bei Bedarf nachgeholt. Der vorliegende Nachruf versteht sich bei aller herben Kritik jedenfalls nicht als üble Nachrede.

Umgekehrt habe ich vielmehr den Wunsch, Achtundsechzig gegen die allermeisten Angriffe zu verteidigen. Meine Kritik will darüber hinaus, nicht hinter es zurückfallen. Sie will sein Anregung, nicht Abgesang. Der gescheiterte Versuch ist kein Beweis, daß jeder Versuch eine falsche Versuchung ist, in die man sich am besten gar nicht begeben sollte. Auch daß die meisten Achtundsechziger windelweiche Demokraten geworden sind, die abschwören, sagt nur etwas über ihren Gemütszustand aus, nichts über die Notwendigkeit der Radikalität oder die eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs.

Der Abschied von den falschen Reminiszenzen steht noch aus, aber er steht an. Die Debatten von einst sind ja in keiner Weise erledigt, selbst wenn ihre Mentoren es sind. Jene müssen geführt werden, wenngleich auf einem anderen Niveau und mit anderen Schlußfolgerungen als dazumals. Kurzum: *Let's talk about revolution!* ■

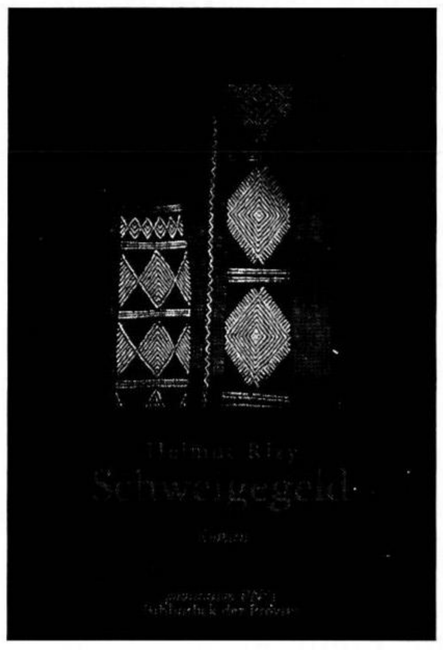
Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Kriminalroman mit Hintergründen

Helmut Rizy, Schweigegeld. Roman, Bibliothek der Provinz, Weitra 1997, 210 Seiten, 270 Schilling, 39 DM.

Was ist das doch für ein aufregend vielschichtiges Buch aus der Bibliothek der Provinz, dieses „Schweigegeld" von Helmut Rizy! Es kommt daher wie ein Kriminalroman, beginnend mit einem Mord, von dem der Verdächtige im Taxi, auf der Fahrt zum Flughafen erfährt; aus den Radionachrichten, von denen er, der Iraki, nicht mehr versteht als den Namen des Ermordeten, mit dem er noch am Vormittag konferiert hat, und das Wort „Araber". Abd as-Salam Karim, mittlerer Beamter im irakischen Heeresbeschaffungsamt, hat von dem ermordeten Industriellen Schweigegeld erhalten für illegale österreichische Lieferungen von Chemikalien, die zur Herstellung von Giftgas verwendet werden können, unter Umgehung des Embargos. Zurecht befürchtet er, des Mordes verdächtigt und schon am Flughafen verhaftet zu werden. Mit einer halben Million Dollar plus 50.000 zu eigenem Gebrauch in der Aktentasche.

In Panik fährt er vom Flughafen zurück nach Wien, um in einer schmierigen Absteige, wo man nicht nach dem Paß fragt, seine Lage zu überdenken.



Als er am nächsten Morgen sein Foto in der Zeitung sieht, die er nicht lesen kann, weiß er, daß nur die Ausforschung des Mörders ihn retten könnte. Aber nach dem wird ja nicht gesucht. Gesucht wird nach dem Araber, nach Abd as-Salam.

Soweit das Plot – und damit laß ich es auch bewenden, hab ich doch gelernt, daß man der leidenschaftlichen Krimi-Leserin (die ich nicht bin) niemals verraten darf, wie die Geschichte weitergeht. Außerdem hab ich schon recht bald gemerkt, daß der ja nur so tut, als wär er ein Krimi – und das hätt ich schon nach der dem Text vorgesetzten Koran-Sure wissen können: „Siehe, wir fürchten von unserem Herrn einen finsterblickenden, unheilvollen Tag."

Was Rizy – atemraubend spannend! – über die vordergründige Kriminalstory vermittelt, ist der Blick eines bedrohten Mannes aus der „Dritten Welt" auf unsre verlogene – immer noch! – Wohlstands-Festung. Die Suche nach dem Mörder bleibt einem Journalisten überlassen, der sich davon die Story seines Lebens verspricht. Die eigentliche Handlung spielt sich im Innern des Abd as-Salam ab, Leserin und Leser sehen die „normale", aber potentiell bedrohliche Außenwelt mit seinen Augen.

Im Sommerhaus des Journalisten versteckt – und gefangen! –, ausgeliefert seinem dezent rassistischen „Gastgeber" – und Ausbeuter! –, geht „der Araber" durch Panikattacken und Albträume, rettet sich in logische Überlegungen, erlebt die Fremdenfeindlichkeit der österreichischen Provinz und läßt uns, seinen Erinnerungen folgend, einen Blick tun in einen Irak, fernab vom uns medial vermittelten – und wiedermal beängstigend aktuellen – „Reich des Bösen". Der ist kein Held, dieser Abd as-Salam – aber doch ein Mann, der auch in einer unwürdigen Situation auf seine Würde bedacht ist, ein biederer Bürokrat, der inmitten seiner eigenen Bedrängnis erstmals den ermordeten „Geschäftspartner" als Schreibtischtäter sehen kann – aber auch sich selbst, im Erinnern an die Giftgasangriffe auf kurdische Dörfer...

Ein spannendes Buch zum Nachdenken! ■

Erika Danneberg

Sparen ● Standort ● Sicherheit

Don`t believe the hype

„upfront!
Politik im Zeitalter des Postfordismus für EinsteigerInnen und Fortgeschrittene"

Porto zahlt Empfängerin!

an
KJÖ-Junge Linke
Melicharstraße 8,
4020 Linz

Schickt mir das gesamte don`t believe the hype paket gratis
Abs:

Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201	. . .	Weg und Ziel 1/92	. . . Amerika! Amerika!
WUZ9202	. . .	Weg und Ziel 2/92	. . . Menschenbilder
WUZ9203	. . .	Weg und Ziel 3/92	. . . Leo Kofler 85
WUZ9204	. . .	Weg und Ziel 4/92	. . . Fortschritt
WUZ9205	. . .	Weg und Ziel 5/92	. . . Das österreichische „Wesen"
WUZ9206	. . .	Weg und Ziel 6/92	. . . Rückkehr des Politischen
WUZ9301	. . .	Weg und Ziel 1/93	. . . Nation(alismus)
WUZ9302	. . .	Weg und Ziel 2/93	. . . Ästhetik
WUZ9303	. . .	Weg und Ziel 3/93	. . . Dritte Welt im Abseits
WUZ9305	. . .	Weg und Ziel 5/93	. . . Menschenrechte
WUZ9306	. . .	Weg und Ziel 6/93	. . . Der reale Kapitalismus
WUZ9401	. . .	Weg und Ziel 1/94	. . . „Kalte Frauen"?
WUZ9402	. . .	Weg und Ziel 2/94	. . . Europa der Regionen?
WUZ9403	. . .	Weg und Ziel 3/94	. . . Alles Öko?
WUZ9404	. . .	Weg und Ziel 4/94	. . . Medienwirklichkeit
WUZ9405	. . .	Weg und Ziel 5/94	. . . Individualisierung
WUZ9501	. . .	Weg und Ziel 1/95	. . . Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502	. . .	Weg und Ziel 2/95	. . . Das politische System
WUZ9503	. . .	Weg und Ziel 3/95	. . . Mega-Stadt-Raum
WUZ9504	. . .	Weg und Ziel 4/95	. . . Inszenierte Literatur
WUZ9505	. . .	Weg und Ziel 5/95	. . . Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601	. . .	Weg und Ziel 1/96	. . . Armut im Überfluß
WUZ9602	. . .	Weg und Ziel 2/96	. . . Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603	. . .	Weg und Ziel 3/96	. . . Welt-Meisterschaft
WUZ9604	. . .	Weg und Ziel 4/96	. . . Oh, du teure Bildung
WUZ9605	. . .	Weg und Ziel 5/96	. . . Kirche/Religion
WUZ9701	. . .	Weg und Ziel 1/97	. . . Auto/Industrie/Global
WUZ9702	. . .	Weg und Ziel 2/97	. . . Surrealismus/Marxismus/ Psychoanalyse
WUZ9703	. . .	Weg und Ziel 3/97	. . . Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704	. . .	Weg und Ziel 4/97	. . . 80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705	. . .	Weg und Ziel 5/97	. . . Pop
WUZ9801	. . .	Weg und Ziel 1/98	. . . Brecht/Eisler
WUZ9802	. . .	Weg und Ziel 2/98	. . . Antisemitismus

Aufgrund der großen Nachfrage gibt es den vergriffenen Schwerpunkt
Liebe, Sex und Sinnlichkeit Nr. 2/1996
nun wieder in Fotokopie. (42 Seiten zum Preis eines Heftes.)
Beiträge von Romana Höll, Wilfried von Bredow, Franz Schandl, Maria Wölflingseder, Julius Mende, Anni Donninger.

Folgende Bücher können bei uns portofrei bestellt werden:

Gero Fischer / Maria Wölflingseder (Hg.): Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, 260 Seiten, 215 Schilling, 29.80 DM. (Bestellcode: BuchBIO)

Franz Schandl / Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, 600 Seiten inklusive Anhang, 499 Schilling, 69 DM. (Bestellcode: BuchGRÜ)

WEG UND ZIEL - Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer	Stück

Datum Unterschrift

Präsentation von Weg und Ziel 2/1998

Diskussion zum Thema
Antisemitismus

Mit Stephan Grigat, Gerhard Scheit und anderen

Dienstag 16. Juni 1998, 20 Uhr
Neues Institutsgebäude, HS 2
1010 Wien, Universitätsstraße 7

P.b.b. Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1020 Wien

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

6.50

An die

Redaktion »Weg und Ziel«

Weyringerstr. 35/DG
A-1040 Wien